

## Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

**Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO  
vom 12. bis 16. November 2004 in Venedig, Italien**

### Inhaltsverzeichnis

	Seite	<b>Deutscher Bundestag</b>
Teilnehmer der deutschen Delegation . . . . .	1	– Abgeordneter <b>Markus Meckel</b> (SPD), <i>Leiter der Delegation</i>
Ablauf der Tagung . . . . .	2	– Abgeordneter <b>Uwe Karl Beckmeyer</b> (SPD)
Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss . . . . .	2	– Abgeordneter <b>Kurt Bodewig</b> (SPD)
Ausschuss für Wissenschaft und Technologie . . . . .	4	– Abgeordneter <b>Wolfgang Börnsen</b> (CDU/CSU)
Außerordentliche Plenarsitzung mit dem Nordatlantikat . . . . .	7	– Abgeordnete <b>Helga Daub</b> (FDP)
Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit . . . . .	9	– Abgeordneter <b>Dr. Wolfgang Götzer</b> (CDU/CSU)
Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit . . . . .	16	– Abgeordnete <b>Monika Heubaum</b> (SPD)
Politischer Ausschuss . . . . .	20	– Abgeordneter <b>Robert Hochbaum</b> (CDU/CSU)
Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit . . . . .	23	– Abgeordneter <b>Gerd Höfer</b> (SPD)
Ständiger Ausschuss . . . . .	26	– Abgeordneter <b>Lothar Ibrügger</b> (SPD)
Plenarsitzung . . . . .	27	– Abgeordneter <b>Thomas Kossendey</b> (CDU/CSU)
Entschließungen . . . . .	33	– Abgeordneter <b>Dr. Karl A. Lamers</b> (CDU/CSU)
		– Abgeordneter <b>Erwin Marschewski</b> (CDU/CSU)
		– Abgeordnete <b>Ursula Mogg</b> (SPD)
		– Abgeordneter <b>Winfried Nachtwei</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
		– Abgeordneter <b>Ruprecht Polenz</b> (CDU/CSU)
		– Abgeordneter <b>Hans Raidel</b> (CDU/CSU)
		– Abgeordneter <b>Helmut Rauber</b> (CDU/CSU)
		– Abgeordneter <b>Kurt J. Rossmanith</b> (CDU/CSU)
		– Abgeordnete <b>Marianne Tritz</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
		– Abgeordneter <b>Andreas Weigel</b> (SPD)
		– Abgeordnete <b>Verena Wohlleben</b> (SPD)

### Teilnehmer der deutschen Delegation

Die Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 12. bis 16. November 2004 in Venedig, Italien, statt.

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegationen:

**Bundesrat**

- Staatsminister **Volker Bouffier** (CDU), Hessen, *Leiter der Delegation des Bundesrates*
- Minister **Dr. Fritz Behrens** (SPD), Nordrhein-Westfalen
- Minister **Klaus-Jürgen Jeziorsky** (CDU), Sachsen-Anhalt
- Senator **Thomas Röwekamp** (CDU), Bremen
- Minister **Harald Schliemann** (CDU), Thüringen
- Minister **Dr. Gottfried Timm** (SPD), Mecklenburg-Vorpommern

**Ablauf der Tagung**

Am 12. November 2004 trat der Ständige Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss zusammen. Die Sitzungen der Ausschüsse fanden vom 12. bis 15. November 2004 und eine gemeinsame Sitzung der Parlamentarischen Versammlung mit dem Nordatlantikrat am Vormittag des 13. November 2004 statt.

Das Plenum tagte am 16. November 2004. Die Eröffnungsrede hielt der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Douglas Bereuter (Vereinigte Staaten). Es folgte eine Begrüßungsrede des Präsidenten der Region Venedig, Giancarlo Galan, Ansprachen des Sprechers des Italienischen Senats, Marcello Pera, und des Unterstaatssekretärs im italienischen Außenministerium, Roberto Antonione, sowie von General James L. Jones, Oberster Alliiertes Befehlshaber Europa (SACEUR), dem Stellvertretenden Generalsekretär der NATO, Botschafter Alessandro Minuto Rizzo, dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Peter Schieder, und der Vizepräsidentin der Versammlung der Westeuropäischen Union, Elsa Papadimitriou.

Die Schwerpunkte der Herbsttagung waren der Umgang mit dem Iran und dessen Atomprogramm, das Engagement der NATO im Irak bzw. die Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte und die Zukunft des Krisenmanagements in Afghanistan und der ISAF-Mission. Die Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie des internationalen Terrorismus stand mehrfach im Mittelpunkt der Plenar- bzw. Ausschussdiskussionen. Auch die Bemühungen um eine Wiederbelebung der transatlantischen Beziehungen nach der Wiederwahl von US-Präsident George W. Bush waren bei mehreren Gelegenheiten Gegenstand der Beratungen der Versammlung.

Die Versammlung nahm fünf Entschließungen an (siehe Plenarsitzung, Punkt XVII, sowie Anlagen 1 bis 5).

**Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss****I. Eröffnung der Sitzung**

Der Ständige Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss tagte am Freitag, 12. November 2004. In Abwesenheit des Präsidenten der Versammlung eröffnete der Vizepräsident der NATO PV, **Giovanni Lorenzo Forcieri** (Italien), die Sitzung.

Nach der Verabschiedung der Tagesordnung sowie des Protokolls der Sitzung vom 28. Mai 2004 in Pressburg wies der Vorsitzende darauf hin, dass dieses Gremium mit dem Ziel eingesetzt worden sei, die Zusammenarbeit zwischen Russland und der NATO zu verbessern. Nachdem man sich im vergangenen Jahr mit der Lage in den zentralasiatischen Staaten befasst habe, widme sich der Ausschuss nun der Kaukasusproblematik. Er verwies darauf, dass der Kaukasus nach der Erweiterung der EU und der NATO nun direkt an den europäischen Raum angrenze. Der von Problemen und Konflikten heimgesuchte Kaukasus, der aber auch ein wichtiges Zentrum von Erdölvorkommen sei, bedeute keine leichte Nachbarschaft für Europa. Es liege im Interesse aller, dort Stabilität zu fördern. Nach dem Zerfall der Sowjetunion sei es in einer Reihe der neuen Staaten zu internen Problemen, zahlreichen Umwälzungen und Konflikten gekommen. Besonders deutlich werde dies in Armenien, Aserbaidschan und Tschetschenien. Zu befürchten sei, dass sich die Lage weiter destabilisieren könne. Vor diesem Hintergrund sei die Anwesenheit der OSZE ein wichtiger Faktor bei der Forderung nach Stabilität und Kontinuität in dieser Region. Die Wahlbeobachtung durch die OSZE, die Büros der Organisation vor Ort und die Anwesenheit ihres Personals seien dabei sehr hilfreich.

**II. Vortrag des bulgarischen Außenministers und amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Solomon Passy**

Der bulgarische Außenminister und amtierende Vorsitzende der OSZE, **Solomon Passy**, zeigte sich erfreut darüber, dass die Sitzung des NATO-Russland-Ausschusses fester Bestandteil der Tagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO geworden sei und dass hier ein offener Dialog über die Grenzen der Staaten hinaus gepflegt werde. Er würdigte den Beitrag des Ausschusses zu der notwendigen parlamentarischen Dimension des Dialogs zwischen der NATO und Russland. Dialog und Partnerschaft seien wesentliche Merkmale der internationalen Sicherheitsarchitektur. Bei der Partnerschaft zwischen NATO, OSZE und Russland stünden zwei Bereiche im Mittelpunkt: der offene politische Dialog, der sich auch mit heiklen Fragen befasse, und die konkrete Zusammenarbeit. NATO und OSZE verfolgten beide das Ziel, eine Lösung für die jüngsten Konflikte in der Region zu unterstützen. Eine stabile Lage im Kaukasus und in der Schwarzmeerregion liege nicht nur im Interesse der Staaten vor Ort, sondern im Interesse der Staatengemeinschaft insgesamt. Es müsse alles getan werden, um neue Trennlinien in dieser Region zu vermeiden. So sei die Rolle der OSZE-Grenzüberwachungsmission an der georgisch-russischen Grenze ein wichtiger stabilisierender Faktor, auch wenn ihr Fortbestand derzeit Gegenstand anhaltender Diskussionen sei. Bewegung sei auch in die Berg-Karabach-Frage durch die Zusammenarbeit zwischen Armenien und Aserbaidschan gekommen. Hierbei sei ein konstruktiver und pragmatischer Ansatz erforderlich mit

größtmöglicher Zurückhaltung und Flexibilität auf beiden Seiten.

Passy ging auch auf die Lage in Transnistrien ein, die zum Zeitpunkt seiner Amtsübernahme im August 2003 sehr festgefahren gewesen sei. Auf Anregung von Bulgarien habe es vier Gesprächsrunden gegeben, die im Juni 2004 dazu geführt hätten, dass Moldau sich verpflichtet habe, das Dokument der Mediatoren zu beachten. Fortschritte bei der Umsetzung der Verpflichtungen von Istanbul könnten möglicherweise dazu beitragen, die Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrages herbeizuführen.

### III. Vortrag des US-Kongressabgeordneten und Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (OSZE PV), **Alcee L. Hastings**

Auch der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, **Alcee L. Hastings**, befasste sich mit der Lage im Kaukasus. Er würdigte die unter der Leitung von Passy geleistete Arbeit der OSZE in dem Bestreben, einen Dialog zwischen der NATO, OSZE und Russland herbeizuführen vor dem Hintergrund der vielseitigen Interessen in der Kaukasusregion. Er bezeichnete die Lage im Kaukasus und die dadurch entstandene Instabilität als eine Bedrohung der gemeinsamen Sicherheit. Die Zusammenarbeit zwischen NATO und OSZE bei dem Bestreben, einen ständigen Dialog der Konfliktparteien aufrechtzuerhalten, sei unabdingbar. Die Bemühungen um Gespräche und um ein Verfahren, das es allen Konfliktparteien ermögliche, ihre Besorgnisse und Probleme in Ruhe vorzutragen, kennzeichneten die Arbeit beider Organisationen. Vor diesem Hintergrund sei auch das gemeinsame Anliegen der Bekämpfung des Terrorismus zu sehen. Die Beiträge, die der Ständige Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss hierzu leiste, sowie die aus dieser Sitzung gezogenen Schlussfolgerungen würden ihn bei seinen bevorstehenden Gesprächen in Moskau begleiten.

### Diskussion

Der Präsident der OSZE PV, **Alcee L. Hastings**, gab in der anschließenden Diskussion zu bedenken, dass es zwar viele regionale Ansätze zur Lösung der Konflikte im Kaukasus gebe, jedoch auch große wirtschaftliche Interessen im Hintergrund stünden. Abg. **Lellouche** (Frankreich) bezeichnete den Kaukasus als einen Flickenteppich ethnischer Gruppen, Staaten und staatenähnlicher Gebilde. Die Konflikte in Georgien, Aserbaidschan und der Terrorismus in Tschetschenien, die Vermischung von Interessen im Zusammenhang mit den Erdölvorräten, innerstaatliche Konflikte und ethnische Gewalt seien weitere Faktoren, die diese Region nicht zur Ruhe kommen ließen. Er teile den Wunsch Russlands nach einer gemeinsamen Terrorismusbekämpfung und forderte von Russland eine umfassende Zusammenarbeit bei den Bemühungen, eine Lösung für die Konflikte in der Region zu finden. Es sei notwendig, dass Russland Schutz für die OSZE-Grenzüberwachungsmissionen gewähre und die Arbeit der OSZE in diesem Bereich generell unterstütze. Er be-

zeichnete die Lage in Abchasien als sehr beunruhigend und stellte die Frage, weshalb die Vertreibung und Tötung von Georgiern nicht Gegenstand der internationalen Agenda sei.

Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich) berichtete über den Besuch des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit in Armenien und Georgien, bei dem sich die Ausschussmitglieder selbst ein Bild von der Lage in der Region machen konnten und die Möglichkeit gehabt hätten, mit beteiligten Konfliktparteien, aber auch mit den Friedenstruppen der VN zu sprechen. Sie stellte die Frage an den amtierenden OSZE-Vorsitzenden, ob er an eine Bewegung in der Sache der Minsker Gruppe glaube und ob das Treffen in Sofia konkrete Ergebnisse hervorbringen könne. Der amtierende Vorsitzende der OSZE, **Solomon Passy**, entgegnete, dass der Ausgang des OSZE-Treffens im November in Sofia vollkommen unklar sei und man nicht mehr tun könne, als die 55 souveränen Staaten bereit seien, von sich aus zu leisten. Letztendlich müssten die entscheidenden Beschlüsse jedoch von den Konfliktparteien selbst getroffen und umgesetzt werden, da von außen keine Lösung aufgezwungen werden dürfe.

Abg. **Ozerov** (Russland) wies darauf hin, dass es Russlands Überzeugung sei, dass Konflikte nicht mit Gewalt beigelegt werden könnten, sondern nur am Verhandlungstisch. Er bezeichnete das Kaukasische Quartett als die richtige Stelle für eine Aussprache über die Probleme dieser Region, an der Russland die beteiligten Länder zusammenbringen könne. Russland habe die territoriale Unversehrtheit der Staaten im südlichen Kaukasus nie infrage gestellt.

Abg. **Gama** (Portugal) bedauerte, dass es im Kaukasus anders als in anderen Regionen der Welt keine Fortschritte gebe. Terroristische und militärische Aktivitäten nähmen ständig zu. Angesichts des fehlenden regionalen Dialogs und der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse sei er skeptisch hinsichtlich der Zukunftsperspektiven für diese Region. Er plädierte für mehr internationale Überwachung. Abg. **Erdem** (Türkei) forderte, dass von allen Seiten Druck auf Aserbaidschan ausgeübt werden müsse, damit ein Dialog zwischen den Konfliktparteien entstünde. Er stellte die Frage, weshalb die Staatengemeinschaft sich nicht aktiver in die Bemühungen um eine Lösung für die Berg-Karabach-Frage einschalte und forderte gleichzeitig Armenien auf, keine überhöhten Forderungen zu stellen. Der Präsident der OSZE PV, **Hastings**, wies darauf hin, dass sowohl Armenien als auch Aserbaidschan sich aktiv in die OSZE eingebracht hätten, dass gleichzeitig auch berücksichtigt werden müsse, dass so genannte frozen conflicts oft deshalb so lange existierten, weil keine Seite den ersten Schritt wage. Wenn es zu einer solchen Situation gekommen sei, müsse von außen Hilfe angeboten werden. Wer immer nur auf die Vergangenheit blicke, könne keine Zukunft haben. Auch Abg. **Sliska** (Russland) würdigte die Arbeit der OSZE in der Kaukasusregion und sprach die guten Ergebnisse der Verhandlungen in Moskau nach dem Besuch des amtierenden OSZE-Vorsitzenden Passy an. Russland verfolge die Entwicklungen im Kaukasus sorgfältig und sei auf das

Äußerste besorgt über terroristische Aktivitäten sowie über die sich verschlechternde Lage in Berg-Karabach und die Probleme in Süd-Ossetien. Sie betonte, dass beim NATO-Gipfel beschlossen worden sei, sich stärker auf den Kaukasus und seine Probleme zu konzentrieren. Jede Maßnahme der NATO im Kaukasus erfordere jedoch ein vorsichtiges und ausgewogenes Vorgehen.

Abg. **van Gennip** (Niederlande) befasste sich mit der Energiesicherheit und stellte die Frage, ob der Kaukasus eine unersetzliche Region für die Bereitstellung von Energie geworden sei, was entweder zu vermehrten Spannungen oder zu einer verstärkten Zusammenarbeit führen könne. Abg. **Bağış** (Türkei) stellte fest, dass der Begriff islamischer Terrorismus nicht angebracht sei; es sei richtiger, von extremistischem Terror oder religiösem Terror zu sprechen. In Bezug auf den Armenien-Konflikt stellte er fest, dass die Türkei bestrebt sei, gute Beziehungen zu allen Nachbarstaaten zu pflegen. Der amtierende Vorsitzende der OSZE **Passy** stellte die Frage, wie viel Optimismus in Bezug auf die Zukunft des Kaukasus angebracht sei. Am Beispiel der Balkankrise sei ersichtlich geworden, wie viele Jahre es manchmal brauche, bis eine vernünftige Lösung gefunden werde. Abg. **Lellouche** (Frankreich) zeigte sich erfreut über die Äußerung des russischen Delegierten Ozerov, dass die OSZE die Grenzüberwachung weiter durchführen solle und darüber, dass auch die Duma dies befürworte. Er forderte Russland auf, sich eingehender mit den Problemen in Süd-Ossetien zu befassen.

Abg. **Sliska** (Russland) stellte fest, dass Abchasien und Süd-Ossetien keine anerkannten Republiken seien, aber das Recht hätten, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten mit anderen Seiten frei zu führen. Sollten sich jedoch kriminelle Organisationen auf dem Schwarzmarkt betätigen, würde Russland selbstverständlich Maßnahmen ergreifen, um dies zu beenden. Natürlich sei klar, dass Russland strategische Interessen in dieser Region habe, und diese Interessen müsse man berücksichtigen. Sie fügte hinzu, dass dem vorgeschlagenen Abzug von russischen Militärbasen aus Georgien keine angemessene Antwort vonseiten Georgiens gegenüberstünde. Abg. **Angioni** (Italien) erklärte, dass das große Problem darin bestehe, die bestehenden Friedenstruppen in der Region in eine wirkliche internationale Friedenstruppe umzuwandeln. Er bedauerte die Abwesenheit der VN und fragte, was von außen getan werden könne, solange es keine Fortschritte durch die Konfliktparteien selbst gebe. Der amtierende Vorsitzende der OSZE **Passy** entgegnete, dass die Antwort hierauf nur Verhandlungen sein könnten. **Lord Clark** (Vereinigtes Königreich) begrüßte die von den russischen Delegierten in der Diskussion eingebrachten Beiträge und fragte, ob es der russischen Delegation möglich sei, auf der nächsten Sitzung des Ausschusses ein Diskussionspapier zu diesem Problemkreis vorzulegen, das dann vom Ausschuss ausführlich erörtert werden könne.

Vizepräsident **Forcieri** (Italien) begrüßte diesen Vorschlag und dankte den Rednern und Ausschussmitgliedern für ihre Mitwirkung. Er schloss die Sitzung mit dem Wunsch auf einen weiteren erfolgreichen Verlauf der Konferenz.

## Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

### I. Tagesordnung

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie kam am 12. und 13. November 2004 unter dem Vorsitz von Senator **Nolin** (Kanada) zusammen. Die Ausschussmitglieder befassten sich mit den Themen Weiterverbreitung von Nuklearwaffen, Raketenabwehr und weltraumgestützte Waffen sowie mit den Vorträgen von Botschafter Antonio Catalano Di Melilli, Koordinator für Abrüstung und Internationale Sicherheit im italienischen Außenministerium, zu „Italiens Verpflichtung innerhalb der Globalen Partnerschaft der G 8“ und von Decio Ripandelli, Abteilungsleiter des Internationalen Zentrums für Gen- und Biotechnologie in Triest zum Thema „Globale Zusammenarbeit bei der sicheren Entwicklung von Biotechnologie“.

### II. Vortrag des Koordinators für Abrüstung und Internationale Sicherheit im italienischen Außenministerium, Botschafter Antonio Catalano Di Melilli, zum Thema „Italiens Verpflichtung innerhalb der Globalen Partnerschaft der G 8“

Botschafter **Antonio Catalano Di Melilli** legte in seinem Vortrag den Schwerpunkt auf das Programm Globale Partnerschaft im Kampf gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, wobei er Italiens Rolle besonders beleuchtete. Dieser von den USA gestartete Initiative, der sich die anderen G-8-Staaten rasch angeschlossen haben, komme besondere Bedeutung zu. Ziel des Programms Globale Partnerschaft sei die Verschrottung nuklear betriebener U-Boote, die Beseitigung chemischer Waffen, Entsorgung von Spaltmaterial und der berufliche Wiedereinstieg ehemals in der Rüstungsproduktion beschäftigter Wissenschaftler. Dem Programm müssten die ehemaligen Sowjetrepubliken förmlich beitreten, bevor sie in den Genuss des von den G-8-Ländern finanzierten Programms kämen. Italien trage mit 1 Mrd. Euro zu dem Programm bei.

### Diskussion

Der Ausschussvorsitzende Senator **Nolin** (Kanada) eröffnete die Diskussion unter Hinweis auf den Spitzbergen-Besuch des Wissenschaftsausschusses, wo auch die Verschrottung von Atom-U-Booten und die sachgerechte Lagerung von Nuklearabfällen diskutiert worden seien. Ferner bat Senator **Nolin** seine russischen Ausschusskollegen um Aufklärung darüber, warum erst ein Prozent der Summe, die für die Lagerstätten von chemischen Waffen in Russland bereit stünden, abgeflossen sei. Abg. **Gimalow** (Russland) entgegnete darauf, das Bewusstsein für dieses Problem wachse in der Bevölkerung ebenso wie in der Duma. So werde aktuell in Nordrussland eine Anlage zur C-Waffenvernichtung gebaut, die Ende 2005 in Betrieb gehen solle. Der Ausschussvorsitzende Senator **Nolin** (Kanada) gab sich damit nicht zufrieden und forderte eine bessere Informationspolitik der russischen Behörden.

### III. Beratung des Generalberichtsentwurfes über „Verbreitung von Atomwaffen“ und in Verbindung damit Beratung eines Entschließungsentwurfes über „Die Auseinandersetzung mit dem Problem der Verbreitung von Kernwaffen“, vorgelegt von Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Senator **Nolin** umriss mit wenigen Sätzen seinen Berichtsentswurf. Einleitend bemerkte der Berichterstatter, Atomwaffen zählten nach wie vor zu den Mitteln mit der größten Zerstörungskraft. Annähernd dreißig Staaten hätten sich um deren Beschaffung bemüht, einige bemühten sich bis zum heutigen Tag darum. Darüber hinaus sei seit dem 11. September 2001 die Gefahr gewachsen, dass sich nichtstaatliche Akteure Massenvernichtungswaffen beschaffen, entweder über korrupte Mittelsmänner oder direkt auf dem Schwarzmarkt. Um dieser Bedrohung zu begegnen, empfahl der Berichterstatter: erstens, die Exportkontrollen für Kernmaterial zu verschärfen; zweitens, die Initiative zur Sicherstellung der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen; drittens, Verhandlung eines Vertrags über ein Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Waffenzwecke und viertens, Reformierung des Gouverneursrates der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und Ermächtigung von IAEO-Inspektoren. Abschließend dankte Senator **Nolin** (Kanada) seinen Kollegen aus den Vereinigten Staaten, Deutschland und dem Vereinigten Königreich für ihre ergänzenden Informationen zu dem Bericht.

#### Diskussion

Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) ergriff als erster das Wort mit dem Vorschlag, den Bericht um die jüngste Übereinkunft zwischen dem Iran, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland zu ergänzen. Er mahnte ferner Präventivmaßnahmen an, um den Schwarzhandel mit Spaltmaterial zu bekämpfen. Zusätzlich schlug er vor, die vom US-Kongress verabschiedete Entschließung, in der Russland aufgefordert wird, die Nuklearkooperation mit dem Iran zu beenden, in den Bericht mit aufzunehmen. Senator **Nolin** (Kanada) gab zu bedenken, dass Einzelheiten der Übereinkunft zwischen dem Iran, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland noch nicht vorlägen, somit eine Erwähnung in dem Bericht verfrüht sei. Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) zeigte sich besorgt über die heimliche Herstellung geringer Mengen Urans und Plutoniums durch südkoreanische Wissenschaftler ohne Wissen der Regierung Südkoreas. Abg. **Lello** (Portugal) schlug vor, dass der Bericht expliziter zum Ausdruck bringen solle, wie die IAEO dahin gehend reformiert werden könne, dass sich Ereignisse wie im Irak nicht wiederholten. Unter Hinweis auf Dr. El-Baradeis Vortrag bei der Frühjahrstagung der NATO PV in Pressburg unterstrich Senator **Nolin** (Kanada) das Erfordernis, das internationale Recht den Gegebenheiten nach dem Ende des Kalten Krieges anzupassen. Abg. **Luc** (Frankreich) bemerkte daran anknüpfend, dass die Weigerung des Iran, die IAEO-Resolutionen zu akzeptieren, ein Beispiel für die Ineffizienz des Nichtverbreitungsvertrages und der IAEO sei. Dass

Fälle von Nichteinhaltung nicht automatisch vor den Weltsicherheitsrat gebracht würden, ermögliche Ländern mit geheimen Nuklearprogrammen, Zeit zu gewinnen. In dieselbe Richtung zielte Abg. **Rivières** (Frankreich) Kommentar, zu große Flexibilität und Duldsamkeit im Umgang mit Ländern, die heimlich Nuklearprogramme fahren, berge die Gefahr in sich, vollendete Tatsachen zu schaffen. Abg. **Bilgiç** (Türkei) zeigte sich besorgt über Länder im Nahen und Mittleren Osten, die die Region bedrohen und destabilisieren. Dagegen sei die Türkei nicht gewappnet und deshalb schlage er vor, ein zusätzliches Kapitel in den Bericht einzufügen. Senator **Nolin** (Kanada) erwiderte darauf, dass die Türkei Mitglied der NATO sei, biete ihr den besten Schutz; weitergehende Maßnahmen seien entbehrlich. Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) ergänzte, Besorgnisse wie die im Bericht dargelegten, teile auch die Genfer Abrüstungskonferenz. Ihr besonderes Augenmerk sei auf die UN-Resolution betreffend die Bedrohung durch oder Anwendung von Nuklearwaffen gerichtet. Abschließend regte er bei seinen Ausschusskollegen an, sich nächstes Jahr auch der Arbeit dieser Abrüstungskonferenz zu widmen.

Einstimmig verabschiedeten die Ausschussmitglieder den Generalbericht.

### IV. Beratung des Zwischenberichtsentwurfes „Raketenabwehr und weltraumgestützte Waffen“, vorgelegt von Abg. Lothar Ibrügger (Deutschland)

Abg. **Ibrügger** skizzierte kurz seinen Bericht. Während der Vorjahresbericht das Bewusstsein für Weltraumwaffen geschärft habe, konzentriere sich der vorliegende Entwurf darauf, den Bezug zwischen Raketenabwehr und Weltraumwaffen herauszuarbeiten. Er kam zu dem Ergebnis, die von ballistischen Flugkörpern ausgehende Bedrohung sei zwar ernsthaft – auch in Anbetracht zunehmender out-of-area-Einsätze von Bündnistruppen – jedoch nicht unmittelbar. Zu Bedenken gab der Berichterstatter auch, dass states of concern oder auch Terroristen auf technologische Fortschritte bei der Raketenabwehr vermutlich mit ausgefeilteren cruise missiles oder unbemannten Flugkörpern (UAV) reagieren werden. Insgesamt bewerte er eine Kombination aus Diplomatie, Vertrauensbildung, striktem Kontrollregime und effizientem, regionalen Raketenabwehrsystem (theater missile defence, TMD) als Erfolg versprechende Strategie gegen Raketenproliferation.

#### Diskussion

In der folgenden Diskussion wandte sich der Berichterstatter den Besorgnissen seines türkischen Kollegen zu und räumte ein, dass sich die Türkei in einer prekären strategischen Situation befinde, der man NATO-weit Rechnung tragen müsse. Auf Abg. **Rivière** (Frankreich) Hinweis auf die Bedrohung, die von Dual-use-Technologie ausgehe – in jüngster Zeit erst habe die französische Polizei bei einer Terrorgruppe UAVs aus russischer Produktion requiriert – antwortete Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland), es müssten dringend Methoden entwickelt

werden, anhand derer die Hersteller von Flugkörpern und kleinen Flugobjekten ausgemacht werden könnten. Abg. **Goldberg** (Frankreich) äußerte zunächst seine Besorgnis über die Entwicklung immer ausgefeilterer Waffen und fragte, ob die Bekämpfung des Terrorismus in die richtige Richtung ziele, und ob es nicht zielführender sei, den Lebensstandard in den armen Ländern zu verbessern. Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) pflichtete seinem französischen Kollegen grundsätzlich bei, wies aber gleichzeitig darauf hin, Gegenstand seines Berichts sei, der Frage nachzugehen, wie die Sicherheit in den NATO-Ländern mit technologisch sinnvollen Mitteln erhöht werden könne. Abg. **Gimalow** (Russland) begrüßte die in dem Bericht erkennbare Grundlinie, hob jedoch hervor, dass die Entwicklung von Flugkörperabwehrsystemen der falsche Weg sei. Vielmehr plädierte er für internationale Verhandlungen und Abkommen, um die kollektive Sicherheit zu stärken. Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) schloss sich der Forderung nach verstärkter internationaler Zusammenarbeit und einem Ausbau der Rüstungskontrolle zum Schutz gegen eine Weiterverbreitung von Raketentechnologie an. Auf den Einwand von **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich), die USA beabsichtigten, lediglich Sensoren und keine Waffen im Weltraum zu dislozieren, erwiderte Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland), zahlreiche US-amerikanische Wissenschaftler und think tanks verträten die Auffassung, die Dislozierung von Weltraumwaffen sei für ein Flugkörperabwehrsystem unverzichtbar. Dies untermauerte der Berichterstatter mit einem Zitat aus dem jüngst vom Kongress verabschiedeten National Defence Authorization Act. Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) pflichtete dem Berichterstatter bei, indem er sich gegen Weltraumwaffen aussprach und zugleich einige kritische Anmerkungen zum Raketenabwehrprogramm der USA äußerte. Gleichwohl seien ihm keine konkreten Pläne der Regierung zur Stationierung von Weltraumwaffen bekannt. Diesen Einwand akzeptierte Berichterstatter Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) und erklärte sich zu einer entsprechenden Korrektur in seinem Bericht bereit.

Mit den entsprechenden Korrekturen versehen wurde der Bericht vom Ausschuss angenommen.

#### V. Vortrag des Abteilungsleiters für Verwaltung und auswärtige Beziehungen des Internationalen Zentrums für Gen- und Biotechnologie in Triest, Decio Ripandelli, zum Thema „Weltweite Zusammenarbeit für die sichere Entwicklung von Biotechnologie“

Die größte Herausforderung bei der Biotechnologie, so leitete **Decio Ripandelli** seinen Vortrag ein, bestehe darin, zum einen technologisches und wissenschaftliches Know-how weltweit auszutauschen, zum anderen jedoch möglichen Missbrauch von Biotechnologie durch staatliche oder private Akteure zu verhindern. Ripandelli nannte dabei vier Problemfelder: erstens, die bestehenden Bestimmungen zum geistigen Eigentum, welche die Entwicklungsländer benachteiligen; zweitens, die Anwendung von Artikel X der Konvention über Biologische

Waffen und dessen Vorteile für die Entwicklungsländer; drittens, die Rolle von Wissenschaftlern bei der Vermeidung von Missbrauch von Biotechnologie und viertens, die Einführung eines Verhaltenskodex für Wissenschaftler. Anschließend erläuterte Ripandelli die Tätigkeitsfelder seines Instituts, die von Forschungsprojekten über langfristige Ausbildungsmaßnahmen bis hin zu gemeinsamen Forschungsvorhaben reichten. Kurz skizzierte Ripandelli die Themen: biologische Waffen, Anthrax-Anschläge in den USA und die potenziellen Anwendungsmöglichkeiten der Nanotechnologie. Eingehender setzte sich Ripandelli mit der Übereinkunft über Biologische Waffen auseinander. Dieses erste internationale Abkommen zur Ächtung von Massenvernichtungswaffen beinhalte in Artikel X eine Bestimmung, um eine Behinderung für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung von Entwicklungsländern durch den Austausch von Ausrüstungen, Agenzien sowie wissenschaftlichen Erkenntnissen zu vermeiden. Abschließend würdigte Ripandelli den vom UN-Sicherheitsrat 2002 gebilligten Bericht zum Terrorismus, in dem u. a. die Einführung von Verhaltenskodices für Wissenschaftler gefordert wird, um so den Missbrauch von Kenntnissen, Materialien und Technologien im Bereich biologischer Waffen zu vermeiden.

#### Diskussion

Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) leitete die Diskussion mit der Frage ein, ob sich das Triester Zentrum auch mit Biotechnologie und gentechnisch veränderten Organismen befasse, was Ripandelli verneinte. Auf die Bitte von Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) um nähere Einzelheiten zum Anthrax-Anschlag in den USA, erklärte Ripandelli, dass es dabei keinen internationalen Bezug gegeben habe; es sei ein US-internes Problem gewesen. Im Übrigen sei Anthrax keinesfalls so einfach waffenfähig, wie die Medien es hätten glauben machen wollen. Auf eine Äußerung des Abg. **Bilgiç** (Türkei) eingehend erläuterte Ripandelli, ein Schwerpunkt seines Instituts liege auf dem Export von Biotechnologie in Entwicklungsländer, sodass sie ihren Lebensstandard anheben können. Die Gefahr eines erneuten Terroraktes ähnlich dem vom 11. September 2001 sei deutlich größer als ein bioterroristischer Anschlag, so beschied Ripandelli die Frage von Abg. **Rivière** (Frankreich) über die Effektivität von Defensiv – gegenüber Offensivmaßnahmen.

#### VI. Zukünftige Aktivitäten

Zu dem Arbeitsprogramm für das Jahr 2005 gab der Ausschussvorsitzende Senator **Nolin** (Kanada) bekannt, dass sich der Ausschuss den internationalen Programmen zuwenden wolle, die aufgelegt worden seien, um den Ländern der ehemaligen UdSSR bei der Beseitigung ihrer massenvernichtungswaffenfähigen Materialien zu helfen. Ferner beabsichtige Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland), über Nanotechnologie zu berichten. Besuche seien nach Französisch Guyana – zum Start einer Ariane – sowie nach Russland geplant. Abg. **Gimalow** (Russland) erklärte in diesem Zusammenhang seine Bereitschaft, über den Fortschritt bei der Verschrottung russischer U-Boote

zu berichten. Darüber hinaus wolle er sich dem Thema „Verbesserte Rahmenbedingungen zur begrenzten Nutzung des Weltraums“ widmen. Demgegenüber erklärte der Ausschussvorsitzende, das Arbeitsprogramm sei bereits festgelegt.

## VII. Wahl der Mandatsträger

Abg. **Mates** (Vereinigtes Königreich) wurde zum neuen Vorsitzenden, Senator **Nolin** (Kanada) zum Berichterstatter des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie gewählt; Abg. **Strofová** (Slowakei) zu dessen stellvertretender Vorsitzenden.

Abg. **Rivière** (Frankreich) wurde zum Vorsitzenden, **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) zur stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“ gewählt, alle anderen Mandatsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt.

## Außerordentliche Plenarsitzung mit dem Nordatlantikrat

Am Samstag, den 13. November 2004, fand vormittags unter dem Vorsitz des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, **Doug Bereuter** (Vereinigte Staaten), eine außerordentliche Plenarsitzung mit dem Nordatlantikrat statt.

### I. Ansprache des Leiters der italienischen Delegation, Senator Giovanni Lorenzo Forcieri

Senator **Forcieri** begrüßte die Delegierten zur Sitzung. In der von ihm übermittelten Grußbotschaft des Staatspräsidenten Carlo Azeglio Ciampi wurde das Bündnis als Symbol für gemeinsame Werte bezeichnet. Die EU habe sich unter dem Sicherheitsschirm der NATO zu ihrer heutigen Gestalt entwickelt. Die NATO selbst habe sich den neuen Herausforderungen angepasst. Der Verfassungsvertrag erkenne die eigene Verteidigungsfähigkeit der EU an. Senator **Forcieri** bezeichnete die 50. Jahrestagung als besonderen Augenblick. Das Zusammentreffen zwischen Parlamentariern und dem Nordatlantikrat belege die wachsende Rolle der Versammlung als Forum für Gedankenaustausch und Bindeglied zwischen den europäischen Ländern und den USA. Ein Netz von Partnerschaften auch mit den Parlamenten außerhalb Europas sei entstanden. Auch wenn das Gremium keine Entscheidungen treffen könne, sei die Versammlung präventiv um Frieden und Sicherheit durch Dialog bemüht. Sicherheit setze eine Verbesserung der Lebensbedingungen für viele Menschen voraus, weshalb die Versammlung auch den Ansätzen der zivilen und der wirtschaftlichen Dimension Rechnung trage. Stabilität bedeute Einbeziehung weiterer Partner, Ausdehnung der Tätigkeitsfelder und insbesondere Sicherung demokratischer Strukturen.

### II. Ansprache des Bürgermeisters von Venedig, Paolo Costa

Der Bürgermeister von Venedig, **Paolo Costa**, erklärte, Venedig verkörpere das Thema Sicherheit in besonderer

Weise. In Venedig habe noch nie ein Krieg stattgefunden. Ständige Kooperations- und Dialogbereitschaft seien Bestandteil dieser Begegnungsstätte von Ost und West und dem Mittelmeerraum. Das Problem der Instabilität habe gerade in den letzten Jahren zugenommen. Ursachen wie Armut seien wesentliche Faktoren; nötig sei die Findung eines neuen Gleichgewichts. Häufig werde Frieden mit militärischen Mitteln gesichert, was nicht allgemein akzeptiert werde. Venedig habe immer zum Dialog beigetragen.

### III. Ansprache des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO PV, Doug Bereuter (Vereinigte Staaten)

Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO, **Doug Bereuter**, ging auf die vergangenen Leistungen der Versammlung ein. Bereits Ende der 80er-Jahre habe sie sich in Richtung der heutigen östlichen Partnerländer geöffnet; 2004 habe man die neuen Mitglieder aufgenommen. Die weitere Ausdehnung zeige die Anpassung des Bündnisses an die neue Sicherheitsarchitektur. Die Vielfalt der Aufgaben spiegele sich auch in den Tagesordnungen der Versammlung wider. Wenn er jetzt sein Amt aufgeben, verlasse er die Versammlung mit dem Gefühl, dass eine positive weitere Entwicklung sichergestellt sei.

### IV. Ansprache des norwegischen Außenministers, Jan Petersen

Außenminister **Jan Petersen** bezeichnete die Versammlung als Netz für Kontakte zwischen Parlamentariern. Die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO sei ein wichtiges Ereignis, bei dessen Verwirklichung die Versammlung eine wichtige Rolle gespielt habe. Die Arbeit der Versammlung nannte er effizient – sie veranstalte und produziere nicht mehr, als sie auch verkraften könne, ohne die Arbeit der Mitglieder in ihren heimischen Parlamenten zu beeinträchtigen. Die Berichte seien inhaltsreich und aussagekräftig. Für die Zukunft solle die Versammlung weiterhin Anstöße und Impulse geben, wie sie es in der Vergangenheit häufig getan habe. Besonders wichtig nannte er dabei die Verbesserung des transatlantischen Dialogs.

### V. Ansprache des Generalsekretärs der NATO und Vorsitzenden des Nordatlantikrates, Jaap de Hoop Scheffer

Der Generalsekretär der NATO und Vorsitzende des Nordatlantikrates, **Jaap de Hoop Scheffer**, betonte, die 50. Sitzung der Parlamentarischen Versammlung und der Beginn des 50. Geburtstags des Gremiums bezeichneten ein historisches erstes Mal: die Teilnahme des Nordatlantikrates an der Sitzung der Versammlung. Auch wenn die Beziehung zwischen Versammlung und NATO nur eine informelle sei, befinde sie sich in gutem Zustand. Er sei überzeugt vom Wert der Diskussion und Debatte sowohl in dieser Zusammensetzung als auch im Nordatlantikrat

selbst. Debatte und Diskussionen seien die Vorbedingungen zur Erreichung von Zielen in einer veränderten strategischen Landschaft. Eine stärkere politische Rolle für die NATO erfordere eine Diskussionskultur. Im Balkan und noch mehr in Afghanistan bilde die NATO die Basis für alle anderen Bemühungen, aber der politische Prozess in diesen Regionen werde überwiegend von anderen Akteuren betrieben, was keine günstige Arbeitsteilung sei. Die NATO müsste stärker in den politischen Prozess einer Staatsbildung involviert sein, weil das mehr als alles andere die Gestaltung und die Dauer militärischen Einsatzes bestimme. Notwendig sei der Dialog zur Erreichung eines Konsenses zwischen den Alliierten, sowie um Meinungen unter den Partnern wie auch mit der Öffentlichkeit auszutauschen. Gerade hier spiele die Versammlung eine bedeutende Rolle, deren Mitglieder durch den unmittelbaren Kontakt zur Bevölkerung die Diskussion voranbringen können. Viele Menschen könnten die Bedeutung von fernen Entwicklungen für ihr eigenes Leben und ihre eigene Sicherheit nicht erkennen. Auch wenn territoriale Verteidigung immer eine Kernfunktion der NATO bleiben werde, müsse man die potenziellen Risiken auch in anderen Regionen angehen, wenn man die Auswirkungen nicht irgendwann im eigenen Land haben wolle. Deshalb sei die NATO auf dem Balkan, in Afghanistan und dem Irak aktiv. Parlamentarier könnten erklären, warum die Projektion von Stabilität eine Vorbedingung für unsere Sicherheit geworden ist.

Als zweite Herausforderung unterstrich er das Bedürfnis für neue militärische Fähigkeiten. Die neuen Missionen erforderten Streitkräfte, die schnell reagieren können, die über eine größere Distanz eingesetzt und dort auch über eine längere Zeit gehalten werden können. Notwendig sei eine Mischung von Streitkräften, die sowohl hoch intensive Kampfaufgaben wie auch Wiederaufbauarbeit leisten können. Auch hier spielten die Parlamentarier bei der Vermittlung des Gedankens, dass Sicherheit finanzielle Mittel erfordere, eine bedeutende Rolle. Entscheidend sei, dass die Gelder in der richtigen Weise ausgegeben werden – für Fähigkeiten, die wirklich notwendig sind statt für Armeen, die noch den Bedürfnissen des Kalten Krieges entsprechen.

### Plenardebatte

In der anschließenden Diskussion mit dem Nordatlantikrat betonte Abg. **van Gennip** (Niederlande) die Notwendigkeit eines mehrdimensionalen Konzepts der Sicherheit, das auch wirtschaftliche Aspekte einschließe, z. B. die Finanzströme zur Finanzierung des Terrorismus. Der Generalsekretär erklärte, man gehe in der Tat von einem umfassenden Ansatz aus.

Abg. **Cordy** (Kanada) unterstrich den großen Beitrag Kanadas zur Allianz und fragte nach Möglichkeiten, die NATO öffentlich bekannter zu machen. Senator **Pastusiak** (Polen) plädierte unter verschiedenen Möglichkeiten für die transatlantische Option. Die US-Wahl werde zur Verbesserung der transatlantischen Beziehungen beitragen, vermutlich auch der Tod von Palästinensenführer Arafat.

Botschafter **Burns** (Vereinigte Staaten) stimmte zu, dass die Einheit der transatlantischen Beziehungen wieder aufgebaut werden müsse. Präsident Bush habe zwölf Regierungschefs nach seiner Wahl einberufen und den NATO-Generalsekretär quasi als ersten ausländischen Besucher im Weißen Haus begrüßt. Zur Verbesserung der Beziehungen müsse man die gemeinsamen Interessen und Werte erkennen. Europa und Amerika könnten nicht ohne einander auskommen. Man solle die strategischen Beziehungen verstärken und die EU dürfe sich nicht abkoppeln. An die Parlamentarier appellierte er, mehr Geld für die Verteidigung zur Verfügung zu stellen, was bei vielen Ländern weniger als zwei Prozent des Haushaltes ausmache. Der belgische NATO-Botschafter **de Swielande** plädierte ebenfalls für multidimensionale Aufgabenerfüllung. Oft gebe es zu wenige Verknüpfungen zwischen Militärpräsenz und Entwicklungshilfe, wo ebenfalls die Parlamentarier zur Verbesserung der Finanzmittel beitragen könnten.

Die stellvertretende französische NATO-Botschafterin **Duchêne** betonte, man bemühe sich um Einbindung. Minister Barnier habe Bush daran erinnert, dass Frankreich Alliiertes und ein neuer Weg für die Beziehungen nötig sei. Abg. **Lellouche** (Frankreich) fragte nach dem Erwerb von Kernwaffen und der Strategie Bushs im Hinblick auf die Beziehungen zum Iran.

Abg. **Møller** (Dänemark) verwies auf die Sicherheitsresolution zum Irak und kritisierte, dass kein NATO-Staat dem Aufruf zum Aufbau gefolgt sei. Dies gelte besonders für die Mitglieder Deutschland und Frankreich, die im Sicherheitsrat mit gestimmt hätten. Er appellierte an diese, sich an der Ausbildung im Irak zu beteiligen.

Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) verwies auf die Erfolge der Allianz, die sieben neue Mitglieder aufgenommen habe. Im Zusammenhang mit den Anschlägen am 11. September 2001 seien wichtige Alliierte aktiv geworden, ohne die NATO zu beteiligen. Erst sehr spät habe diese eine Rolle bekommen. Afghanistan sei in der Tat der erste Testfall im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Hier werde sich zeigen, ob die NATO ihrer neuen Aufgabe gewachsen sei. Er stellte auch die Frage, welche Truppen in Afghanistan zusätzlich gebraucht würden, auch im Hinblick auf die Bekämpfung des Drogenproblems. Die so genannten „Regionalen Wiederaufbau-teams“ (PRTs) seien noch nicht flächendeckend präsent. Beim Irak gebe es zwar unterschiedliche Einschätzungen der Sicherheitslage. Aber die Deutschen hätten nicht beabsichtigt, einen Einsatz der NATO im Irak zu verhindern, was auch nicht geschehen sei. Deutschland sei bereit, einen Beitrag zur Stabilisierung der Lage im Irak zu leisten. Die Deutschen beteiligten sich daher an der Ausbildungsmission, wenn auch nicht im Irak selbst. Insgesamt gebe es allerdings auch wenig Resonanz bei anderen Ländern auf die Anforderung. Er fragte, ob über die verschiedenen strategischen Konzeptionen, die in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA und der EU-Sicherheitsstrategie angelegt sind, im NATO-Rat diskutiert werde.



Der kanadische NATO-Botschafter **Juneau** wies auf den Truppeneinsatz Kanadas hin. Kanada sei die Nummer zwei beim Truppeneinsatz; 13 Jahre sei man in Bosnien beteiligt. In Afghanistan sei ein mehrdimensionaler Ansatz erforderlich, der auch die Entwicklung und Demokratisierungsaspekte umfasse.

Der spanische Botschafter **Benavides Orgaz** betonte, der Friedenskonsens verlange immer mehr Spezialkräfte. Eine wichtige Grundlage sei die Überzeugung und auch das öffentliche Vertrauen in die Einsätze.

Der stellvertretende deutsche NATO-Botschafter **Erdmann** unterstrich, die Sicherheitsratsresolution zum Irak beinhalte nicht nur ein Instrument für den Aufbau. Deutschland habe von Anfang an erklärt, dass es nicht an der Entsendung von Streitkräften teilnehmen werde, was aber kein Grund hätte sein müssen, um gegen die Resolution zu stimmen. Deutschland habe schon lange vorher mit Ausbildung von Polizei in den Vereinigten Arabischen Emiraten begonnen. Also habe sich Deutschland nicht zurückgezogen. Auch im Kosovo und in Afghanistan sei man beteiligt.

Die stellvertretende französische NATO-Botschafterin **Duchêne** sagte, ihr Land habe ebenfalls vorher klargestellt, dass keine Truppen entsendet werden, man sei aber bereit zum Friedenaufbau.

US-Botschafter **Burns** betonte, der Iran sei ein Schwerpunkt internationaler Politik. Der Iran finanziere und steuere auch terroristische Gruppen. Man unterstütze Bemühungen um eine diplomatische Lösung. Der Sicherheitsrat sei die angemessene Institution für diese Diskussion.

Generalsekretär **de Hoop Scheffer** erklärte zur Frage von Abg. Meckel, die NATO habe die Erwartungen in Afghanistan erfüllt. Zur Bekämpfung des Drogenproblems seien internationale Anstrengungen verschiedener Institutionen nötig. Gefordert seien die Vereinten Nationen, aber auch die EU usw. Ohne Kampf gegen das Drogenproblem blieben in der Tat andere Maßnahmen wirkungslos.

Abg. **Gama** (Portugal) fragte nach dem erweiterten Mandat im Verhältnis zu den Beschlüssen von Istanbul. Abg. **Tauscher** (Vereinigte Staaten) meinte, das Bündnis sei zu loben für die Arbeit der letzten Jahre. Sie möchte wissen, welche Hindernisse für die weitere Entwicklung bestehen. Seitens der Delegation aus FYROM wurde erklärt, das Land befinde sich auf dem Erfolgsweg und möchte Mitglied in der NATO werden. Schon 2003 hätten sich NATO und EU um Harmonisierung der Anstrengungen bemüht. Das Land sei zu einem Sicherheitsfaktor geworden und wolle seinen Beitrag noch steigern.

Botschafter **Sir Ricketts** (Vereinigtes Königreich) erklärte, Bemühungen im Hinblick auf den Iran seien vorhanden. Afghanistan und Irak seien als Einsätze gleichzeitig möglich, weil es klar begrenzte Aufgaben im Irak zur Ausbildung gebe. ISAF und Enduring Freedom würden enger verzahnt. Im Hinblick auf das Drogenproblem unterstrich er, Großbritannien führe die internationalen Anstrengungen, aber die primäre Zuständigkeit liege in

Afghanistan beim Land selbst, im Hinblick auf die Existenzsicherung der Bauern, die derzeit vom Heroinanbau leben.

Senator **Smith** (Vereinigte Staaten) bedauerte, dass in den USA die Meinung zunehme, „die Europäer mögen Amerika nicht und Amerika brauche die Europäer nicht“. Die Glaubwürdigkeit der NATO sei abhängig von ihren Fähigkeiten. Die USA gäben 400 Milliarden Dollar für Verteidigung aus, die anderen Staaten durchschnittlich weniger als die Hälfte. Die Europäer verfügten nur über drei Prozent einsatzfähige Truppen im Verhältnis zu 40 Prozent der US-Truppen.

Abg. **Gricius** (Litauen) fragte nach den Beziehungen von NATO und EU und der praktischen Organisation der Abstimmung. Abg. **Mikser** (Estland) fragte, ob die NATO sich zu einer Organisation entwickle, die „die Trainer trainiere“, was nicht ausreiche.

Der stellvertretende türkische NATO-Botschafter **Aramaz** unterstrich, er glaube fest an die transatlantische Beziehung und wolle die enge Zusammenarbeit zwischen EU und NATO fördern. Eine gute Koordination gebe es mit ISAF und Enduring Freedom. Zum Drogenproblem meinte er, vieles könnten auch die Parlamentarier mit der Gewährung von Entwicklungshilfe positiv beeinflussen.

Der rumänische NATO-Botschafter **Mazuru** betonte die Notwendigkeit wirtschaftlicher Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse.

Der polnische Botschafter **Nowak** ging auf die Mittelmeerdimension und die Ausbildungsmission im Irak ein. Auch andere Regionen, wie Ukraine, Moldau etc. können die Sicherheit der Bündnispartner beeinflussen.

Der niederländische Botschafter **Patijn** erklärte, die EU habe neue Aufgaben übernommen. Man brauche einen umfassenden Ansatz für innere und äußere Sicherheit. In Jugoslawien sei man seit zehn Jahren präsent und könne noch keinen nachhaltigen Erfolg verzeichnen. Solana habe ein Modell entworfen, das umzusetzen sei. Bislang sei die Umsetzung nicht zufriedenstellend. In Afghanistan sei eine Zusammenarbeit nicht existent. Die NATO müsse weitermachen und auch anspruchsvollste Aufgaben übernehmen. Dafür gebe es PRTs und die Umstrukturierung der Kommandoebene.

## Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit

### I. Tagesordnung

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am 13. und 14. November 2004 unter dem Vorsitz von Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich).

Gegenstand der Beratungen des Ausschusses waren der Generalbericht von Abg. **Verena Wohlleben** (Deutschland) „Stabilität in den drei südkaukasischen Republiken – Zehn Jahre nach der Unabhängigkeit: Leistungen und neue Herausforderungen“ sowie der Bericht von Abg. **Stefánsson** (Island) „Die Bekämpfung des Kinderhandels in Europa“. Der Ausschuss beriet und

verabschiedete ferner die Resolution zum Thema „Kinderhandel“, vorgelegt von Abg. **Stefánsson** (Island). Abg. **Zhukov** (Russland) berichtete über die Ergebnisse des russischen Untersuchungsausschusses über den Terroranschlag von Beslan.

## II. Vortrag des stellvertretenden italienischen Innenministers Antonio d'Ali zum Thema „Die Bekämpfung des Kinderhandels und Maßnahmen durch die italienische Regierung“

Der stellvertretende italienische Innenminister **Antonio d'Ali** unterstrich in seinem Vortrag, dass das Thema Kinderhandel in Italien sehr aktuell sei. Italien habe im Rahmen der Bekämpfung des Menschenhandels und vor allem unter dem strafrechtlichen Aspekt wichtige Initiativen zur Bekämpfung des Kinderhandels ergriffen. Aufgrund der durchgeführten Maßnahmen seien erste Erfolge bei der Zerschlagung von Schleuserbanden und bei der Bekämpfung der Kinderprostitution erzielt worden. Kinderhandel werde hauptsächlich von im Ausland ansässigen kriminellen Organisationen betrieben. Dieses Phänomen stelle eine besondere Gefahr für Migrantenkinder dar, die potenzielle Opfer von Misshandlung, sexuellem Missbrauch und Zwangsarbeit seien. Der große Zustrom illegaler Einwanderer und Flüchtlinge nach Italien, das in der Regel als Transitland benutzt werde, und die Tatsache, dass Frauen und Kinder besonders bedroht und erpresst würden, bereite den italienischen Behörden große Probleme. Minderjährige würden oft zum Diebstahl, zur Prostitution und anderen illegalen Tätigkeiten gezwungen. Mithilfe kontinuierlicher Weiterbildung und spezieller Richtlinien werde die italienische Polizei eingehend zur Bekämpfung dieses Problems geschult. Dabei gebe es auch eine gute Zusammenarbeit zwischen Interpol und EUROPOL und den italienischen Behörden. Italien arbeite auch mit diesen Institutionen an einer internationalen Datenbank für verschwundene Kinder. Aufgrund gemeinsamer Ermittlungen habe man das Red Routes Project erarbeitet, das das Ziel verfolge, die von Schleusern und Dealern benutzten Routen und Wege besser zu erfassen sowie sachdienliche Daten abzugleichen. Auf interministerieller Ebene gebe es zwischen Italien und Albanien und mit mehreren mitteleuropäischen Staaten eine gute Zusammenarbeit.

## III. Vortrag von Andrea Rossi, Projektleiter des UNICEF-Forschungszentrums „Kinderhandel“ zum Thema „Kinderhandel in Europa: Probleme und Herausforderungen“

Der Projektleiter des UNICEF-Forschungszentrums „Kinderhandel“, **Andrea Rossi**, befasste sich in seinem Vortrag mit den von UNICEF durchgeführten Untersuchungen zum Thema „Kinderhandel in Europa: Probleme und Herausforderungen“. UNICEF habe als Sonderorgan der VN ein direktes Mandat, sich für das Wohl der Kinder und für die Koordinierung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschen- und Kinderhandels einzusetzen.

Seine Projektgruppe befasse sich insbesondere mit dem Kinderhandel in Europa und in Afrika. Viele internationale Instrumente, wie z. B. das Palermo-Protokoll und das VN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes, seien zum Schutz und Wohl des Kindes erarbeitet worden. Dennoch reichten sie nicht aus, um das Ausmaß des gegenwärtigen Kinderhandels zu bekämpfen. Hier gehe es nicht nur darum, die offenkundigen Probleme und Fakten zu sehen, sondern auch verdeckte und heimliche Formen des Kinderhandels zu erfassen. Die Erstellung von Statistiken sei sehr schwierig, zum einen wegen der meist verdeckt ablaufenden Aktivitäten, zum anderen wegen des dynamischen Prozesses, der die Veränderung von Handelsrouten und die Verlagerung des Schwerpunktes von einem Land zum anderen beinhalte.

Neben der Umsetzung der Instrumente zum Schutz der Rechte des Kindes gehe es darum, die strafrechtliche Verfolgung der Kinderhändler sicherzustellen. Rossi bezeichnete es als äußerst wichtig, Kinderhandel als Straftatbestand im Strafrecht eines jeden Landes zu verankern. Von vielen Seiten erhalte UNICEF sachdienliche Informationen – von der Polizei, von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), durch die Medien und Forschungszentren. Diese Informationen zusammenzubringen und auszuwerten, sei eine der Aufgaben seines Forschungszentrums. Was die Begriffe Herkunfts-, Transit- und Zielländer betreffe, so könne man heute davon ausgehen, dass diese Begriffe nicht mehr eindeutig zuträfen. Vor allem in Europa seien völlig neue Bewegungsmuster des Kinderhandels erkennbar. Auch der Handel innerhalb eines Landes, meistens von ländlichen Gebieten in Städte, habe zugenommen. In Südafrika z. B. seien Bewegungen von den ärmeren in die reicheren Regionen, in Westafrika ein eher zirkulierender Handel festzustellen. Kinderhandel sei ein zunehmendes Phänomen in Ost- und Westafrika, in den Arabischen Staaten und in den Nahoststaaten. Hauptgründe für den Kinderhandel seien auf der Angebotsseite drängende Faktoren, wie Armut, schwacher Schutz von Frauen und Kindern und Arbeitslosigkeit. Auf der Nachfrageseite stünden Kinder- und Zwangsarbeit, illegale Adoption, Frühverheiratung sowie die Nachfrage nach Kindersöldnern und nach Kindern, die für logistische Zwecke eingesetzt werden könnten.

## Diskussion

In der anschließenden Diskussion stellte die Ausschussvorsitzende Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich) die Frage, ob es beim Kinderhandel eine Zunahme und spezielle Tendenzen gebe. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) berichtete von einem Besuch in der Republik Moldau und in der Region Transnistrien, wo die britische Organisation Hope and Homes for Children arbeite. Diese Organisation versuche, Kinder aufzufangen, bevor sie Kinderhändlern in die Hände fielen, und Sorge für ihre Ausbildung. In kleineren Familiengruppen würden mehrere Kinder aufgezogen, ähnlich wie in den SOS-Kinderdörfern. Dies bewahre Kinder vor staatlichen Waisenhäusern und vor einem Zugriff der Menschenhändler. Er bezeichnete diesen vorbeugenden Ansatz als nachahmenswert. Der Projektleiter des UNICEF-Forschungs-

zentrums „Kinderhandel“, **Andrea Rossi**, verwies darauf, dass auch im Übereinkommen über die Rechte des Kindes das Recht des Kindes auf eine Familie festgestellt werde und dass für den Fall, dass es nicht möglich sei, eine eigene Familie zu haben, eine internationale Adoption als Alternative infrage komme. In Bezug auf die Frage nach einer Tendenz beim Kinderhandel erklärte er, dass die sexuelle Ausbeutung in den vergangenen Jahren stark zugenommen habe, aber auch ein großes Interesse an Kinderarbeit existiere. Richtig sei, dass sich mit der Veränderung der Grenzen in Europa auch die Ströme von Transit-, Herkunfts- und Zielländern stark verändert hätten. Er appellierte an die Parlamentarier, sich bei ihren Regierungen für eine enge internationale Zusammenarbeit einzusetzen.

Abg. **Berzins** (Lettland) stellte fest, dass die internationale Adoption oft als gut gehendes Geschäft missbraucht werde, dass gerade internationale Organisationen sehr gut daran verdienten, und stellte die Frage, warum die Vereinigten Staaten das Übereinkommen über die Rechte des Kindes noch nicht ratifiziert hätten. **Rossi** erwiderte, dass es in der Tat nicht nur beim Kinderhandel, sondern auch bei Adoptionen oft um viel Geld gehe. Aber auch die Gegenseite – hilflose und verarmte Eltern – zahlten den Menschenhändlern oft viel Geld in der Hoffnung, ihre Kinder vor Elend bewahren zu können. Kinderhändler vermittelten diese Kinder dann z. B. als Hausangestellte, die keinerlei Entlohnung enthielten, die vergewaltigt und oft zur Prostitution gezwungen würden. Er stellte die Frage, ob genügend getan werde, um Alternativen in den Herkunftsländern zu schaffen. Paradox sei es, dass Kinder, die Opfer von Kinderhandel geworden seien und aus den Fängen der Menschenhändler befreit wurden, aus Angst vor schlimmen Verhältnissen und Not nicht in ihr Herkunftsland zurückwollten. Abg. **Rebello** (Portugal) wies darauf hin, dass es aufgrund der unterschiedlichen Sanktionen in den einzelnen Ländern oft dazu komme, dass kriminelle Banden ihre Schwerpunkte in Länder mit weniger strengen Strafen verlagerten. Er forderte die Anpassung der einschlägigen Strafverfolgungsbestimmungen und stellte die Frage, inwieweit sich die VN und einzelne Staaten hierfür engagierten. Der stellvertretende italienische Innenminister **d'Ali** antwortete, dass auch er der Auffassung sei, dass die einschlägigen Gesetze streng und in möglichst einheitlicher Form umgesetzt werden sollten, dass aber an allererster Stelle die Vorbeugung stehen müsse.

#### IV. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Democratic Governance“ über „Die Bekämpfung des Kinderhandels in Europa“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Gudmundur Arni Stefánsson (Island)

Anstelle des aus familiären Gründen verhinderten Berichterstatters legte die Ausschussvorsitzende Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich) den Berichtsentwurf über Kinderhandel in Europa vor. Dieser Bericht sei ein weiterer in der Reihe der Beratungen des Ausschusses über das Problem des Menschenhandels. Kinderhandel

sei nicht nur eine Gefahr für die Stabilität und die Sicherheit eines Landes. Er verstoße auch gegen die Würde des Menschen und gegen die grundlegenden Menschenrechte. Seine negativen Folgen schädigten sowohl Herkunfts- als auch Zielländer. Die Opfer von Kinderhandel litten oft unter psychosomatischen Störungen und Traumata. Die Herkunftsländer würden ihre zukünftigen Generationen verlieren, und in den Zielländern nähmen großflächige kriminelle Organisationen, Netze und Schleuserbanden sowie organisiertes Verbrechen immer weiter zu. Europa habe sich entschieden, gegen dieses Phänomen gemeinsam vorzugehen. Auch wenn bislang nicht genügend Daten und Statistiken vorlägen, so gelte es doch, den Kampf gegen diese besonders abscheuliche Art von Menschenhandel aufzunehmen. Große wirtschaftliche Interessen seien mit im Spiel. Bei der Bekämpfung dieser Verbrechen müsse an erster Stelle eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit stehen. Überschneidungen müssten aber vermieden, gemeinsam wichtige Maßnahmen umgesetzt, Versprechen eingehalten und ein starker politischer Wille demonstriert werden. Mit dem Entwurf eines Übereinkommens des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels, der im Juli 2004 vorgelegt worden sei, sei ein viel versprechendes Instrument zur Bekämpfung dieses Phänomens erarbeitet worden. Auch das Palermo-Protokoll über Vorbeugung, Schutz und Strafverfolgung sei ein wertvolles Instrument. Der in Istanbul verabschiedete Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels sei erst in einigen Teilen umgesetzt worden, wie z. B. bei der Ausbildung. Die OSZE, aber auch die Europäische Union und der Europarat hätten Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Kinderhandels ernannt. Auch im Rahmen der Mittelmeergruppe der NATO PV sei ein Dialog über dieses Thema entstanden.

#### Diskussion

In der anschließenden Diskussion bedauerte **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) das Fehlen verlässlicher Daten. Abg. **Clapham** (Vereinigtes Königreich) regte an, im gesamten Bericht anstelle der Begriffe Minderjährige und junge Menschen besser den Begriff Kinder zu verwenden, und Abg. **Emerson** (Vereinigte Staaten) stellte fest, dass bei dem eben gezeichneten Bild ein Problembereich fehle, nämlich der des Sextourismus. Zwischen Kinderhandel, der Ausbreitung von HIV/Aids und dem Sextourismus gebe es eine starke Verbindung. Abg. **Rebello** (Portugal) bedauerte ebenfalls die unzureichenden Daten und Erkenntnisse über sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite und sprach von einer ausgeklügelten Organisation pädophiler Netze in der ganzen Welt.

#### V. Bericht des Abg. Andrey Zhukov (Russland) über die Ereignisse in Beslan am 1. September 2004

Die Ausschussvorsitzende hatte die russische Delegation gebeten, eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse in Beslan und der vorliegenden Erkenntnisse über die Hintergründe zu geben. Abg. **Zhukov** erinnerte an die

schrecklichen Ereignisse vom 1. September 2004 und daran, dass zwei Drittel der ums Leben gekommenen Opfer Kinder gewesen seien. Das unsägliche Leid der Familien der Opfer könne niemand ermessen. Was die Hintergründe betreffe, so wisse man heute, dass die 32 Terroristen aus verschiedenen nationalen Gruppen stammten und unterschiedlichen Nationalitäten angehört hätten. Nach heutigem Erkenntnisstand sei sicher, dass dieser Anschlag nicht als Selbstmordanschlag geplant gewesen sei, sondern dass die in der Schule agierenden Terroristen auf Anweisungen von außen gewartet hätten. Nach dem Ausbleiben dieser Anweisungen seien sie in eine Art Panik geraten. Sie hätten ohne Plan oder offiziellen Auftrag gehandelt und hätten sich dabei eher impulsiv verhalten. Die Sondereinsatztruppe der Bundesbehörden, die am zweiten Tag am Ort der Geschehnisse eingetroffen sei, hätte die ausdrückliche Anweisung gehabt, keine Gewalt anzuwenden. Trotzdem sei es zu dem tragischen Ablauf der Ereignisse gekommen.

Derzeit arbeite ein parlamentarischer Ausschuss in Moskau an der weiteren Untersuchung der Vorfälle und an Maßnahmen zur Vorbeugung ähnlicher Anschläge. Damit solle die Sicherheit in Schulen und insbesondere die Sicherheit von Kindern gewährleistet werden, aber auch der Schutz der Bürger vor Terrorismus. Russland habe sich in diesem Zusammenhang immer wieder für eine enge internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus ausgesprochen. Viele Probleme blieben nach den Ereignissen in Beslan weiterhin offen. Die soziale Rehabilitation der Opfer, die Trauerarbeit und die immer noch nicht eindeutig geklärte Urheberschaft seien dabei nur einige der wichtigsten Fragen. Die aus dieser Situation zu ziehenden Lehren seien vielfältig. Gesetze seien zu überprüfen und neue Gesetzesentwürfe einzubringen, z. B. in Bezug auf den Waffenhandel. In Bezug auf den Schutz von Schulen sei vereinbart worden, künftig Sicherheitsbeauftragte für jede einzelne Schule zu benennen. Darüber hinaus gelte es auch herauszufinden, welches die Beweggründe für die Terroristen gewesen seien. Auffallend sei gewesen, dass es keine politischen oder anderen Forderungen, aber auch keine Verhandlungen gegeben habe. Dies lege die Vermutung nahe, dass dies ein Anschlag auf etwas sein sollte, was den Menschen besonders am Herzen liege, nämlich Kinder. Der Anschlag von Beslan sei ein Angriff auf die verwundbarste Seite der russischen Gesellschaft gewesen.

Die Ausschussvorsitzende Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich) dankte der russischen Delegation für diesen Bericht und erklärte, dass das Mitgefühl der gesamten Welt den Familien und dem russischen Volk gelte. Sie stellte fest, dass alle etwas aus diesen entsetzlichen Anschlägen lernen müssten.

#### **VI. Vortrag von Robert Ménard, Direktor der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ zum Thema „Die Rolle und der Status von Journalisten in Kriegszeiten“**

Der Direktor der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ **Robert Ménard**, langjähriger Journalist in Frankreich

und Berichterstatter verschiedener Kriegsschauplätze, berichtete in einem sehr engagierten Vortrag über die Arbeit der Organisation „Reporter ohne Grenzen“. Wenig Aufmerksamkeit finde in der Öffentlichkeit die Tatsache, dass im Irakkrieg mehr als 46 Journalisten getötet worden seien, dass es niemals von Seiten der USA oder der Koalitionstruppen Untersuchungen über diese Todesfälle gegeben habe und dass diese traurige Praxis auch für andere Kriegsschauplätze gelte. In Israel seien fünf Journalisten getötet und 60 weitere verletzt worden. Auch hier habe es nie eine Untersuchung der Todes- und Verletzungsfälle gegeben. Die Nichtbestrafung der Verantwortlichen bedeute einen Verstoß gegen die Genfer Konventionen. Während der vergangenen 20 Jahre hätten die Demokratien die Erfahrung machen müssen, dass Kriege nicht nur auf militärischer und diplomatischer Ebene gewonnen und verloren würden, sondern auch durch die Medien. Zweifelsohne habe die Presse dadurch mehr an Macht gewonnen. Regierungen ihrerseits versuchten, angesichts der Bedeutung der öffentlichen Meinung, das durch die Medien vermittelte Bild soweit wie möglich zu kontrollieren. Journalisten würden eingespannt in Kampagnen zur Vermittlung der Kriegereignisse an die Öffentlichkeit, wie z. B. im Irakkrieg durch den so genannten embedded journalism.

#### **VII. Vortrag des Direktors des Internationalen Instituts für Nachrichtensicherheit, Rodney Pinder, zum Thema „Medien und Militär im Krieg – fatale Missverständnisse“**

Auch **Rodney Pinder**, Direktor des Internationalen Instituts für Nachrichtensicherheit, befasste sich mit der Sicherheit und dem Schutz von Pressevertretern bei bewaffneten Konflikten und im Krieg. Wichtig sei es zu verstehen, wie moderne Kriege heute geführt werden. Die ersten Toten im Irakkrieg seien Journalisten gewesen. Die Frage stelle sich, was man aus dem Irakkrieg in dieser Hinsicht lernen könne, damit ähnliche Todesfälle in Zukunft vermieden werden könnten. Natürlich seien diese Todesfälle nicht mit Absicht herbeigeführt worden. Es habe jedoch vermeidbare Kommunikationsfehler gegeben. Er nannte den Beschuss des Hotels Palästina in Bagdad als Beispiel dafür, dass das Kommunikationsversagen zwischen Militär und Presse zu Todesfällen führen könne. Er forderte Maßnahmen zur Verstärkung der Sicherheit von Journalisten und stellte fest, dass sowohl Medien als auch Militär die Aufgabe hätten, sich um Verbesserungen in diesem Bereich zu bemühen. Dabei könne die NATO eine wichtige Rolle übernehmen. Israel habe in dieser Hinsicht mit der Einbeziehung von Journalisten in bestimmte militärische Ausbildungsaktivitäten einen Schritt in die richtige Richtung getan.

Zusammenfassend gab Pinder folgende Empfehlungen: Die militärische Seite müsse verstehen, was die Medien antreibe, und das Recht der Journalisten anerkennen, am Ort der Geschehnisse zu sein. Pflicht der Medienvertreter sei es, die Öffentlichkeit über Missstände und Fehler zu informieren. Es müsse eine verbesserte Kommunikation zwischen beiden Seiten geben. Schnelle und genaue Untersuchungen der Todesfälle seien dringend anzuraten;

die bislang praktizierte Straffreiheit bei Todesfällen dieser Art müsse ein Ende haben. Dies sei nicht nur im Interesse der Militärs, sondern auch ihre Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit.

### Diskussion

In der anschließenden Diskussion stellte Abg. **Cordy** (Kanada) fest, dass die Journalisten sich besser organisieren und schützen müssten und dass sich andererseits die Frage stelle, was der Staat für den Schutz der Journalisten tun könne. Abg. **Clapham** (Vereinigtes Königreich) stellte die Frage, wie Presseoperationen generell im Krieg am besten organisiert werden könnten. Abg. **Udell** (Vereinigte Staaten) stellte die Frage, ob der embedded journalism wirklich zu einem Missbrauch der Pressefreiheit geführt habe. **Rodney Pinder**, Direktor des Internationalen Instituts für Nachrichtensicherheit, entgegnete, dass viele Journalisten mit dem embedment sehr zufrieden gewesen seien. Diese Art von Berichterstattung arbeite allerdings nur mit einem kleinen Teil ausgewählter Journalisten, bei denen man sich darauf verlasse, dass sie eine ausgewogene und möglichst breit angelegte Berichterstattung gewährleisten. Abg. **Rebello** (Portugal) betonte, wie wichtig es sei, Journalisten zur eigenen Sicherheit besser auf eine feindliche Umgebung und auf Kriegsschauplätze vorzubereiten. Da es von Seiten der Journalisten selbst nur verhaltene Reaktionen auf das Angebot der Ausbildung gebe, sollte man überlegen, Medieneigener zu verpflichten, eine solche Ausbildung verbindlich anzubieten. Der Direktor der Organisation „Reporter ohne Grenzen“, **Robert Ménard**, sprach sich dafür aus, keine unerfahrenen Journalisten in Kriegsgebiete zu entsenden. Er stellte auch die Frage nach dem journalistischen Ethos und kritisierte die mangelnde Neutralität einiger Journalisten. Er schloss seine Ausführungen mit dem Wunsch, dass beide Seiten Lehren aus den gewonnenen Erfahrungen ziehen mögen.

### VIII. Vortrag des ehemaligen Kommandeurs des italienischen Truppenkontingents im Irak, Brigadegeneral Corrado Dalzini

Einleitend stellte der ehemalige Kommandeur des italienischen Truppenkontingents im Irak, Brigadegeneral **Corrado Dalzini**, fest, dass das italienische Truppenkontingent seine Mission Antica Babilonia im Juni 2003 im Süden des Irak begonnen habe. Diese Truppen hätten die USA und Großbritannien nach dem Sturz des Saddam-Regimes bei der Befriedung des Landes unterstützt. Die italienischen Spezialeinheiten sollten vor allem humanitäre Korridore aufbauen, die zur Lieferung von Lebensmitteln und Medikamenten an die irakische Bevölkerung notwendig gewesen seien. Weitere Einheiten seien im Süden damit beschäftigt gewesen, Landstriche von Minen zu befreien. Die vom italienischen Militär im Irak durchgeführten Aktivitäten hätten sich aber nicht nur auf Sicherheitsmaßnahmen und humanitäre Hilfe erstreckt, sondern auch auf Wiederaufbauarbeit.

Brigadegeneral Dalzini ging in seinem Vortrag auch auf das Verhältnis zwischen Journalisten und Militär bei der

Kriegsberichterstattung ein. Die Medienarbeit sei zu einem wichtigen Aspekt bei bewaffneten Konflikten geworden. Auch im Zusammenhang mit der Irakkrise hätten die Medien eine wichtige Rolle gespielt. Zum Zeitpunkt seines Einsatzes im Irak habe es viele kritische Ereignisse gegeben, über die die Medien berichtet hätten, wie z.B. die gespannte Lage in Tikrit und der Machtübergang vom US-Gouverneur Paul Bremer an die provisorische irakische Regierung. Seine Kommandostelle sei stets bemüht gewesen, die Journalisten so einzubinden, dass eine sichere Berichterstattung möglich sei. Dabei habe man sich für das Konzept des semi-embedded journalism entschieden. Dies bedeute tägliche Briefings und Informationen über die geplanten Maßnahmen am folgenden Tag. Dieses Verfahren ermögliche es den Journalisten, ihre Aktivitäten auf der Grundlage ihrer Bedürfnisse und Interessen im Voraus zu planen, da die militärische Seite es ihnen freistelle, zwischen verschiedenen Alternativen zu wählen. Dalzini kritisierte, dass bei der Kriegsberichterstattung oft banale Zwischenfälle als spektakuläre Ereignisse herausgestellt würden und es an einer sachlichen Berichterstattung mangle.

### IX. Vortrag von Pietro del Sette, Leiter der Einheit Mittlerer Osten der italienischen Nicht-Regierungsorganisation Movimondo

Begonnen habe die Arbeit der italienischen Nicht-Regierungsorganisation Movimondo mit der Koordinierung humanitärer Projekte in Palästina, Jordanien und Syrien. Mittlerweile sei Movimondo in 25 bis 30 Ländern tätig, darunter auch im Irak. Finanziert werde die NGO von der EU, Italien und den VN. Der Leiter der Einheit Mittlerer Osten der italienischen Nicht-Regierungsorganisation, **Pietro del Sette**, stellte in Bezug auf die Beziehungen zwischen seiner Organisation und den Streitkräften fest, dass insbesondere bei dem Einsatz im Irak Movimondo sehr darauf bedacht gewesen sei, die Beziehungen zu diesen Stellen auf ein Minimum zu begrenzen. Man wolle, vor allem in Bagdad, den Eindruck vermeiden, dass man in Zusammenarbeit mit den US-Streitkräften arbeite. Movimondos Arbeit sei überparteilich, das Engagement richte sich ausschließlich an den Bedürfnissen der Betroffenen aus. Movimondo konzentriere sich bei ihrer Arbeit u. a. auf die Ausbildung ortsansässiger Kräfte und unterhalte gute Beziehungen zu der irakischen Bevölkerung, zu religiösen Führern, zu lokalen Stellen und zu Personen aus der Wirtschaft. Dabei sei man bestrebt, ein „niedriges Profil“ zu zeigen. Das bedeute, dass man Fahrzeuge von irakischen Firmen anmiete, keine Banner benutze, ein kaum bekanntes Hauptquartier außerhalb der Hauptstadt habe und mit einheimischen Mitarbeitern arbeite. Die Akzeptanz bei der Bevölkerung sei sehr groß. Mit der stufenweisen Übertragung von Zuständigkeiten auf die Iraker selbst hätten sich auch die Tätigkeiten der NGO im Irak verringert. In Bezug auf die Sicherheit der Mitarbeiter erklärte del Sette, dass es einen Zufluchtsraum für Mitarbeiter von Movimondo bei Angriffen gebe, und auch für den Fall einer plötzlichen Evakuierung seien Maßnahmen vorgesehen. Auch er betonte, dass Kontakte zu den Medien und die Einbeziehung der Medien in die

Arbeit der NGOs oft nur dazu führten, dass die Medien mit negativen Schlagzeilen über die Arbeit der NGOs berichteten, obgleich es doch viele positive Entwicklungen gebe, über die man ebenfalls berichten könne.

### Diskussion

In der anschließenden Debatte teilte Abg. **Emerson** (Vereinigte Staaten) die Frustration von Del Sette in Bezug auf die negative Berichterstattung. Abg. **Malan** (Italien) fragte, ob sich diese Tendenz in erster Linie auf den Irak beziehe. Der Leiter der Einheit Mittlerer Osten der italienischen Nicht-Regierungsorganisation, **Pietro del Sette**, betonte, dass die Medien Informationen über den Irak oft verzerrten und dass alles unter politischen Aspekten betrachtet werde. **Rodney Pinder**, Direktor des Internationalen Instituts für Nachrichtensicherheit, wandte sich gegen die Kritik an der Presse mit der Feststellung, dass die Journalisten nicht dafür kritisiert werden sollten, dass sie schlechte Nachrichten übermittelten. Es sei schließlich ihre Aufgabe, wahrheitsgetreu zu berichten, und die Wahrheit sei, dass vor allem im Irak die Gewalt alles überschatte. Abg. **Lilletun** (Norwegen) erklärte, dass es wichtig für die Menschen sei, die Wahrheit zu erfahren, selbst wenn es sich um schlechte Nachrichten handle. Abg. **Asgarov** (Aserbaidschan) kritisierte das Verhalten der Militärs im Irak, die ihre dominierende Stellung ohne Rücksicht auf die religiösen Auffassungen der örtlichen Bevölkerung durchsetzten. Dem stimmte **del Sette** zu, indem er feststellte, dass der Westen stets davon ausgehe, dass seine Auffassung von Demokratie die Antwort für alle Menschen sei, was aber nicht notwendigerweise richtig sei. Es sei ein großer Fehler gewesen, keinen klaren Plan für den Tag nach dem gewonnenen Krieg im Irak gehabt zu haben. Der ehemalige Kommandeur des italienischen Truppenkontingents im Irak, Brigadegeneral **Dalzini**, kritisierte, dass die Presse nicht darüber berichte, welche Maßnahmen die militärische Seite ergreife, um den religiösen Auffassungen und den kulturellen und anderen Traditionen und Verhaltensweisen des irakischen Volkes Rechnung zu tragen.

### X. Vortrag von Sabine Freizer, Leiterin des Kaukasusprojektes, Internationale Krisenarbeitsgruppe, zum Thema „Interne Entwicklungen und Bedrohungen für die regionale Sicherheit im Kaukasus“

Einleitend unterstrich **Sabine Freizer**, Leiterin des Kaukasusprojektes der Internationalen Krisenarbeitsgruppe, dass der Kaukasus eine von politischer Instabilität, schwelenden Konflikten und regionalen Auseinandersetzungen geplagte Region sei. Auf dem NATO-Gipfel in Istanbul sei ein verstärktes Interesse der NATO an dieser Region deutlich geworden. Das gestiegene Interesse der NATO am Kaukasus werde auch durch den Besuch des NATO-Generalsekretärs im September 2004 in der Region verdeutlicht. Durch die Mitgliedschaft von Aserbaidschan, Armenien und Georgien im PfP-Programm (Programm „Partnerschaft für den Frieden“) sei es zu einer verstärkten Annäherung dieser Staaten an die NATO gekommen. Vielen Staaten gemeinsam sei ein starkes

Engagement gegenüber der NATO. Fast alle Länder der Region erhofften eine sehr baldige NATO-Mitgliedschaft, wobei diese Erwartungen jedoch vom Generalsekretär gedämpft worden seien. Für Georgien stehe die Mitgliedschaft an oberster Stelle. Aserbaidschan habe noch keinen klaren Schwerpunkt gesetzt, und Armenien stelle die Beziehungen zu Russland in den Vordergrund. Aus Sicht der NATO sei es wichtig, die regionale Stabilität im Kaukasus sicherzustellen. Was alle drei Staaten gemeinsam verbinde, sei eine schwach ausgeprägte Demokratie, eine schlechte Menschenrechtssituation, eine starke Exekutive, schwach ausgebildete dezentrale Stellen sowie große Korruption und Vetternwirtschaft. In allen drei Staaten sei der Präsident mit einer großen Machtfülle ausgestattet. Der Ablauf der Wahlen in den Staaten der Region sei von den internationalen Organisationen kritisiert worden. Am wenigsten zwar in Georgien, aber auch dort sei der Mangel an demokratischer Auswahl kritisch vermerkt worden. Ihrer Meinung nach trage eine fehlende Opposition im Parlament oft dazu bei, dass es zu Gewalt auf der Straße komme. So genannte frozen conflicts existierten in Süd-Ossetien und in Berg-Karabach, wo es tief verwurzelte Gründe für den schlummernden Konflikt gebe. Süd-Ossetien stelle eine akute Gefahr für die Sicherheit der Region dar. Das Land befände sich am Rande eines Krieges. Es gebe Schießereien, Tote und Verwundete.

Zusammenfassend betonte Freizer, dass der Kaukasus für die NATO wichtiger geworden sei, weil die NATO durch die Erweiterung näher an das Schwarze Meer und an Russland herangerückt sei, aber auch wegen der traditionellen Bindungen der neuen NATO-Mitglieder in dieser Region. Wichtig sei die Frage der territorialen Integrität. Die NATO erkenne Aserbaidschan und Georgien als unabhängige Staaten an. Auch Süd-Ossetien glaube an ein Recht auf Autonomie. Angesichts der starken Präsidialsysteme in Georgien und Armenien sei es schwierig, diese Enklaven zu integrieren, ohne einen Konfliktausbruch befürchten zu müssen. Welche Rolle könnten die Parlamente bei der Lösung dieser Probleme spielen?

### Diskussion

In der anschließenden Debatte bezeichnete Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) die Landkarte des Kaukasus als eine Karte voller Probleme, wozu Terror, Waffenhandel, islamischer Extremismus, schwache Demokratien, aber auch starke Interessen am Erdöl im Kaspischen Meer gehörten, was insgesamt die Rezeptur für eine internationale Katastrophe sei. In dieser Region hätten viele Parteien starke Interessen wirtschaftlicher, geopolitischer und energiepolitischer Art. Verständnis zeigte er für die Lage in Georgien, in der es eine nur zehn Monate alte Demokratie gebe, von der man in der kurzen Zeit keine Wunder erwarten dürfe. Angesichts der vielen ungelösten Konflikte halte er es für unerlässlich, dass die monitoring groups der OSZE ihre Präsenz aufrechterhielten. An die korrupten Regierungen einiger Enklaven richtete er die Warnung aufzupassen, dass es ihnen nicht ähnlich wie Georgien gehe, wo eine empörte Bevölkerung aufgestanden sei. Abg. **Kirsteins** (Lettland) bezeichnete es als negativ, dass in Süd-Ossetien russische Offiziere, Truppen und Panzer zu beobachten seien und betonte, dass Frieden

nur mithilfe wirklicher internationaler Friedenstruppen herbeigeführt werden könne. **Sabine Freizer**, Leiterin des Kaukasusprojektes der Internationalen Krisenarbeitsgruppe, bestätigte die wichtige, jedoch auch bisweilen negative Rolle Russlands, insbesondere im Zusammenhang mit der Lieferung von Waffen und der Entsendung von Soldaten nach Süd-Ossetien. Die Komplexität der Situation zeige sich darin, dass in diesem Gebiet 90 Prozent der Bevölkerung die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates besäßen. Süd-Ossetien sei der Auffassung, dass es den Status einer unabhängigen Region habe. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sei die Frage der Grenzen zunehmend relevanter geworden. Jedoch sei es wenig hilfreich, die Schuld allein bei Russland zu sehen oder das Problem als russisches Problem zu bezeichnen, denn dieser Konflikt müsse international bewältigt werden. Abg. **Middel** (Niederlande) wandte ein, dass der Einfluss der russischen Föderation nicht unterschätzt werden dürfe. Andererseits sei ein starkes Präsidialsystem grundsätzlich nicht unbedingt negativ zu bewerten. Man müsse auch sehen, dass ein starker Präsident einen Bürgerkrieg verhindern könne. Abg. **Shahgeldyan** (Armenien) stellte fest, dass vieles im Kaukasus von Russland abhängen, warnte jedoch davor, die Probleme mit Gewalt zu lösen. Abg. **Targamadze** (Georgien) betonte Georgiens Bereitschaft, auf diplomatischem Wege eine friedliche Lösung zu erreichen, wies jedoch darauf hin, dass Russland sich in einem Interessenkonflikt befinde und daher nicht als unparteiisch gesehen werden könne. Die Konflikte in den autonomen Gebieten bedrohten die Sicherheit Georgiens, aber auch die internationale Sicherheit aufgrund des dort stattfindenden Waffenhandels. Die Rolle Russlands in Abchasien und Süd-Ossetien sei ein destabilisierender Faktor. Georgien werde aber über alles mit Russland verhandeln, was nicht die Souveränität Georgiens berühre. Viele dieser Fragen seien auf dem Gipfel in Istanbul angesprochen worden. Georgiens Bemühen um eine unumkehrbare Demokratie, die mit Hilfe der NATO konsolidiert werden könne, sei der richtige Schritt. Georgien sei ein Testfall für die Demokratie. **Freizer** wies auf die Bedeutung der Gewaltenteilung, der territorialen Integrität und des wirtschaftlichen Wohlstandes als Voraussetzungen für positive Entwicklungen in den Kaukasusstaaten hin. Eine unabhängige Justiz, freie Medien und eine aktive Bürgergesellschaft seien ebenso wichtig. Am Beispiel Georgiens könne man die positiven Auswirkungen einer aktiven Bürgergesellschaft und die Bedeutung starker Oppositionsmedien erkennen. In Bezug auf Russland zeige das Beispiel von Abchasien, dass Russland nicht immer in der Lage sei, den Wählern seinen Willen aufzuzwingen.

**XI. Beratung des Generalberichtentwurfs über „Stabilität in den drei südkaukasischen Republiken – Zehn Jahre nach der Unabhängigkeit: Leistungen und neue Herausforderungen“, vorgelegt von Generalberichterstatterin Abg. Verena Wohlleben (Deutschland)**

Bei der Vorstellung ihres Generalberichtes betonte Abg. **Verena Wohlleben**, dass der Bericht im Wesentlichen auf

dem in Pressburg präsentierten Entwurf beruhe, jedoch umfassend überarbeitet und aktualisiert worden sei. Mit eingeflossen seien Erkenntnisse und Gespräche, die der Ausschuss während des Besuches in Armenien und Georgien im Herbst des Jahres geführt habe. Sie betonte, dass der Südkaukasus und damit auch die als Eurasien bezeichnete Region eine Brücke zwischen Europa und Asien bilden könne. Hier berührten sich russisch-orthodoxe, europäisch-christliche und die türkische und persisch-muslimische Welt. Die Nähe Tschetscheniens, des Irans und Zentralasiens, vor allem aber die beträchtlichen Energieressourcen machten aus der Region eine bedeutende geopolitische Drehscheibe, die für regionale und internationale Mächte von großem Interesse sei. Durch die Erweiterung von NATO und Europäischer Union liege die Region heute am Rande des euroatlantischen Raumes und sei damit von entscheidender Bedeutung für die gemeinsame Sicherheit, denn sicherheitspolitische Risiken in dieser Region könnten unmittelbare politische Auswirkungen auf die NATO- und die EU-Staaten haben. Die Schaffung dauerhafter Stabilität, die Errichtung demokratischer Institutionen und die Liberalisierung der südkaukasischen Gesellschaften seien daher große Herausforderungen, mit denen sich die internationale Gemeinschaft künftig auseinandersetzen habe. Auch das Bündnis habe ein vitales Interesse an Stabilität und an förderlicher Kooperation mit der Region. Anstelle der Brücken bildenden Funktion bestehe aber auch die Gefahr einer Bruchstelle. Daher müsse es im übergeordneten politischen Interesse liegen, die Brückenfunktion der Region als wesentlichen Beitrag für die globale Sicherheit zu erhalten. Vorrangig dabei blieben die Entwicklung demokratischer Strukturen sowie der Aufbau und die Weiterentwicklung des Rechtsstaates sowie die Reform der Wirtschaftsgesetze. Dies seien Voraussetzungen für ausländische Investitionen, die ihrerseits für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Länder in dieser Region unverzichtbar seien. Wichtige Fortschritte seien in diesem Bereich schon gemacht worden, doch weitere wesentliche Teile des Transformationsprozesses stünden noch aus. Nur durch eine Lösung der regionalen Konflikte könne das Entwicklungspotenzial der Staaten der Regionen weiter vorangebracht werden. Stellungnahmen einzelner betroffener Staaten machten allerdings deutlich, dass die notwendige Kompromissbereitschaft nur begrenzt vorhanden sei.

Im zweiten Teil des Berichtes würden weitere interne und externe Faktoren untersucht, die eine potenzielle Herausforderung für die Stabilität in der Region darstellen könnten. Nicht nur die demokratischen Transformationsprozesse und die Gebietskonflikte, sondern auch Verarmung und der Zerfall des sozioökonomischen Geflechts seien bei den internen Faktoren zu nennen. Daraus resultierten die Abwanderung hoch qualifizierter Kräfte und eine Unzufriedenheit der Bevölkerung, die den Nährboden für die Entfaltung extremistischer Ideologien bieten könnten. Eine weitere Folge dieser Entwicklungen sei das Entstehen so genannter Grauzonen oder Rechtsfreiräume, die die Zunahme organisierter Kriminalität begünstigten. Bei den externen Faktoren seien die Nähe der Regionen zum

Tschetschenien-Konflikt sowie die immer noch ungelöste Frage der Grenzziehung im Kaspischen Meer und damit der Zugang zu den Ölfeldern dort zu nennen. Der Bericht weise darauf hin, dass die Entwicklung in der Region auch von der Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland abhängig sei. Nicht übersehen werden könne, dass sich Amerikaner und Russen im Südkaukasus in vielen Fragen in Konkurrenz zueinander befänden. Der gemeinsame Wille beider Mächte, den Terrorismus einzudämmen und den Schmuggel zu unterbinden, stehe im Widerstreit zu den nicht zu übersehenden geostrategischen, politischen und wirtschaftlichen Rivalitäten. Die Hoffnung bestehe, dass die NATO durch eine engere Partnerschaft mit Russland dazu beitragen könne, Kooperation und förderliches Miteinander zu unterstützen. Auch wenn deutlich werde, dass im Südkaukasus in den vergangenen zehn Jahren schon viel erreicht worden sei, könnten die noch ungelösten Probleme nicht ignoriert werden. Verstärkte Anstrengungen auf allen Seiten sowie die Unterstützung der Staatengemeinschaft seien dringend erforderlich.

### Diskussion

In der anschließenden Debatte äußerte Abg. **Targamadze** (Georgien) die Hoffnung, dass Georgien eines Tages Vollmitglied in der NATO sein werde. Er bat die NATO um Mitwirkung beim Aufbau der Zivilgesellschaft in Georgien und eines funktionierenden Justizsystems und unterstrich die Bedeutung einer wirklichen Gewaltenteilung. Abg. **Ozerov** (Russland) stellte fest, dass es eine Reihe positiver Entwicklungen im Verhältnis zwischen Georgien und Russland gebe und dass der NATO-Russland-Rat einstimmig festgestellt habe, dass es keine militärische Gewalt in Bezug auf Georgien geben werde. Russland habe nie eine Verletzung der territorialen Integrität Georgiens ins Auge gefasst. Russland sei andererseits jedoch bestrebt, keine Herausbildung neuer Staaten zu unterstützen. Wichtig seien gegenseitiges Vertrauen und Respekt. Abg. **Zhukov** (Russland) fügte hinzu, dass der nächste Schritt bei der Berichterstattung über die Lage im Kaukasus ein Bericht über die Lage aus der Perspektive der dort lebenden Bevölkerung sein sollte.

### XII. Zukünftige Aktivitäten

Abschließend gab die Ausschussvorsitzende Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich) einen Überblick über die zukünftigen Aktivitäten des Ausschusses. Die Ausschussmitglieder hätten sich dafür ausgesprochen, die Kaukasus-Thematik weiter zu behandeln. Vorgeschlagen worden seien Besuche in Zentralasien und in Kasachstan. Für die Wahlen in Kirgistan wolle man Wahlbeobachter entsenden, und als dritten Punkt beabsichtige man einen Sonderbericht über den Schutz der Zivilbevölkerung vor terroristischen Anschlägen.

### XIII. Personalien

Die Ausschussmitglieder wählten am Ende der Sitzung Abg. **Clapham** (Vereinigtes Königreich) als neuen Ausschussvorsitzenden. Abg. **Malan** (Italien) und Abg.

**Boutin** (Frankreich) wurden in ihrem Amt als stellvertretende Vorsitzende bestätigt. Abg. **Rebello** (Portugal) wurde als Generalberichterstatter und **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) als Sonderberichterstatter für den Zivilschutz gewählt.

Für den Unterausschusses „Democratic Governance“ wurden Abg. **Lilletun** (Norwegen) als Vorsitzender und Abg. **Emerson** (Vereinigte Staaten) sowie Abg. **Kajak** (Bulgarien) als stellvertretende Vorsitzende gewählt. Berichterstatter des Unterausschusses wurde Abg. **Middel** (Niederlande).

### Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

#### I. Tagesordnung

Der Ausschuss tagte am 13. und 14. November 2004 unter dem Vorsitz von Abg. **Angioni** (Italien). Hauptthemen der Beratungen waren der Einsatz in Afghanistan und die Fortschritte bei der Erfüllung der Prager Verpflichtungen.

#### II. Vortrag von Admiral Giampaolo di Paola, italienisches Verteidigungsministerium, zum Thema „Die Transformation der NATO: Die italienische Perspektive“

Admiral **Giampaolo di Paola**, italienisches Verteidigungsministerium, unterstrich, die NATO bilde die Grundlage der Sicherheit. Es müssten operative und politische Voraussetzungen erfüllt sein, damit sie ihre Aufgabe wahrnehmen könne. Keine andere Organisation könne dieselben operativen Mittel aufbringen wie die NATO. Seit Istanbul gebe es neue Perspektiven. Die Mittelmeerdimension sei gerade für Italien sehr wichtig. Der Einsatz in Afghanistan zeige, dass die NATO offener geworden sei. Mit einem entsprechenden Konsens werden überall Einsätze durchgeführt. Es dürfe keine Trennlinie am Atlantik geben, da hier das Fundament des Bündnisses liege. Die NATO brauche Streitkräfte, die schnell, einsatz- und reaktionsfähig seien. Heute gebe es nur noch multidimensionale Einsätze, die verschiedene Aspekte umfassen. Deswegen sei die Kooperation mit Politik, Nichtregierungsorganisationen, Aufbauhelfern etc. essenziell. Die Umwandlung umfasse politische und operationelle Teile. Die Beteiligung Italiens bezeichnete er als sehr intensiv. Transformation nannte er unerlässlich, da man anderenfalls mit den gleichen Mitteln heute unbrauchbare Armeen finanziere.

#### Diskussion

Abg. **Kox** (Niederlande) fragte nach den Schwierigkeiten, eine Institution umzuorganisieren, wenn man sich über die Ziele nicht wirklich einig sei. Nach der Antwort von Admiral **Giampaolo di Paola**, italienisches Verteidigungsministerium, gibt es einen Konsens für Einsätze out of area, allerdings sei im Einzelnen zu klären, wo und was zu tun sei. Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) stellte Fragen zu den Schlüsselanforderungen des multidimensionalen Einsatzes. Nach den schlimmen Erfahrungen im Kosovo fragte er nach Defiziten und notwendigen Verbesserungen. Ferner ging er auf Multidimensionalität



ein, also die Einbeziehung politischer, militärischer und ziviler Ansätze. In der Antwort erläuterte Admiral **di Paola**, z. B. im Kosovo gebe es eine Beteiligung zu vieler Nationen mit nationalen Einschränkungen, deren politische Vorgaben es den amtierenden Kommandeuren nahezu unmöglich mache, sie gleichmäßig einzusetzen. Notwendig sei auch der unbedingte Wille zur Kooperation. Kulturelle Unterschiede spielten hier ebenfalls eine Rolle. Aus der spanischen Delegation wurde gefragt, ob Admiral Di Paola es in Zukunft als leichter einschätze, z. B. im Irak ebenso wie in Afghanistan einzugreifen. Admiral **di Paola** antwortete, in Istanbul seien alle entschieden dafür gewesen, eine Rolle zu spielen. Italien sei überall beteiligt, auch an der Ausbildungsmission im Irak. Inwieweit die NATO darüber hinausgehen wolle, könne er nicht kommentieren. Seitens eines Vertreters der Versammlung der WEU wurde nach dem Verhältnis EU-NATO und Neuigkeiten im politischen Entscheidungsbereich gefragt. In der Antwort wurde erklärt, die EU sei eine Realität mit einer politischen Dimension, die auch in Sicherheitskompetenzen hineinwachse. Europa entwickle sich aber nicht als abgetrennte Einheit von der NATO. Die meisten NATO-Länder seien nunmehr auch EU-Mitglieder, so dass die Streitkräfte überwiegend identisch seien, was auch der Hohe Vertreter des Rates der Europäischen Union, Javier Solana, so gemeint habe. In der Tat seien Kampfseinheiten für hoch intensive Kämpfe noch nicht vorhanden, sondern würden geplant. Man brauche irgendwann in Europa das gesamte Spektrum in der Einsatzfähigkeit.

### III. Beratung des Generalberichtsentswurfs über „Die Operationen in Afghanistan und die wachsende Rolle der NATO“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Pierre Lellouche (Frankreich)

Abg. **Lellouche** erklärte, die NATO leiste viel beim Aufbau von Afghanistan. Er bezeichnete die Durchführung der Wahlen als ermutigend. Der Prozess als solcher sei ein Erfolg, auch wenn Präsidentschaftswahlen und Parlamentswahlen getrennt durchgeführt würden. Für die Wahl hätten sich elf Millionen Personen registriert, davon acht Millionen Frauen. Nun habe Präsident Karsai die demokratische Legitimität. Die Taliban seien marginalisiert und das Militär werde Stück für Stück aufgebaut und entwickelt. Als problematisch nannte er vor allem, dass die Streitkräfte noch zu schwach seien, um die so genannten war lords zu bekämpfen. Hier fehle es an logistischen Voraussetzungen, z. B. Hubschraubern.

### Diskussion

In der Diskussion wurde nach der Verbindung zwischen ISAF und den Truppen von Enduring Freedom gefragt. Auf weitere Anmerkungen im Zusammenhang mit der Drogenproblematik antwortete Abg. **Lellouche**, es gebe keine klare Drogenstrategie der NATO. Eine diesbezügliche Aktivität bringe auch Probleme für Präsident Karsai mit sich, weil er hier primär innenpolitisch zuständig sei. Leider gebe es bislang keine Optionen, die den betroffe-

nen Bauern den Verdienst ersetzen, der ihnen im Falle der Abschaffung des Drogenhandels entgeht. Seitens der russischen Delegation wurde die Verbindung zwischen Terrorismus und Drogenhandel unterstrichen und das gemeinsame Interesse Russlands und der NATO im Kampf gegen die Drogen. Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) meinte, bereits in Pressburg habe man diskutiert, wie zögerlich Mitglieder mit der Bereitstellung ausreichender militärischer Mittel seien. Es werde immer mehr vergessen, welche Verhältnisse bis 2004 in Afghanistan geherrscht hätten. Die NATO mache die Erfolge zu wenig öffentlich. Mit relativ geringen Mitteln sei sehr viel geschafft worden. Es gebe ein verändertes Verhalten der Armeeangehörigen, die war lords seien immerhin teilweise entmachtet. Es fehle noch an einer Strategie gegen den Drogenhandel. Eine vollständige Armee- und Justizreform sowie den Kampf gegen den Drogenhandel bezeichnete er als Säulen der Sicherheitsreform und fragte nach den ersten Schritten zur Umsetzung. Es gehe auch um die Glaubwürdigkeit der VN. Notwendig sei vielleicht eine längerfristige Strategie in diesem Zusammenhang. Admiral **Giampaolo di Paola**, italienisches Verteidigungsministerium, unterstrich, viele Missionen seien in der Tat dort tätig, aber es sei nicht klar, ob diese zusammengefasst werden könnten. Es gebe unterschiedliche Zielsetzungen – vom Aufbau des Staates bis zum Kampf gegen Terrorismus. Die Kohärenz sei eine schwierige Frage. Er plädiere für eine Agentur unter dem Dach von EU, VN o. Ä. zur Zusammenführung der Bemühungen.

### IV. Vortrag von Admiral Michael G. Mullen, Kommandeur, Alliiertes Streitkräftekommando Neapel (JFC Naples), zum Thema „Aktuelle Operationen des JFC Naples und NATO-EU-Sicherheitszusammenarbeit“

Admiral **Michael G. Mullen**, Kommandeur, Alliiertes Streitkräftekommando Neapel, unterstrich zunächst die geographisch günstige Lage Süditaliens, mit der der Mittelmeerraum sehr gut abgedeckt werden könne. Im Kosovo sei zunächst SFOR aktiv gewesen. Man engagiere sich im Bereich Unterstützung der Verfassungsreform. Heute seien ca. 27 000 Personen in der Region aktiv, weniger als 2001. Immer noch gebe es dort ein Potenzial für Gewalt und Ungewissheit über den künftigen Status. Die Teilnahme der Minderheit an den Wahlen sei entmutigend gering. In Bosnien und Herzegowina sei die NATO als Mentor durch das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) tätig. EU und NATO verfolgten gemeinsame Interessen. Sowohl Mazedonien als auch Bosnien und Herzegowina bezeichnete er als Erfolgsgeschichten, die zum Vorbild dienen können. Im Mittelmeerraum habe man ein dramatisches Problem durch die Nutzung der Region als Handelsweg für Menschenhandel. Mehr Dialog mit den Mittelmeeranrainern sei ein wichtiges Ziel; auch ein verbesserter Dialog mit Russland. Militärisch werde eine Verbesserung der schnellen Reaktionskräfte angestrebt, man brauche präventive Aktionen und eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen NATO und EU.

## V. Vortrag von Antonio Martino, italienischer Verteidigungsminister

Der italienische Verteidigungsminister, **Antonio Martino**, erklärte, die NATO sei durch Istanbul gestärkt. Die Fähigkeiten der NATO nannte er groß, wobei der Wille zum Einsatz die wichtigste Ausstattung bedeute. Veränderte Bedrohungen des 21. Jahrhunderts umfassten vor allem den Terrorismus. Je mehr Mitglieder eine Organisation habe, desto mehr Sicherheit könne sie auch gewähren. Die NATO nannte er unverzichtbar – das Risiko eines weiteren Weltkrieges sei gering, das Risiko terroristischer Anschläge aber groß. Die Lösung könne nur in gemeinsam getragener Verantwortlichkeit liegen und auf der Suche nach Antworten müssten neben militärischen auch wirtschaftliche und andere Aspekte berücksichtigt werden. Als oberste Priorität bezeichnete er die Entwicklung des euro-mediterranen Dialoges. Seit Istanbul habe die NATO diesen wieder belebt. Italien hoffe sehr, dass diesem Prozess Erfolg beschieden sei. Die NATO sei nicht nur eine militärische Gemeinschaft, sondern verkörpere gemeinsame Werte. Das Bündnis müsse sich transformieren.

### Diskussion

Abg. **Calha** (Portugal) fragte nach der Sinnhaftigkeit von Spezialisierung, da nicht alle Länder die gleiche Ausstattung haben können. Hierauf antwortete Verteidigungsminister **Martino**, dies sei ein guter Ansatzpunkt. Die EU gebe nur einen Betrag in Höhe von einem Drittel der US-Verteidigungsausgaben aus, noch schlimmer sei, dass sie nur 10 Prozent Einsatzfähigkeit aufweisen könne. Es fehle an einer zentralen Koordinierungsstelle. Abg. **Zavarzin** (Russland) verwies auf ein Aktionsprogramm 2005 für die Terrorismusbekämpfung. Sehr positiv bewertete er die gemeinsamen Manöver. Verteidigungsminister **Martino** stimmte zu, dass das Teilen von Informationen eine herausragende Bedeutung habe. Senator **Forcieri** (Italien) benannte die unterschiedlichen Ansätze bei der Terrorismusbekämpfung in den USA und Europa. Erstere seien stets für Präventivschläge, während in Europa die Überzeugung vorherrsche, dass das Phänomen umfassend bekämpft werden müsse, z. B. auch mit Nachrichtendienst austausch. Verteidigungsminister **Martino** erläuterte auch auf eine ähnliche Frage von Abg. **Nessa** (Türkei), dass es keine Lösung für die unterschiedliche Wahrnehmung Europas und Amerikas gebe. Seitens der russischen Delegation wurde nach einer gemeinsamen Rechtsgrundlage im Kampf gegen den Terrorismus gefragt. Wie könnte die NATO auf die Bildung einer solchen hinwirken? Verteidigungsminister **Martino** erläuterte, hier sei die NATO bereits aktiv. Das Problem liege in der Geschwindigkeit des Einsatzes. Hier gebe es in verschiedenen Ländern verfassungsrechtliche Hindernisse, die der notwendigen Kurzfristigkeit des Einsatzes entgegenstehen. Ein schwedischer Abgeordneter wies auf den Einsatz neuer „Waffen“ hin, z. B. die Störung von IT-Anlagen, die nicht im Verteidigungsbudget berechnet würden. Verteidigungsminister **Martino** meinte, die Haushalte für Verteidigung seien in jedem Fall zu klein, da eine große Bandbreite von Leistungen zu erbringen

sei. Hinsichtlich seitens des von der US-amerikanischen Delegation geäußerten Wunsches nach stärkerer europäischer Beteiligung im finanziellen Bereich betonte Verteidigungsminister **Martino** die Bedeutung, die die italienische Regierung dem Verhältnis zu Amerika immer zugemessen habe.

## VI. Vortrag von Julian Lindley-French, Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik, zum Thema „Der Staat und die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)“

**Julian Lindley-French** vom Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik ging ebenfalls auf die Änderungen der transatlantischen Beziehungen ein. 2004 sei durch die Erweiterung ein wichtiges Jahr gewesen, hiermit sei der endgültige Schlussstrich unter den Marshallplan gezogen worden. Zum Status der ESVP im Zusammenhang mit Verteidigungsausgaben erklärte er, nur das Vereinigte Königreich gebe relativ betrachtet genau so viel für die Verteidigung aus wie die Vereinigten Staaten. Die Petersberg-Aufgaben würden nach groben Schätzungen Kosten von 50 Mrd. Euro verursachen. Die Übertragung dieser Aufgaben sei in der Europäischen Verfassung vorgesehen. Allerdings fehlten die erforderlichen Gelder und personellen Ressourcen. Insofern leide die ESVP ebenso wie die NATO an einem Mangel an einsetzbaren Truppen. Dank Berlin Plus könne die EU allerdings die NATO-Kräfte nutzen. Die europäische Sicherheits- und Verteidigungskultur müsse gestärkt werden. Alle Bausteine seien wichtig für die Effizienz. Die ESVP sei als Prozess noch nicht abgeschlossen.

In der langfristigen Perspektive ging er auf die Rolle Europas für die eigene Verteidigung ein. Hier spielten Ausmaß und Art der Verteidigungsstruktur, die Kosten und die Effizienz der nachgelagerten Institutionen eine Rolle. Bei den strategischen und Sicherheitsoperationen müsse das Verständnis der politischen Führer für deren Notwendigkeit wachsen. Sicherheit müsse ferner nachhaltig gewährleistet sein und man brauche einen europäischen Planungs- und Kommandostab sowie europäische Streitkräftestrukturen. In der Regel benötige man einen Zyklus von ca. zehn bis 15 Jahren, um ein in der Verteidigung geplantes Ziel zu erreichen. In den nächsten Jahren werde sich also entscheiden, ob den Worten Taten folgen. Die NATO sei auch wegen der Beteiligung Amerikas unverzichtbar. Im Hinblick auf die nationalen Beiträge betonte er, man müsste mehr im Bereich Planung und Transport tun. Es dürfe keine Renationalisierung im Verteidigungsbereich geben und die US-Präsenz müsse erhalten bleiben. Die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO sei nicht vollständig zufriedenstellend; der Dialog müsse verbessert werden. Er plädierte für den Ausbau von Berlin Plus und die Harmonisierung zwischen ECAP (Ausbau der Verteidigungskapazitäten der EU) und PCC (Prager Beschluss der NATO zum Ausbau der Verteidigungskapazitäten). Abschließend richtete er an die Parlamentarier die Botschaft, mehr Geld in die Verteidigungshaushalte einzustellen.

## Diskussion

Seitens der Versammlung der WEU wurde dafür plädiert, dass Europa sich auf nicht militärische Aktionen konzentrieren solle. Aus der britischen Delegation wurde auf die Überzeugungskraft hingewiesen, wenn man im Wahlkreis auf Industriearbeitsplätze verweise. Abg. **Kox** (Niederlande) fragte nach der Europäischen Verfassung und Kenntnisse über die Regelung in Parlamenten und Öffentlichkeit. **Lindley-French** vom Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik antwortete, in der Tat sei die Bevölkerung wenig informiert. Man müsse die Menschen aber informieren, wozu die Ausgaben notwendig sind. Die Informationslücke könne man nur schließen, indem man die Wahrheit sage und die Motive erkläre. Er schlug eine gemeinsame Informationskampagne europäischer politischer Führer vor. In der anschließenden Diskussion wurde betont, es solle keine Duplikationen geben. **Lindley-French** sprach sich auch gegen eine Festung Europa aus, die alles selbst entwickle, was gegebenenfalls auf anderen Märkten vorhanden sei.

## VII. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ über „Fortschritte des Bündnisses in der Umsetzung der Prager Beitragsvereinbarung“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. John Shimkus (Vereinigte Staaten)

Bei der Vorstellung des Berichts zitierte Abg. **Shimkus** aus einem Papier über die Ereignisse des 11. September 2001, wonach Terrorismus keinen Unterschied zwischen zivilen und militärischen Zielen mache, sondern als erklärte Zielsetzung die Zerstörung Amerikas und anderer Länder und die Ersetzung durch den Islam in der politischen Führung benenne. Die NATO habe das erkannt, besonders bedenklich sei auch, dass al-Qaida versucht habe, Kernwaffen zu beschaffen. Zum Sachstand bei der Erfüllung der Verpflichtungen von Prag betonte er eingangs, Nichterfüllung wäre ein Schlag für das Bündnis. Im Bereich des Sealift gebe es Fortschritte, der Airlift hingegen sei noch unzureichend. Ein Problem sei die Versorgung der Streitkräfte und das Nachrichtenwesen auf dem Boden. Als funktionierend bezeichnete er den Eurohawk und benannte als ein Problemfeld den Schutz für Informationstechnologie, die im Feld eingesetzt wird. Wenn man eine starke NATO wolle, müssten gleiche Verpflichtungen eingegangen werden. Insgesamt sei die Bilanz gemischt: Aber es gebe Grund zum Optimismus. Vorteile könnten sich ergeben durch Zusammenarbeit und gemeinsame Nutzung von Ressourcen sowie sinnvolle Finanzabsprachen. Als lohnenswert bezeichnete er die Nutzung von handelsüblicher Technik, wo dies möglich sei.

## Diskussion

Von amerikanischer Seite wurde in der anschließenden Diskussion angemerkt, es komme irgendwann nicht auf eine Koalition der Willigen an, sondern auf eine Koalition der Fähigen. Abg. **Tauscher** (Vereinigte Staaten) appellierte, die Verpflichtungen zu erfüllen.

## VIII. Vortrag von Alexandro Politi, unabhängiger Analyst für strategische und geheimdienstpolitische Fragen, zum Thema „Europa – USA: ein neues atlantisches Verhältnis“

**Alexandro Politi** konstatierte, der NATO-Vertrag sei politisch überholt. Man brauche einen neuen Vertrag, der viele Aspekte umfasse. Wenn man sich die Entwicklung in der Welt anschau, habe man eigentlich versagt. Die Konflikte der armen Länder würden sich irgendwann bis vor die Haustür der reichen Länder bewegen. Als Beleg führte er die Entwicklungen in Afghanistan im Zusammenhang mit den Anschlägen am 11. September 2001 an. Erforderlich sei nun eine wirkliche Veränderung. Es sollte eine integrierte Kommandokette für gemeinsame Operationen geben, keine zentralistische Struktur, sondern eine eher gleichberechtigte Ergänzung. Afghanistan zeige, dass eine Arbeitsteilung nach einem einfachen Prinzip unrealistisch sei. Beide Seiten (USA und Europa) brauchten integrierte Militärkonzepte, für die sachliche wie auch die personelle Ausstattung. Mit diesen Transformationen könne man nicht warten, bis der Krieg gegen den Terrorismus gewonnen sei, weil es hier keine zeitliche Perspektive gebe.

## Diskussion

Abg. **Campbell** (Vereinigtes Königreich) fragte kritisch, welche Bedeutung die Verpflichtungen aus Artikel 5 hätten, wenn die NATO sich immer weiter ausdehne. Ein neuer Vertrag erscheine nicht nötig. Vom Abg. **Erdem** (Türkei) wurde der Abschluss eines neuen Vertrages nicht als einfach bezeichnet. Es müsse eine gemeinsame Strategie entwickelt werden. **Alexandro Politi** antwortete, man habe keinen Existenz bedrohenden Feind mehr, selbst die größten Terroristen können nicht die Welt insgesamt auslöschen. Der Terrorismus ändere nicht das Machtgleichgewicht. Unsere atlantische Kultur stecke voller Werte, die verteidigt, aber auch angeboten werden könnten. Ein neuer Vertrag würde auch mehr Pflichten umfassen. Hieran könnten auch andere Organisationen mitarbeiten, wobei eine Art atlantisches Zentrum den Ton angeben und Aufgaben gegebenenfalls regional verteilen könne. Vor allem wolle er die südlichen Mittelmeerpartner stärker mit einbeziehen, wobei wegen der grundlegenden Differenzen zunächst Dialog nötig sei.

## IX. Entschließungsentwurf „Die Operationen der NATO in Afghanistan“, vorgelegt von Abg. Pierre Lellouche (Frankreich)

Bei der Verabschiedung der Entschließung „Die Operationen der NATO in Afghanistan“ wurde ein Änderungsvorschlag diskutiert, bei dem der Begriff war lords durch leaders ersetzt werden solle. Im Ergebnis einigte man sich gegen eine solche Abschwächung. Der Begriff war lords bleibt als eindeutiger Begriff erhalten und erfährt eine Ergänzung. Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) ging auf einen Änderungsvorschlag zu § 12a der Resolution ein, in dem der Zusatz „und kampfbereit“ gefordert wurde. Man gehe davon aus, dass es dabei um Kampfbereitschaft im Rahmen des ISAF-Auftrages gehe. Nach

Abg. **Lellouche** (Frankreich) sind bislang nur 2 000 von 6 000 Truppen kampffähig. Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) erläuterte alsdann den deutschen Änderungsvorschlag. Die vorgeschlagene Änderung sei wichtig, weil die Wahl in Afghanistan von so strategischer Bedeutung sei. Eine falsche Beruhigung breite sich aus, weil die Präsidentschaftswahlen relativ ruhig gewesen seien. Hier müssten aber alle Anstrengungen unternommen werden, um die Parlamentswahlen sicher durchzuführen.

**X. Beratung eines Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ über „Die Entwicklung von Eingreiftruppen in NATO und EU und die Evolution der Beziehung von NATO und EU“, vorgelegt von Berichtsersteller Abg. John Smith (Vereinigtes Königreich)**

Bei der Vorstellung des Berichtsentwurfs betonte Abg. **Smith**, hier seien Fortschritte zu verzeichnen. So habe in Bosnien das Kommando von der NATO auf die EU übertragen werden können. Viele Punkte seien eher politischer Natur, der Unterausschuss müsse sich aber auf militärische Umstände konzentrieren. EU und NATO sollten schnell reagieren können. Die Streitkräfte müssten komplementär eingerichtet werden. In jedem Fall dürfe es keinen Wettbewerb zwischen NATO und EU geben. EU und NATO hätten mittlerweile schnelle einsatzfähige Truppen (NATO-NRF: Zeitbedarf: fünf Tage); als wichtigsten Punkt bezeichnete er die Flexibilität der Truppen. Zum Thema EU/NATO nannte er entscheidend, welche Truppe wie zugeordnet wird, da die Ressourcen in den einzelnen Ländern begrenzt sind und der Anteil der einsatzfähigen Truppen noch geringer ist. Wichtig sei auch die Möglichkeit des Umschichtens von Truppen zwischen NATO und EU. Dies funktioniere dank Berlin Plus relativ gut.

**Politischer Ausschuss**

Der Politische Ausschuss tagte am 13. und 14. November 2004 unter dem Vorsitz des Abg. **Viggers** (Vereinigtes Königreich).

**I. Tagesordnung**

Im Mittelpunkt der Sitzungen standen der Irak, der Mittlere und Nahe Osten sowie die sich entwickelnden Partnerschaften der NATO, vor allem die mit der Europäischen Union. Außerdem befasste sich der Ausschuss mit dem Nuklearprogramm des Irans und der damit zusammenhängenden Herausforderung für den Nichtverbreitungsvertrag.

**II. Vortrag von Botschafter Maurizio Moreno, Ständiger Vertreter Italiens bei der NATO, zum Thema „Perspektiven des Dialogs der NATO mit den Mittelmeeranrainern und zur Istanbul Kooperations-Initiative“**

Botschafter **Maurizio Moreno** betonte die Bedeutung des Mittelmeerdialogs der Parlamentarischen Versammlung für den Aufbau von Vertrauen zwischen der NATO und den Partnerländern. Die kürzlich vom Bündnis be-

schlossene Istanbul Kooperationsinitiative stehe für das kontinuierliche und zunehmende Interesse der NATO an der Region. Nach Morenos Überzeugung ist eine umfassende Strategie notwendig, um den Terrorismus zu isolieren und zu besiegen. Die Initiativen der NATO dürften aber keine Doppelungen der Initiativen von EU, G 8, OSZE und UN darstellen, sondern die Aktivitäten dieser Organisationen ergänzen.

**III. Vortrag von Dr. Claire Spencer, Mitarbeiterin des Chatham House, zum Thema „Der Größere Mittlere Osten“**

**Dr. Claire Spencer** erarbeitete Bedingungen, die für eine erfolgreiche Politik der Kooperation und Entwicklung in der Region im Nahen- und Mittleren Osten sowie im Mittelmeerraum notwendig sind. So solle ein undifferenzierter Ansatz für die Region vermieden werden, da ansonsten unerfüllbare Erwartungen und daraus resultierend anti-westliche Stimmungen entstünden. Wichtig sei auch, die Beziehungen mit muslimischen Staaten der Region nicht von den Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus überschatten zu lassen. Die westlichen Länder sollten sich ihrer eigenen Verantwortung für die Entwicklung von Terrorismus in ihren eigenen Gesellschaften bewusst sein.

**Diskussion**

In der Diskussion stellte Abg. **Anderson** (Vereinigtes Königreich) die Frage, wie der Westen den Mittelmeerländern helfen könne, ohne bevormundend zu wirken. Abg. **Jagland** (Norwegen) bemängelte, dass es speziell für den Mittelmeerraum kein klares Konzept zur Bekämpfung des Terrorismus gebe. Abg. **Agov** (Bulgarien) betonte die zentrale Rolle der wirtschaftlichen Entwicklung und der Demokratie, die die Voraussetzungen für größere Sicherheit seien.

**IV. Beratung des Generalberichtsentwurfes über „Die NATO und die Anwendung von Gewalt“, vorgelegt von Generalberichtsersteller Abg. Bert Koenders (Niederlande)**

Abg. **Koenders** machte nach dem Zerwürfnis des Irakkrieges Fortschritte innerhalb des Bündnisses aus. Allerdings habe es keinen substanziellen politischen Dialog über die grundlegende Zielausrichtung der NATO gegeben. Die NATO habe zumindest vorübergehend die Fähigkeit verloren, sich auf ein gemeinsames Konzept zu einigen, einen politischen Konsens herbeizuführen und als Koalition zu handeln. Das Problem sei, dass es in der transatlantischen Partnerschaft keine Debatte über die vorrangigen Ziele der Allianz gibt. Es gebe keine Übereinstimmung darüber, wie mit Terrorismus und Massenvernichtungswaffen am besten umgegangen wird. Das Ergebnis ist nach Auffassung von Abg. Koenders die Bildung von „Koalitionen der Willigen“, die für die Interessen der Allianz eher kontraproduktiv sind. Der Generalberichtsersteller vertrat die Meinung, dass eine konstruktive und überfällige Strategiedebatte in Gang gesetzt werden muss. Die Voraussetzung einer erfolgreichen Tä-

tigkeit der NATO sei es, sich auf einen realistischen Umfang von Zielen und Ambitionen zu einigen. Als Richtschnur für mögliche militärische Intervention, wenn in Einzelfällen der VN-Sicherheitsrat keine Maßnahmen autorisiert, können nach Abg. Koenders Worten die Kriterien der „Internationalen Kommission zu Interventionen und staatlicher Souveränität“ von 2001 dienen.

### Diskussion

In der Diskussion kamen die Ausschussmitglieder darin überein, dass sich nach der Wiederwahl von US-Präsident George Bush eine neue Chance zur Erneuerung der transatlantischen Beziehungen bietet. Übereinstimmend lehnten die Delegierten es ab, die NATO als tool box anzusehen. Abg. **Pastusiak** (Polen) bedauerte das Fehlen eines Dialogs über den Umgang mit „Schurkenstaaten“ und zum Umgang mit terroristischen Gruppierungen. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) betonte, dass es eine zentrale Frage für gemeinsames Handeln im Rahmen der Allianz sei, unter welchen Bedingungen der Einsatz militärischer Gewalt möglich ist. Dazu bedürfe es einer offenen Debatte, auch im NATO-Rat. Er begrüßte es, dass der Bericht eine mögliche, wenn auch begrenzte Rolle der NATO in Afrika in Erwägung zieht. Abg. **Anderson** (Vereinigtes Königreich) warnte davor, weiter zu gehen, als der Organisation für Afrikanische Einheit die Ausbildungshilfe der NATO anzubieten, da es keine direkte Bedrohung für NATO-Mitgliedstaaten gebe.

Der Ausschuss nahm den Bericht des Abg. Koenders bei zwei Enthaltungen an.

### V. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über „Die Sicherheit in Südosteuropa und die Rolle der Partnerschaft von NATO und EU“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Mario Minniti (Italien)

Dieser Bericht, den der Politische Ausschuss einstimmig annahm, beschäftigte sich sowohl mit dem Westlichen Balkan als auch dem Süd-Kaukasus. Auf dem Balkan liegen die Herausforderungen laut Abg. **Minniti** in der innerstaatlichen Entwicklung mit der organisierten Kriminalität, der Korruption, der Armut und den ethnischen Auseinandersetzungen. Die politische Situation habe sich in den letzten Jahren verbessert. Alle Länder des Westlichen Balkans haben im Wesentlichen freie und faire Wahlen durchgeführt und Anstrengungen unternommen, die Verfassungen nach demokratischen Gesichtspunkten zu reformieren. Im Süd-Kaukasus erschwerten Unsicherheit, physische Isolierung und eine tief verwurzelte Korruption den Übergang zu marktwirtschaftlichen Strukturen. Hinzu kämen interne Konflikte wie die Schwäche der Zivilgesellschaft, politische Verfremdung und Wirtschaftskrisen. Die frozen conflicts in Berg-Karabach, Süd-Ossetien und Abchasien bereiteten einen Nährboden für politische Instabilität und Terrorismus.

Abg. Minniti machte mehrere Vorschläge, um diesen Herausforderungen zu begegnen. So sollte die Arbeitstei-

lung zwischen NATO und EU nicht darauf hinauslaufen, dass sich die NATO um die „harten“ militärischen Angelegenheiten kümmert und die EU nur „weiche“ politische Instrumente verwendet. Auf lange Sicht sollte sich die EU darauf konzentrieren, Missionen mit sowohl militärischen als auch zivilen Bestandteilen zu entwickeln. Die Operationen Condordia und Althea sowie die Schaffung der European Gendarmerie Force (EGF) von Frankreich, Italien, Portugal, Spanien und den Niederlanden seien richtige Schritte auf diesem Weg. Der Berichterstatter hoffte, dass andere europäische Nationen Beiträge zur EGF leisten werden, so dass mehrere Tausend Polizisten darauf vorbereitet sind, sich an friedenserhaltenden Maßnahmen zu beteiligen.

### Diskussion

Die Diskussion konzentrierte sich auf die Perspektiven einer Aufnahme von Serbien und Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina in das PfP-Programm. Außerdem erörterten die Delegierten das weitere Vorgehen im Kosovo. Die Abgeordneten begrüßten den Ausgang des Referendums über die territoriale Neugliederung in Mazedonien. Die Ablehnung dieses Referendums sei ein wichtiger Schritt in Richtung Dezentralisierung.

Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) begrüßte, dass die Wahlen im Kosovo friedlich verliefen. Allerdings sei die niedrige Wahlbeteiligung der serbischen Minderheit bedauerlich. Er hätte es für eine gute Entscheidung gehalten, wenn die NATO auf dem Istanbuler Gipfel Serbien und Montenegro die Mitgliedschaft im PfP-Programm angeboten hätte. Abg. **Pravdic** (Serbien und Montenegro) sprach das Versäumnis der jugoslawischen Regierung an, die Wahlen im Kosovo durch die Aufmunterung der Serben, sich zu beteiligen, zu unterstützen. Dennoch sei Serbien und Montenegro bereit, die Lösung des Kosovo-Problems aktiv zu unterstützen.

Der Bericht wurde einstimmig vom Ausschuss angenommen.

### VI. Vortrag von Botschafter Ferdinando Salleo, ehemaliger italienischer Botschafter in den USA, zum Thema „Bedrohungen und Herausforderungen“

In seinem Vortrag analysierte Botschafter **Ferdinando Salleo** die Rolle der NATO im Kampf gegen den Terrorismus. Er betonte, dass Bedrohungen von nichtstaatlichen Akteuren eine substanzielle Anpassung der NATO und der internationalen Gemeinschaft erforderten. Er schlug vor, die militärische Strategie des Bündnisses zu überdenken, um einen besseren Austausch der Geheimdienstinformationen zu ermöglichen. Nach Auffassung von Salleo hat die NATO die Unterstützung der Bevölkerung in den Mitgliedsländern. Ein besser koordiniertes, gemeinsames Vorgehen bei der Entscheidungsfindung würde dem Eindruck des Auseinanderdriftens entgegenwirken.

**VII. Vortrag von Stefano Silvestri, Präsident des Istituto Affari Internazionali (IAI), zum Thema „Gegenwärtige Herausforderungen für die NATO: Irak“**

In seinem Vortrag erarbeitete **Stefano Silvestri**, Präsident des Istituto Affari Internazionali, die konzeptionelle, strategische und politische Realität der Region des Mittleren und Nahen Osten. Mit Blick auf die instabile Situation zeigte sich der Redner davon überzeugt, dass die Probleme nur in Zusammenarbeit mit dem Iran gelöst werden könnten. Er schlug den USA vor, die diplomatischen Beziehungen zum Iran wieder aufzunehmen.

**VIII. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Das Sicherheitskonzept der EU – Implikationen für NATO und EU“, vorgelegt von Berichtersteller Abg. Ruprecht Polenz (Deutschland)**

Abg. **Ruprecht Polenz** bezeichnete die Einigung auf die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) im Dezember 2003 als einen großen Schritt in Richtung einer besser koordinierten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Sie beinhalte einen Paradigmenwechsel, da sich die EU nun als globaler Akteur betrachtet. Daher sei es wichtig, die Auswirkungen der ESS auf die NATO zu untersuchen. Während die ESS für die EU-Mitglieder, von denen einige neutral sind, einen Plan für den weiteren gemeinsamen Umgang mit dem Thema Sicherheit aufstellt, ist das „strategische Konzept der NATO“ ein Basisdokument zu den gemeinsamen Bedrohungen für eine Organisation, deren Kernaufgabe die kollektive Verteidigung ihrer Mitglieder ist. Beide Dokumente sowie die Nationale Sicherheits-Strategie (NSS) der USA seien keine operationellen Dokumente, da sie keinen detaillierten Aktionsplan enthalten.

**Diskussion**

Abg. **Anderson** (Vereinigtes Königreich) stimmte mit dem Berichtersteller überein, dass eine Verlagerung des Themas der Massenvernichtungswaffen des Irans in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das Problem nicht lösen wird, da Russland und China wahrscheinlich entsprechende Resolutionen blockieren würden. Abg. **Ruprecht Polenz** (Deutschland) ergänzte mit Blick auf den Iran, Sanktionen gegen das Land seien nicht der richtige Weg, da diese lediglich die internen Reformkräfte schwächen würden. Auch seien denkbare Präventivschläge sinnlos, da sich die Atomanlagen unterirdisch befänden und sie die Regierung stärken würden. Erfolgversprechender sei eine Anreizstrategie, bestehend aus der Aussicht auf eine friedliche Nutzung der Kernenergie, wenn das iranische Regime im Gegenzug auf die Urananreicherung verzichtet. Es dürfe nicht vergessen werden, dass die Nutzung der Kernenergie für Teheran eine Prestigefrage sei. Auch solle dem Iran eine Zutrittsgarantie für den Energiemarkt in Aussicht gestellt werden, wenn

es im Gegenzug die Regelungen des Nichtverbreitungsvertrages befolgt.

Die Mitglieder des Ausschusses unterstützten den Versuch, ESS, NSS und das strategische Konzept der NATO gemeinsam zu diskutieren, auch wenn dies schwierig sei. Auf diese Weise werde deutlich, wo die Unterschiede liegen und welche Konsequenzen dies für das gemeinsame Handeln im Rahmen der NATO haben kann. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) wies auf unterschiedliche Auffassungen in der EU und den USA hin, wie den Herausforderungen begegnet werden sollte. Es sei eine zentrale Frage, wie man gemeinsam in der energiereichen Region Mittlerer Osten vorgehen solle. Eine Demokratisierung sei wünschenswert, aber wie solle sie erfolgen? Ein differenzierter Ansatz sei nötig. Der israelisch-arabische Konflikt spiele eine entscheidende Rolle. Hier habe es lange keine Bewegung gegeben. Vor allem ein Engagement der USA sei nötig, um eine Lösung im Sinne der road map zu befördern. Er würde ebenso eine aktive Beteiligung der USA an den Gesprächen Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands mit dem Iran begrüßen. Grundsätzlich stelle sich die Frage, welche Rolle die NATO als Organisation bei der Konfliktlösung in der Region spielen könne. Die Herausforderungen seien in erster Linie nicht militärischer Natur. Und es bestehe durchaus die Gefahr, dass ein starkes Engagement der NATO als Einmischung missverstanden werde und den Eindruck erzeuge, es handele sich um einen Konflikt zwischen „christlicher“ und „moslemischer“ Welt.

Der Ausschuss nahm den Bericht einstimmig an.

**IX. Entschließungsentwurf „Die Neubelebung des transatlantischen Sicherheitsdialogs“, vorgelegt von Abg. Bert Koenders (Niederlande)**

Dieser Entschließungsentwurf räumt der NATO eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Bedrohungen der internationalen Sicherheit ein. Als solche werden Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität sowie interne Konflikte benannt. Begrüßt wird die Entscheidung der NATO, die Rolle der Allianz in Afghanistan auszudehnen, indem weitere regionale Wiederaufbauteams geschaffen und die Unterstützung der Präsidentschaftswahlen verstärkt wurden. Begrüßt werden auch die Bemühungen um einen stabilen Irak und das Angebot der NATO in Reaktion auf Anfragen der irakischen Regierung, ihr die Unterstützung der NATO bei der Ausbildung der Sicherheitskräfte anzubieten. Delegationsleiter Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) brachte drei Änderungsanträge ein. So wurde die organisierte Kriminalität in die Aufzählung der Bedrohungen der internationalen Sicherheit aufgenommen. Er begründete seine Initiative vor dem Ausschuss damit, dass die organisierte Kriminalität erwähnt werden müsse, um die Aufzählung der internationalen Herausforderungen zu komplettieren. Mit einem weiteren vom Politischen Ausschuss angenommenen Änderungsantrag machte Abg. Meckel deutlich, dass das beim Istanbulen NATO-Gipfel unterbreitete Angebot des Bündnisses, die

irakische Regierung bei der Ausbildung ihrer Sicherheitskräfte zu unterstützen, auf das Ersuchen der irakischen Regierung zurückgeht.

Nach der Annahme weiterer Änderungsanträge verabschiedete der Politische Ausschuss die Entschließung einstimmig.

## X. Personalia

Der Politische Ausschuss wählte Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) zu seinem neuen Vorsitzenden. Als Stellvertretende Vorsitzende wurden Senator **Pastusiak** (Polen) und Abg. **Tanner** (Norwegen) gewählt.

Im Unterausschuss „Transatlantische Beziehungen“ wurden Abg. **Bağış** (Türkei) zum Vorsitzenden und Abg. **Agov** (Bulgarien) zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) wurde zum neuen Vorsitzenden des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ gewählt. Als Stellvertretende Vorsitzende wurden Abg. **Aurillac** (Frankreich), Abg. **van Winsen** (Niederlande) und Abg. **Batu** (Türkei) gewählt.

## Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Sonntag, dem 14. November 2004, unter dem Vorsitz des Abg. **Gillmor** (Vereinigte Staaten).

### I. Tagesordnung

Hauptthemen waren die allgemeinen Sicherheitsanforderungen, die Rolle der Verteidigungsindustrien, die transatlantischen Beziehungen und die Millennium-Entwicklungsziele (MDG) der Vereinten Nationen.

### II. Vortrag des Präsidenten von Marconi Selenia Communications SPA, Italien, Admiral Guido Venturoni, zum Thema „Die Verteidigungsindustrie“

Admiral **Guido Venturoni**, Marconi Selenia Communications SPA, Italien, zeigte die Herausforderungen auf, welchen sich das Bündnis aktuell gegenüber sehe: Zunahme des religiösen Fundamentalismus, Veränderungen in den internationalen Beziehungen vor dem Hintergrund einer veränderten Sicherheitslage und die Auswirkungen auf die weltweite Stabilität. Für das Bündnis ergäben sich daraus neue Verteidigungsstrategien und damit einhergehend notwendige Veränderungen für die Verteidigungsindustrien. Nach dem 11. September sei der Bedarf an technologischer Innovation groß. Ein neues strategisches Konzept habe für die Anpassung des Militärs an die Veränderungen in der Welt erstellt werden müssen. Der internationale Zusammenschluss von Daten- und Informationsnetzen sei für einen Datenaustausch erforderlich. Für die notwendige Anpassungsfähigkeit der NATO sei ein entsprechendes Managementsystem noch zu entwickeln. Die in Prag beschlossene Schnelle Eingreiftruppe sei aber ein erster wichtiger Schritt in Richtung auf eine zielorien-

tierte Weiterentwicklung und Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses.

Er beschrieb anschließend kurz die Rolle der italienischen Verteidigungsindustrie, insbesondere die des eigenen Konzerns. Kleinere Verteidigungshaushalte, gleichzeitig aber die Notwendigkeit von technologischen Innovationen bedeuteten letztlich für die europäischen Verteidigungsindustrien sowohl eine Konzentration als auch eine interne Reorganisationen, um die NATO auch weiterhin zielorientiert unterstützen zu können. Die NATO bliebe Bezugspunkt und strategischer Rahmen für die Verteidigung, die sich weiter den Herausforderungen stellen muss.

### III. Vortrag des Professors für internationale Wirtschaftswissenschaften an der Universität Tor Vergata, Italien, Dr. Luigi Paganetto, zum Thema „Ein Überblick über die italienische Wirtschaft“

Professor **Dr. Luigi Paganetto**, Universität Tor Vergata, Italien, bezog sich in seinem Vortrag zum Thema „Europa und Italien im globalen Wirtschaftsumfeld“ auf die beiden entscheidenden Faktoren für eine Destabilisierung der Wirtschaft: die schlechte amerikanische Zahlungsbilanz und den steigenden Ölpreis. Für Europa und die USA entwickelte er Strategien zum Schutz gegen diese Destabilisierung. Die USA sollten durch eine veränderte Steuerpolitik aus ihrem hohen Produktivitätswachstum für eine ansteigende Beschäftigung sorgen, eine Liberalisierung des Handels mit Ostasien einleiten und hohe Technologieinvestitionen vornehmen. Europa sollte verstärkt die Ziele der Lissabon-Strategie umsetzen, eine deutliche Intensivierung der Forschung auf dem Weg hin zu einer Informationsgesellschaft vornehmen, die Orientierung der Wirtschaft auf Wachstum und Innovation ausrichten und sich den demographischen Veränderungen stellen.

### Diskussion

Auf die Frage des Abg. **Rodrigues** (Portugal) zum Stabilitätspakt sprach Professor **Dr. Paganetto** sich dafür aus, nicht nur die Verschuldung der Länder als Maßstab zu nehmen, sondern auf die wirtschaftlichen Ergebnisse zu achten. Mehr Flexibilität sei in der Durchführung des Stabilitätspaktes notwendig. Er schlug vor, als Zusatzkriterium die Integration der Ziele von Lissabon in die Politik der Länder zu bewerten. Mehr Investitionen für die Entwicklung hin zu einer Wissenschaftsgesellschaft seien erforderlich.

Abg. **Wolfgang Börnsen** (Deutschland) fragte nach der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der EU im Vergleich zu den USA und der ökonomischen Abhängigkeit von den USA, dem Ölpreis und Asien. Professor **Dr. Paganetto** erklärte, es sei wichtig, ein Anreizsystem zu schaffen. Er habe Zweifel, dass die EU die Möglichkeit habe, Stabilität und Wachstum zu erreichen, wenn man nicht in der Lage sei, entsprechende Anreize zu schaffen. Der Stabilitätspakt allein reiche nicht aus, um

wettbewerbsfähig zu bleiben. Zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Asien und Europa erklärte er, Wachstum auf der einen Seite schaffe auch Wachstum auf der anderen. Abg. **Rouvière** (Frankreich) wies auf die Schwächung der Volkswirtschaften durch den immer teurer werdenden Schutz gegen den Terrorismus und die Verlagerung von Unternehmen in Billiglohnländer hin. Abg. **Gapes** (Vereinigtes Königreich) thematisierte die wichtige Rolle Indiens bei der Globalisierung angesichts seiner schnell wachsenden Wirtschaft. Abg. **Hamilton** (Schweden) hinterfragte die Einhaltung des Stabilitätspaktes durch Italien. Abg. **Voitenko** (Russland) erklärte, er vermisse Aussagen über das große Wirtschaftswachstum in seinem Land. Der heimische Markt sei sehr solide, benötige aber verstärkt Investitionen.

#### **IV. Vortrag des Professors für politische Wirtschaft an der Universität Warwick, Vereinigtes Königreich, Lord Robert Skidelsky, zum Thema „USA und Europa – ein gemeinsamer Wirtschaftsraum“**

Der Stand der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen war das zentrale Thema des Vortrages von Professor **Lord Robert Skidelsky**, Universität Warwick, Vereinigtes Königreich. Er zeigte die Veränderungen seit dem Ende des Kalten Krieges und die Entwicklung nach dem 11. September 2001 auf. Transatlantische Handelsbeziehungen und Investitionen stellten eine wichtige Grundlage der gegenseitigen Integration dar, Handelsstreitigkeiten würden nur einen geringen Teil der Beziehungen ausmachen. Er problematisierte die Ausschaltung der Welthandelsorganisation (WTO) bei bilateral begünstigenden Abkommen. Ebenso sei das US-Haushaltsdefizit ein großes Problem für Europa, weil sich durch den schwachen Dollar die Exporte verteuerten. Die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft hänge auch entscheidend von der Entwicklung dieses Problems ab.

#### **Diskussion**

In der Diskussion fragte der Abg. **Hamilton** (Schweden) nach der Stimmigkeit einer amerikanischen Politik, die einerseits für bilaterale Vereinbarungen werben und andererseits den Freihandel verfechten würde. Abg. **Gapes** (Vereinigtes Königreich) und Abg. **Hacioglu** (Türkei) sprachen das Problem der miteinander verbundenen Währungen und deren Schwankungen an.

#### **V. Vortrag der Direktorin der MDG-Kampagne der Vereinten Nationen, Eveline Herfkens, zum Thema „Die Millennium-Entwicklungsziele: Investitionen in die Sicherheits-herausforderungen des 21. Jahrhunderts „**

In ihrem Vortrag erörterte die Direktorin der MDG-Kampagne der VN, **Eveline Herfkens**, die Bedeutung der Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe und der langfristigen Reduzierung der Armut für den internationalen Frieden und die Sicherheit. Den betroffenen Ländern sollte nicht nur Entwicklungshilfe gewährt, sondern ihnen müsse auch der Zugang zu den Märkten geöffnet werden.

Außerdem sollte die Hilfe nicht gebunden und eigene Produkte vor Ort sollten gefördert werden. Das 8. Ziel „Eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung schaffen“ fordere insbesondere von den Industriestaaten eine Unterstützung nach dem Motto „Go Dutch“: „G“ für globale Partnerschaft, „O“ für Eigentum (ownership), „D“ für Schulden (debt), „U“ für nicht gebundene Nahrungshilfe (untied food aid), „T“ für Transfer von Ressourcen, „C“ und „H“ für Kooperation und Harmonisierung zwischen den Gebern. Sie betonte die wichtige Rolle der nationalen Parlamente, die eigenen Regierungen an ihre Zusagen zu erinnern und damit Verantwortung für jeden dieser Teilbereiche zu übernehmen.

#### **Diskussion**

In der Diskussion betonte der Abg. **van Gennip** (Niederlande) die Notwendigkeit, neue Wege in der Förderung von Demokratie in den Entwicklungsländern zu gehen. **Herfkens** bemerkte, die Demokratie müssten die Völker selbst aufbauen. Die Unterstützung von außen könne sich nur auf deren Ausbau beziehen. Abg. **Hacioglu** (Türkei) thematisierte die Möglichkeiten und Grenzen von Mikrokrediten.

#### **VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über „Der wirtschaftliche Übergang in Mittel- und Osteuropa und die umweltpolitische Dimension“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Harry Cohen (Vereinigtes Königreich)**

Abg. **Cohen** betonte die in den Ländern Mittel- und Osteuropas erzielten Fortschritte bei der Übernahme von Standards im Umweltschutz. Thema waren auch die neuen Herausforderungen für die Umwelt, wie erhöhtes Verkehrsaufkommen, Urbanisierung und Massentourismus.

#### **Diskussion**

Abg. **van Gennip** (Niederlande) thematisierte das Erfordernis der Anpassung der Transportpolitik an die Umwelt und das zunehmende Problem mit den Billigfluglinien. Strom werde besteuert, Treibstoff nicht. Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland) lobte den ausgezeichneten Bericht. Mit Sorge betrachte er die Entwicklung des Transportvolumens auf den Straßen, das ökologisch nicht mehr zu verkraften sei. Schienenverkehr und Binnenschifffahrt müssten stärker in den Vordergrund rücken. Abg. **Rodrigues** (Portugal) hinterfragte eine Modifizierung der Ziele von Kioto, um diese dann schneller zu erreichen, und die Rolle der USA in dem Prozess. Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) warb für einen stärkeren Dialog und auch für eine Ermutigung der Länder, den Prozess im eigenen Land voranzutreiben. Abg. **Aikaterinari** (Griechenland) äußerte die Hoffnung, durch den Einstieg von Russland in das Protokoll vielleicht auch die USA davon zu überzeugen. Sie thematisierte eine bessere Städteplanung in großen Ballungsgebieten und die notwendige Verbesserung der Eisenbahntransporte in Osteuropa. Abg. **Nogrix** (Frankreich) gab zu bedenken, dass ein globaler



Klimaschutz ohne die USA nicht viel bewirken könne. Er sprach sich für eine stärkere Einbeziehung der Vorschläge der USA aus.

Der Bericht wurde ohne Änderungen einstimmig angenommen.

Abg. **Rouvière** (Frankreich) gab anschließend als Vorsitzender des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ eine kurze Übersicht über die im Jahr 2005 anstehenden Besuche. Im September sei der bisher verschobene Besuch in Lettland und im Oktober ein Besuch in Marokko geplant.

**VII. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „Wirtschaftliche und handelspolitische Folgen von Migration und Produktionsverlagerung: Eine transatlantische Herausforderung“, vorgelegt von den Mitberichterstatern Abg. Mike Gapes, (Vereinigtes Königreich) und John Tanner (Vereinigte Staaten)**

Abg. **Gapes** erklärte, der Bericht beschäftige sich mit den Auswirkungen des Handels im Rahmen der Diskussion über Migration und Outsourcing. Betrachtet würden die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Migration und die damit verbundenen Sicherheitsaspekte. Thematisiert werde in diesem Zusammenhang auch die Überalterung der Gesellschaften in Europa. Er beleuchte den großen wirtschaftlichen Nutzen von Migration, dessen man sich oft nicht bewusst sei, selbst bei hohen Arbeitslosenzahlen. Oft arbeiteten Migrantinnen und Migranten gerade in den Bereichen, die für andere uninteressant seien. Er sprach aber auch über die Zunahme der illegalen Einwanderung, die die Grenzen und auch die Sicherheit gefährden. Mitberichterstatler Abg. **Tanner** berichtete über die aktuellen Sachstände der US-Einwanderungspolitik nach dem 11. September 2001. Neue Gesetze seien für 2005 in Vorbereitung. Er streifte kurz den Stand der transatlantischen Handelsbeziehungen und betonte die Wichtigkeit des Fortbestandes der Doha-Runde.

**Diskussion**

Abg. **Lello** (Portugal) sprach sich dafür aus, mit Direktinvestitionen verstärkt Arbeitsplätze in den Abwanderungsländern zu schaffen. Abg. **Forlani** (Italien) thematisierte die mögliche Einrichtung von Auffang- und Identifizierungszentren in Herkunfts- oder Transitländern. Er warb für eine verstärkte Kooperation und zentrale Koordination im Bereich der Migration in Europa. Abg. **van Gennip** (Niederlande) meinte, die Unterscheidung der verschiedenen Arten der Zuwanderung sei wichtig, um diesen dann auch gerecht werden zu können.

Der Bericht wurde anschließend mit Veränderungen in den Abschnitten 23 und 48 beschlossen. Die Änderung in Abschnitt 48 trägt insbesondere den Entwicklungen durch die Bestellung der neuen Europäischen Kommission Rechnung und nimmt einen neuen Teil über die speziellen Probleme der Länder mit langen Küstengrenzen auf.

Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) wies für den Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“, Abg. Bayley (Vereinigtes Königreich), auf die im Jahr 2005 anstehenden Besuche in London und China hin.

**VIII. Beratung des Sonderberichtsentwurfes über „Die wirtschaftlichen Aspekte des Kampfes gegen die Drogenproduktion in Afghanistan und den Drogenhandel“, vorgelegt von Sonderberichterstatler Abg. Viktor Voitenko (Russland)**

Abg. **Voitenko** verdeutlichte das Ausmaß des Drogenhandels in Afghanistan, die Auswirkungen auf seine Nachbarstaaten und zeigte mögliche Wege für die NATO und Russland auf, dem zu begegnen. Grenzkontrollen müssten verschärft werden und die NATO und Russland sollten unter der Schirmherrschaft der UN für eine bessere Koordination der internationalen Unterstützung mit dazu beitragen, Alternativen für den Drogenanbau aufzuzeigen.

**Diskussion**

In der anschließenden Diskussion kritisierten die Abg. **Gapes** (Vereinigtes Königreich) und **Benoit** (Kanada) die Sprache und Unausgewogenheit des Berichts. Auch würde die ausschließliche Fokussierung auf die nördliche Schmuggelroute nur ein unvollständiges Bild des Problems aufzeigen. Außerdem sei die Kritik an der Regierung Karzais verfrüht. Abg. **Nogrix** (Frankreich) und Abg. **Zaplatynskyi** (Ukraine) befürworteten hingegen die klare Warnung auch an die Regierung Afghanistans, die sich im Kampf gegen den Drogenhandel beteiligen und harte Strafen durchsetzen müsse. Abg. **Monika Heubaum** (Deutschland) bemerkte, der illegale Drogenhandel beschäftige als großes Problem die internationale Staatengemeinschaft, aber ein Sicherheitsgürtel um Afghanistan würde die Freizügigkeit unzulässig beschränken. Hingegen sollte die Kooperation der betroffenen Staaten verstärkt werden. Abg. **Voitenko** (Russland) verteidigte seinen Berichtsentwurf. Versuche, die Produktionsmenge zu reduzieren, hätten sich als nutzlos erwiesen. Er sehe keine gemeinsame Vorstellung, wie mit dem Problem umgegangen werden soll. Daher unternehme er den Versuch, Vorschläge für gemeinsame Strategien zu unterbreiten. Die Nichtannahme des Berichts wäre ein falsches Signal für die Verantwortlichen in Afghanistan.

Auf Vorschlag des Abg. **Gapes** (Vereinigtes Königreich) wurde der Bericht mehrheitlich nur zur Kenntnis genommen.

**IX. Beratung des Generalberichtsentwurfes über „Wiederaufbau und Entwicklung nach Konfliktbeendigung. Probleme und Herausforderungen im Irak und in Afghanistan“, vorgelegt von Generalberichterstatler Abg. Jos van Gennip (Niederlande)**

Abg. **van Gennip** erklärte, der Berichtsentwurf spreche die Herausforderungen an, die nach Konfliktbeendigung

beständen. Er betonte die Notwendigkeit, sowohl einen klaren Auftrag für den Wiederaufbau zu definieren als auch die Entwicklungspolitik an die spezifischen Situationen der vom Krieg zerstörten Länder anzupassen. Priorität sollten die Förderung der Sicherheit, lokalen Eigentums, sozialer Stabilität, eines funktionierenden Verwaltungsaufbaus, der Zivilgesellschaft und die Koordination zwischen den Gebern und Empfängern haben.

### Diskussion

In der Diskussion äußerte Abg. **Rodrigues** (Portugal) einen Bedarf nach Koordination auf allen Ebenen, sah Abg. **Boozman** (Vereinigte Staaten) die Schwierigkeit der Förderung der Demokratisierung bei instabiler Sicherheitslage und thematisierte Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) einerseits Schuldenerlass und andererseits Wiedergutmachungszahlungen. Abg. **Forlani** (Italien) verdeutlichte die Bedeutung der anstehenden Wahlen und anschließend die Bildung einer souveränen, repräsentativen Regierung in den Ländern. Nach den Wahlen sollten multilaterale Organisationen die Befriedung der Länder übernehmen. Abg. **Marino** (Italien) kritisierte, die von den USA begangenen Fehler bei der Planung und Durchführung der Interventionen in Afghanistan und im Irak fehlten in dem Bericht völlig. Er warf den USA vor, die Gefahr des weltweiten Terrorismus durch den Irakkrieg erhöht zu haben.

Der Bericht wurde mit einigen Änderungen angenommen.

### X. Entschließungsentwurf „Wiederaufbau und Entwicklung nach Konfliktbeendigung: Probleme und Herausforderungen im Irak und in Afghanistan“, vorgelegt von Abg. Jos van Gennip (Niederlande)

Anschließend stellte der Generalberichterstatter den Entwurf einer Entschließung zum gleichen Thema vor. Er akzeptierte alle vorgelegten Änderungsanträge.

Die Entschließung wurde in entsprechend geänderter Form beschlossen.

### XI. Personalien

Der Ausschuss wählte für den Unterausschuss „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ den Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland) als Berichterstatter.

Für den Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ wurden Abg. John **Tanner** (Vereinigte Staaten) als stellvertretender Vorsitzender und Abg. John **Boozman** (Vereinigte Staaten) als Mitberichterstatter gewählt.

Alle anderen Mandatsträger wurden per Akklamation wiedergewählt.

### XII. Sonstiges

Abg. **Voitenko** (Russland) bot für die nächste Frühjahrs-sitzung einen Sonderbericht zum Thema „Russland und

die NATO: Zusammenarbeit im Kampf gegen den Drogenhandel in Afghanistan“ an. Abg. **Gapes** (Vereinigtes Königreich) und Abg. **Bilirakis** (Vereinigte Staaten) sahen einen zu engen thematischen Bezug zu dem nur zur Kenntnis genommenen Sonderbericht (siehe Teil VII). Eher sei ein allgemeinerer Bericht über die Beziehungen von NATO und Russland denkbar. Der Vorsitzende Abg. **Gillmor** (Vereinigte Staaten) hielt eine Diskussion im Ständigen Parlamentarischen NATO-Russland-Ausschuss für sinnvoller.

Der Vorschlag für die Erarbeitung eines Sonderberichts erhielt keine Mehrheit.

### Ständiger Ausschuss

Der Ständige Ausschuss tagte am 15. November 2004 unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, **Doug Bereuter** (Vereinigte Staaten).

### I. Tagesordnung

Hauptthemen waren der Bericht des Generalsekretärs Simon Lunn sowie der Umgang mit Anträgen auf Statusveränderung bzw. Verleihung des Beobachterstatus. Lunn problematisierte mit seinem Bericht den zukünftigen Dialog mit Russland sowie die Frage des Ausbaus der Kontakte der Versammlung zu den zentralasiatischen Staaten.

### II. Bericht des Generalsekretärs der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Simon Lunn

Der Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der NATO, **Simon Lunn**, berichtete über die Prioritäten und Aktivitäten. Ein Schwerpunkt liege weiterhin auf Südosteuropa und den drei Ländern, die die nächsten Anwärter auf eine NATO-Mitgliedschaft seien. Er betonte, dass die Versammlung Bosnien und Herzegowina helfen wolle und die Entwicklungen im Kosovo genauestens verfolgen werde. Darüber hinaus widme sich die Versammlung mit verstärkter Aufmerksamkeit dem Kaukasus. Zu Zentralasien erklärte Lunn, bisher seien die Kontakte zu dieser Region sehr begrenzt, obwohl das Interesse aufgrund der Nähe von Afghanistan wachse. Auch müsse die Versammlung darüber entscheiden, wie sie das neue Interesse der NATO am Mittelmeerraum im Rahmen der Istanbul Kooperationsinitiative auf der parlamentarischen Ebene reflektieren wolle. Mehr Aufmerksamkeit wolle die Versammlung dem Kaukasus widmen, vor allem durch den Zivilausschuss. So seien für 2005 Rose-Roth-Seminare in Aserbaidschan und Armenien geplant. Darüber hinaus regte der Generalsekretär eine Diskussion über die Dialogmöglichkeiten mit Russland an. Möglicherweise könnten mit individuellen Reisen von einzelnen Ausschüssen und Unterausschüssen bessere Ergebnisse erzielt werden als mit dem NATO-Russland Parlamentarischen Forum.

## Diskussion

Abg. **van Gennip** (Niederlande) zeigte sich ebenfalls unzufrieden mit der derzeitigen Prozedur des NATO-Russland Parlamentarischen Forums, mit der eine Delegation durch die anderen befragt werde. Die Versammlung solle überdenken, welche Auswirkungen der Dialog letztlich habe. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) sprach die Notwendigkeit an, einen Dialog mit Russland aufrechtzuerhalten. Dabei sei es wichtig, dass sich die Versammlung nicht ihr Programm von Ländern ohne eine demokratische Tradition diktieren lasse. Man müsse bedenken, dass wichtige Meinungen Oppositioneller nicht in den Diskussionen im russischen Parlament vorkämen. Die Versammlung müsse sich im Rahmen ihrer Veranstaltungen auch mit Oppositionellen in Russland treffen. Abg. **Kirsteins** (Lettland) erkundigte sich, warum die Versammlung noch keinen Kontakt zu Turkmenistan aufgenommen habe, das ein wichtiger Exporteur von Erdgas sei. Nach Angaben des Generalsekretärs **Simon Lunn** hat die Versammlung keine ernsthaften Kontakte zu einem zentralasiatisch Land. Kasachstan habe nun den Beobachterstatus beantragt. Die Versammlung müsse sich zu der Frage äußern, ob sie mehr Kontakt zu der Region wünsche. Themen wie demokratische Legitimation und Menschenrechte könnten Bedenken bei den Mitgliedern der Versammlung auslösen. Abg. **Erdem** (Türkei) sprach sich für die Aufnahme von normalen Beziehungen zu den zentralasiatischen Ländern aus, da diese für die Sicherheit, die Bekämpfung des Terrorismus und die Energieversorgung von zentraler Bedeutung seien.

## III. Anträge auf Statusveränderung

Der Ausschuss diskutierte über die Frage, ob Marokko die assoziierte Mitgliedschaft angeboten oder ob eine neue Kategorie der Assoziation für Länder des südlichen Mittelmeerraums geschaffen werden sollte. Abg. **Campbell** (Vereinigtes Königreich) sprach sich dagegen aus, einen neuen Status zu schaffen. Es sei wichtig, dass das System angebracht und vorhersehbar sei. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) würde es anstelle der Vergabe des assoziierten Status bevorzugen, wenn die Kooperation im Rahmen der Sondergruppe Mittelmeer intensiviert werden könnte. Eine Möglichkeit wäre, Redner aus den Ländern des südlichen Mittelmeerraums regelmäßig zu einer Art Unter-Versammlung der Sondergruppe einzuladen. Ein intensiver Dialog sei wichtiger als die Aufnahme. Die Versammlung müsse es zudem vermeiden, durch die Annahme des Antrages Marokkos bei gleichzeitiger Ablehnung der Anträge von Bosnien und Herzegowina sowie Serbien und Montenegro ein negatives Signal in Richtung Süd-, Mittel- und Osteuropa zu senden. Man könne und dürfe auch nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass politische Gefangene in Marokko systematisch gefoltert würden. Dennoch wäre ein Kompromiss denkbar, indem eine weitere Kategorie der Assoziation geschaffen würde. Abg. **Lellouche** (Frankreich) unterstützte die Schaffung eines neuen Status für die Mittelmeeranrainer. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, die Versammlung schlage den Nordafrikanern die Tür vor der Nase zu. Gleichzeitig sprach er sich gegen die Anträge von Bosnien und Herzegowina sowie Serbien und Montenegro auf assoziierte

Mitgliedschaft aus. Es sei zu früh, die eingeschränkten Erfolge dieser Länder zu belohnen.

In einer Abstimmung entschied sich der Ausschuss dafür, für die Länder des südlichen Mittelmeerraums eine neue Kategorie der assoziierten Mitgliedschaft zu schaffen und diese Marokko anzubieten. Anträge, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien und Montenegro den Status von assoziierten Mitgliedern zu verleihen, wurden abgelehnt.

Darüber hinaus beschloss der Ausschuss, Kasachstan den Beobachterstatus zu gewähren.

## IV. Begleitung der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine

Abg. **Cordy** (Kanada) berichtete von den Wahlbeobachtungen während der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 31. Oktober 2004. Kampagnen der Opposition seien von den ukrainischen Behörden behindert worden. Der Leiter der OSZE-Wahlbeobachtungsmission sei zu dem Schluss gekommen, dass die Präsidentschaftswahlen nicht die Standards für demokratische Wahlen erfüllt hätten. Dies sei sehr enttäuschend für die ukrainische Bevölkerung, dennoch sei die Arbeit der Versammlung der NATO zur Unterstützung der Demokratie in der Ukraine sehr wichtig.

## V. Finanzen

Der Schatzmeister der NATO PV, Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) begrüßte den Bericht des Rechnungsprüfers für das Haushaltsjahr 2003, der eine ordentliche Haushaltsführung attestiere. Er sei mit dem Generalsekretär übereingekommen, dass das Sekretariat einen weiteren Mitarbeiter einstellen solle. Dennoch sei die personelle Ausstattung des Sekretariats nach wie vor ein Problem. Dieses müsse der Ständige Ausschuss auf seiner nächsten Sitzung behandeln. Der Ausschuss verabschiedete den Haushaltsentwurf der Versammlung für das Jahr 2005.

## VI. Termine der Versammlung

Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) forderte, im Rahmen der Planungen für die Frühjahrssitzungen grundsätzlich darauf zu achten, dass der Termin sich nicht mit dem Pfingstfest überschneidet. Dies betreffe die Frühjahrssitzung im Jahre 2007 in Portugal, deren Termin sich mit dem Pfingstfest decke. Da es die US-Delegation dauerte, wegen Termenschwierigkeiten nicht zu einem anderen Termin an der Frühjahrstagung teilnehmen zu können, stimmte Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) aufgrund der Bedeutung der Teilnahme der amerikanischen Delegation dem Termin für die Frühjahrstagung 2007 zu.

## Plenarsitzung

Am Dienstag, den 16. November 2004, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, **Doug Bereuter** (Vereinigte Staaten), die Plenarsitzung der Versammlung statt.

## I. Tagesordnung

Zu den wichtigsten Rednern gehörte der Präsident der Versammlung, Doug Bereuter (Vereinigte Staaten), der neu gewählte Präsident Pierre Lellouche (Frankreich) und der alliierte Befehlshaber Europa, General James L. Jones. Sie riefen die Versammlung dazu auf, sich verstärkt um die Verbesserung der transatlantischen Beziehungen zu bemühen und sich vor allem mit den Herausforderungen des internationalen Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen auseinander zu setzen.

## II. Grußansprache des Präsidenten der Region Venedig, Giancarlo Galan

Der Präsident der Region Venedig, **Giancarlo Galan**, ging in seiner Ansprache auf die neuen Herausforderungen für Europa und die NATO ein. Für viele sei die NATO das entscheidende Element zum Sieg über die diktatorischen Strukturen in Osteuropa gewesen. Das Interesse an der NATO habe stetig zugenommen, und sie habe immer mehr Aufgaben übernommen. Die transatlantische Einheit sei geschwächt, was die auch die neuen EU-Länder erfahren würden. Die von ihr vertretenen Werte könnten nicht zwischen USA und Europa aufgeteilt werden. Die Bedrohungen für die Sicherheit wachsen in Europa und weltweit.

## III. Ansprache des Präsidenten der NATO PV, Doug Bereuter (Vereinigte Staaten)

Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO, **Doug Bereuter**, ging vor seinem Abschied auf die von ihm vor zwei Jahren definierten Ziele ein. Niemand hätte mit einer so starken Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen gerechnet. Jetzt müsse man in die Zukunft schauen und eine neue transatlantische Agenda entwickeln. Ein weiterer Punkt sei das Thema Terrorismus und Massenvernichtungswaffen gewesen, die keine Grenzen kennen, wie die Anschläge in USA und Europa zeigten. Zur Bekämpfung sei eine multidimensionale Strategie erforderlich, die kein Land allein leisten könne. Die Beziehungen zu Russland hätten sich verstärkt, wobei die Versammlung einen noch verstärkten Dialog mit Russland befürworte. Die Bemühungen müssten seiner Auffassung nach noch intensiviert werden. Die NATO bezeichnete er auch als eine Institution, die viele Vorsätze und Versprechungen nicht gehalten habe. So habe man sich für die Unterstützung der Wahlen in Afghanistan ausgesprochen, aber viele Mitglieder hätten nicht genug Truppen geschickt. Ein Scheitern wäre aber für Afghanistan und die NATO verheerend gewesen. Neue Ziele seien außerdem wirklich einsetzbare Kräfte. Es handle sich jetzt um die erste Tagung der PV nach der Erweiterung der NATO. Die Istanbul-Kooperationsinitiative rege eine verstärkte Kooperation von EU und NATO gerade im südlichen Mittelmeerraum an. Kein Frieden sei ohne Lösung des Nahostkonfliktes möglich. Die USA sollten Europa nicht verdrängen; andererseits sollte Europa sich mehr einsetzen.

## IV. Ansprache von Marcello Pera, Sprecher des italienischen Senats

Senatssprecher **Marcello Pera** ging in seiner Ansprache ebenfalls auf die neuen Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit Europas ein. Die NATO habe diese Herausforderungen angenommen und leiste einen großen Beitrag für die Stabilität z. B. auf dem Balkan. Dennoch sei eine Strategie, die sich nur auf den europäischen Kontinent beziehe, weder ausreichend noch weit-sichtig, weil sich die Grenzen der Sicherheit weiter entfernt hätten. In Afghanistan habe die NATO eine Schlüsselrolle gespielt und maßgeblich dazu beigetragen, dass ein Menschen verachtendes Regime gefallen und freie Wahlen durchgeführt wurden. Auch der Irak bewege sich nach der Befreiung von einem Diktator auf freie Wahlen zu. Die dortige Sicherheit sei ebenfalls ein wichtiger Faktor für die Sicherheit des Westens. Die Allianz habe auf das Bedürfnis der Bevölkerung nach Freiheit geantwortet. Diesem Schritt sollten andere folgen, mit ehrgeizigeren Zielen als der Ausbildung irakischer Streitkräfte. Viele Europäer könnten schwerlich glauben, dass Vorkommnisse in der weit entfernten asiatischen Region ihre persönliche Sicherheit beeinträchtigen könne. Ebenso wie der Generalsekretär glaube auch er, dies sei eine sehr kurz-sichtige Betrachtung. Europa empfinde die terroristische Bedrohung mit geringerer Dringlichkeit. Es glaube, dass der Terrorismus isoliert und nicht dauerhaft und zu einem bestimmten Teil vom Westen selbst verursacht worden sei. Diese unterschiedlichen Auffassungen seien nach den Ereignissen des 11. September 2001 und dem Irakkrieg deutlich geworden. Dennoch vertrat er die Auffassung, dies sei nicht die Wurzel der Krise. Diese liege tiefer: ein Teil von Europa meine, es gehöre nicht mehr zur gleichen Gemeinschaft wie Amerika, weil es seine eigenen Interessen habe. Er halte dies für einen Fehler und für ein großes Risiko. Europa könne ohne die Vereinigten Staaten nicht sicher sein.

## V. Ansprache des Stellvertretenden NATO-Generalsekretärs, Botschafter Alexandro Minuti Rizzo

Der Stellvertretende NATO-Generalsekretär, Botschafter **Alexandro Minuti Rizzo**, bezeichnete es u. a. als Aufgabe der Versammlung, Fehlvorstellungen zu korrigieren. Im Großen und Ganzen sei der Bevölkerung klar, dass der Kalte Krieg überwunden sei und man Truppen nicht mehr in den gleichen Formen aufstellen müsse. Es sei deshalb vielen Leuten nicht präsent, welchen Nutzen die NATO zum gegenwärtigen Zeitpunkt habe. Die NATO stelle das Bindeglied zwischen Europa und den USA dar. In den 50 Jahren seit seiner Gründung sei im Bündnis ein Sachverstand aufgebaut worden, der auch in der Zukunft genutzt werden sollte. Als wesentliche Säulen in der Zukunft nannte er Prävention, Entwicklung neuer Fähigkeiten, Kooperation zwischen Nationen und Institutionen. Die NATO biete Sicherheitstransfer, Transparenz und Vertrauen. und strebe mehr Interoperabilität an. Im Mittelmeerraum gebe es viele wichtige Themen; in jeder Beziehung handle es sich um eine sicherheitsrelevante Region. Zu berücksichtigen seien dabei auch demographische

Gründe: Ein Großteil der sehr jungen Bevölkerung sei arbeitslos; die hieraus folgende Frustration sei im Extremfall ein Nährboden für terroristische Aktivitäten. Nachdem der Mittelmeerdialog seit nunmehr zehn Jahren bestehe, kämen erstmalig im Dezember 2004 die Außenminister aller beteiligten Länder zusammen. Die neue Initiative, die sich auf den Mittelmeerraum beziehe, biete eine Zusammenarbeit auf Gebieten, wo die NATO etwas bewirken könne (Reform der Streitkräfte, Interoperabilität, Terrorismusbekämpfung etc.). An diesem Dialog bestehe großes Interesse. Als erstes Land habe er Kuwait bereist; weitere Besuche, seien in Katar, Saudi Arabien etc. geplant, Der Transformationsprozess müsse weiter fortgesetzt werden.

### Plenardebatte

In der anschließenden Diskussion wurden Fragen nach der Koordinierung der Mittelmeerdialogforen gestellt. Botschafter **Rizzo** erklärte auf die Frage des Abg. **Erdem** (Türkei), es handle sich um zwei Szenarien. Der Mittelmeerdialog, der seit 1994 bestehe, solle nach den Beschlüssen von Istanbul verstärkt werden. Die Zusammenarbeitsinitiative, die sich im Dezember treffe, solle keine Doppelarbeit, sondern eine stärkere politische Zusammenarbeit bedeuten. Ferner verwies er auf die Greater Middle East-Initiative der USA, die ebenfalls sehr sinnvoll sei. Der Nordatlantikrat habe erklärt, man wolle Länder identifizieren, wo die NATO etwas bewirken könne. Dies seien zunächst die Länder des Golfkooperationsrates. Bis dato habe dort überhaupt kein Kontakt mit der NATO bestanden und das Dialogangebot sei auf große Begeisterung gestoßen. Auf Fragen der Abg. **Kalantzakou** (Griechenland) nach der Art der Beziehungen zu Kuwait antwortete Botschafter **Rizzo**, es gebe keine rechtlichen Verpflichtungen für die Länder, sondern es handle sich um ein Dialogangebot.

### VI. Ansprache von General James L. Jones, Oberster Allierter Befehlshaber Europa (SACEUR)

Der Oberste Befehlshaber Europa (SACEUR), General **James L. Jones**, ging auf die aktuellen Einsätze ein. Derzeit seien in Bosnien Herzegowina 8 000 Soldaten stationiert und im Kosovo 19 000 Mann. In Afghanistan gebe es Grund zur Ermutigung. Die kleine Zahl der Zwischenfälle sei als Zeichen für Erfolg zu werten. Geplant sei eine Zusammenführung der Initiativen Enduring Freedom und ISAF. Man wisse, wie schwer das Drogenproblem zu bekämpfen sei; ebenfalls um die Problematik von Korruption etc. In Kabul könne man aber in der Bevölkerung ein neues Vertrauen beobachten. Im Irak gebe es einen Operationsplan mit der Ausbildungsmission. Die erkennbarste Maßnahme im Kampf gegen den Terrorismus sei Endeavor. Auch die russische Teilnahme sei nun vorgesehen. Zum Mittelmeerdialog erklärte er, die Beziehung zu den südlichen Mittelmeerländern bilde sich als wichtigste heraus. Bislang werde der Dialog auf rein politischer Ebene geführt; später könnten jedoch auch militärische Aspekte einbezogen werden. Als erfolgreiche Aktion bezeichnete er die Unterstützung der griechischen Kollegen

bei den Olympischen Spielen, ein eher „stiller Erfolg“, der nicht durch die Medien gehe. Die NATO-Streitkräfte würden umgewandelt und seien sehr nachgefragt. Ihre Relevanz steige zunehmend. Die Frage nach out of area würde nicht mehr gestellt, da es im engeren Sinne kein NATO-Gebiet mehr gebe. Als mögliches künftiges Einsatzgebiet nannte er u. a. Afrika. Hindernisse auf dem Weg zur Optimierung des Bündnisses nannte er zum einen in wirtschaftlicher Hinsicht, nämlich die mangelnden Verteidigungsausgaben, die bei vielen Ländern unter zwei Prozent lägen. Nötig seien außerdem institutionelle Reformen, z. B. im Beschaffungswesen. Schließlich gebe es Einschränkungen im Einsatz, die besonders gravierend seien: zum einen nationale Einschränkungen mit der Folge, dass verschiedene Soldaten nicht ohne weiteres von einem Kommandeur gleich eingesetzt werden können. Dies gefährde den Zusammenhalt der Struktur und lähme die Entscheidungskraft des Kommandos. Als weitere Problematik definierte er die öffentliche Wahrnehmung der NATO. Sie sei ebenso wichtig wie schlecht. Im 20. Jahrhundert sei der Wert des Bündnisses jedem verständlich gewesen, heute aber nicht mehr.

### Plenardebatte

In der folgenden Diskussion wurden Fragen zu Afghanistan und der Bekämpfung des Drogenproblems gestellt sowie zur Außenwirkung des Verhaltens der Soldaten. Der Oberste Befehlshaber Europa (SACEUR), General **James L. Jones**, erläuterte, die grundlegende Verschiebung der Schwerpunkte richte sich auf die Qualität der möglichen Einsätze, nicht auf die Quantität der Soldaten. Zur Frage von Senator **Colombo** (Italien), ob man die Strukturen der zur Verfügung gestellten Streitkräfte überdenken sollte, antwortete General **Jones**, die NATO verfüge nicht über die notwendige Expeditionslogistik für Ferneinsätze. Das Drogenproblem wurde von Lord **Windermere** (Vereinigtes Königreich) angesprochen. Mit den Drogen würden 40 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erwirtschaftet. Alle seien entschlossen, dass hier etwas geschehen müsse, über die Mittel und Wege bestehe jedoch noch keine Einigkeit.

Abg. **Jagland** (Norwegen) wollte wissen, ob die Schnelle Eingreiftruppe im Bedarfsfall auch von Nicht-NATO-Mitgliedern zusammengestellt werden könne und ob ein Abzug von Truppenteilen für die Eingreiftruppe eventuell die an anderen Orten eingesetzten Truppenteile in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigen könne. Abg. **Møller** (Dänemark) sprach das Problem der Verteidigungsausgaben an und stellte die Forderung, zwei Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben bereitzustellen dem Gedanken gegenüber, dass es nicht unbedingt darauf ankomme, wie viel man ausbebe, sondern wie sinnvoll die bereitgestellte Summe verwendet würde. In Bezug auf die Frage nach den Beiträgen der einzelnen Länder antwortete General **Jones**, dass er es für notwendig halte, eine bestimmte Höhe bei den Verteidigungsausgaben aufrecht zu halten. Das Geld müsse überlegt ausgegeben werden, denn es sei eine bekannte Tatsache, dass die Haushalte nicht steigen würden. Zu berücksichtigen sei auch, dass 70 Prozent der Ausgaben Personalausgaben seien.

Abg. **Papantoniou** (Griechenland) sprach von der Koexistenz zweier Eingreiftruppen, wobei die EU-Truppen den Vorteil einer Nutzung von NATO-Mitteln hätten. Er wollte wissen, wie eine bestmögliche Aufgabenverteilung und Nutzung beider Truppen aussehen könne. General **Jones** betonte, dass es schlimm wäre, wenn der Eindruck entstünde, dass zwei verschiedene Parallelstrukturen bei NATO und EU zu finanzieren seien. Er wies darauf hin, dass die Kampftruppen der EU nach NRF-Kriterien organisiert würden, da sie aus demselben Reservoir stammten. Er halte es für unmöglich, getrennte Strukturen zu schaffen und wies auf das Beispiel der erfolgreichen Zusammenarbeit im Kosovo hin.

Abg. **Batu** (Türkei) wollte wissen, wie groß die Lücke zwischen den in Prag festgelegten Fähigkeiten und dem bisher tatsächlich Geleisteten sei. General **Jones** entgegnete, dass von den im März 2004 bereitgestellten 19 000 Soldaten letztlich nur eine Truppe von 6 000 Mann einsatzfähig sei. Der große Teil der restlichen Truppen stehe nur für ganz spezielle Aufgaben zur Verfügung und könne nicht als einsatzfähig im Sinne der NRF bezeichnet werden. Die NATO müsse ihrerseits klar zum Ausdruck bringen, welche Art von Streitkräften sie benötige. Er verwies darauf, dass auf der Prager Verpflichtungskonferenz eine Liste von zwölf bis 13 fehlenden Fähigkeiten aufgestellt worden sei, z. B. beim strategischen Lufttransport oder bei den Mitteln zur Bekämpfung chemischer oder nuklearer Zwischenfälle. Es gebe hierfür eine so genannte road map, die bislang eingehalten worden sei. Abschließend forderte er noch einmal eindringlich eine enge Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen NATO und EU, vor allem im Hinblick auf die Erfüllung der gemeinsamen Streitkräfteerfordernisse.

#### **VII. Ansprache von Staatssekretär Roberto Antonione, italienisches Außenministerium**

Die Grüße der italienischen Regierung überbrachte der Staatssekretär im italienischen Außenministerium **Roberto Antonione**. Unter Würdigung der Arbeit Italiens in der NATO bezeichnete er das Jahr 2004 als entscheidendes Jahr für die NATO. Die Irakkrise, die auf dem NATO-Gipfeltreffen in Istanbul ausführlich behandelt worden sei, aber auch der Stand des transatlantischen Verhältnisses seien zwei der wichtigsten Punkte auf der Agenda des Bündnisses. Trotz der großen Meinungsverschiedenheiten über den im Irak geführten Krieg sei es mittlerweile zu einer Verbesserung des Klimas bei den transatlantischen Beziehungen gekommen. Dabei spielten nicht nur die konkrete Zusammenarbeit, sondern auch der Dialog eine Rolle. Die NATO sei das prädestinierte Diskussionsforum für Europa und Nordamerika, die sich gemeinsam neuen Herausforderungen gegenüber sähen. Eine dieser gemeinsamen Herausforderungen seien die Wahlen in Afghanistan gewesen, die Dank des großen Einsatzes der ISAF erfolgreich und sicher verlaufen seien. Die NATO habe die Verantwortung für die ISAF erst vor einem Jahr übernommen. Dass es ihr gelungen sei, einen friedlichen Ablauf der Wahlen sicherzustellen, sei ein großer Erfolg gewesen. Nicht übersehen werden sollte, dass auch Italien mit einem Bataillon zu diesem Erfolg beigetragen habe. Der Wiederaufbau und die Sta-

bilisierung Afghanistans seien weitere wichtige Herausforderungen auf der Agenda. Zur Bewältigung dieser Aufgabe sollte die ISAF ausgeweitet werden, auch um einen verbesserten Schutz für die neue afghanische Regierung sicherzustellen. In Bezug auf die Irakkrise gebe es noch immer geteilte Meinungen im Bündnis. Die kurzfristig zu verzeichnenden Fortschritte seien von der neuen Situation überschattet worden. Diese sei mittlerweile so festgefahren, dass Perspektiven schwierig zu entwickeln seien.

#### **VIII. Ansprache des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Peter Schieder**

Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, **Peter Schieder**, bezeichnete das Amt, das er nunmehr seit drei Jahren innehatte, als eine zuweilen schwierige, aber auch herausfordernde Aufgabe. Fragen der nationalen Verteidigung fielen laut Satzung des Europarates ausdrücklich nicht in den Zuständigkeitsbereich der Organisation. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit seien jedoch Schlüsselbereiche, mit denen sich der Europarat seit vielen Jahrzehnten intensiv befasse. Der Europarat als Wächter der demokratischen Sicherheit biete ein einzigartiges Forum für Diskussionen seiner Mitgliedstaaten und sei dabei das Gewissen Europas für Recht und Menschenrechte. Er erbringe mit seiner Arbeit einen großen Beitrag zur demokratischen Stabilität in ganz Europa. Herausragende Beispiele für die vom Europarat geleistete Arbeit seien die Europäische Menschenrechtskonvention sowie mehr als hundert Völkerrechtsverträge, von denen die meisten auch Nichtmitgliedstaaten offen stünden. Als Erfolg des Europarates sei es zudem anzusehen, dass nirgendwo in Europa mehr die Todesstrafe angewandt werde. Es sei erstrebenswert, diese Errungenschaft auch auf den gesamten nordatlantischen Raum auszuweiten. Die Bekämpfung des Menschenhandels und des Terrorismus seien weitere Herausforderungen, mit denen sich der Europarat seit vielen Jahren intensiv befasse. Auch hier gebe es einschlägige Europaratsinstrumente, die eine wirksame Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung dieser Geißel erleichtern sollten. Gleichzeitig wies Präsident Schieder darauf hin, dass es aber unter dem Vorwand von Terrorismusbekämpfung nicht zu einer Missachtung und Verletzung der Menschenrechte kommen dürfe. Zusammenfassend forderte er ein produktives Denken zur Gewährleistung von Sicherheit für Europa und darüber hinaus eine starke internationale Zusammenarbeit. Er wünsche sich eine weitere erfolgreiche Arbeit des Europarates als brückenschlagendes Instrument im Hinblick auf ein sicheres und friedliches Zusammenleben seiner Mitglied- und Partnerstaaten.

#### **IX. Ansprache der Vizepräsidentin der Versammlung der Westeuropäischen Union, Elsa Papadimitriou**

Die Vizepräsidentin der Versammlung der Westeuropäischen Union, **Elsa Papadimitriou**, widmete sich in ihrer Rede den vier großen Herausforderungen der heutigen Zeit. Dazu gehörten der Terrorismus, die Bewältigung re-

gionaler Krisen, wie im Irak, in Afghanistan und auf dem Balkan, die Nahostfrage sowie die Eindämmung der Massenvernichtungswaffen. Sie würdigte die sowohl von der EU als auch von der NATO ergriffenen Initiativen zur Terrorismusbekämpfung, sprach aber auch die großen Meinungsverschiedenheiten an bei der Bewältigung regionaler Krisen, wie im Irak und in Afghanistan, und die unterschiedlichen Ansätze in Bezug auf das Problem im Iran, der vermutlich an einem Urananreicherungsprogramm arbeite. Eines der gravierendsten Probleme sei aus ihrer Sicht das der Massenvernichtungswaffen, vor allem im Hinblick auf die Gefahr, dass diese Waffen in die Hände von Terroristen gelangen könnten. Auf alle diese Probleme könne es nur eine multilaterale Antwort geben, da kein Land allein in der Lage sei, diese Probleme zu schultern. Zu diesem Zweck müssten die transatlantischen Bande gefestigt werden. Ein new deal zwischen Europa und den USA sei unbedingt erforderlich.

#### **X. Wahl des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO**

Als nächster Punkt stand die Wahl des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO auf der Tagesordnung. Abg. **Lellouche** (Frankreich) wurde per Akklamation zum neuen Präsidenten gewählt.

#### **XI. Ansprache des neuen Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Pierre Lellouche (Frankreich)**

Der neu gewählte Präsident dankte den Mitgliedern der Versammlung für die Ehre, dieses Amt übernehmen zu dürfen, und für das in ihn gesetzte Vertrauen. Er wisse um die Bedeutung dieses Amtes zu einer Zeit, in der die transatlantischen Beziehungen und insbesondere die Stabilität der Welt mit großen Herausforderungen konfrontiert seien. Präsident Lellouche betonte, dass er neben allem anderen in seiner Wahl aber auch einen deutlichen Beweis für die starke und kontinuierliche Verbindung zwischen seinem Land Frankreich und dem Nordatlantischen Bündnis und allen seinen Mitgliedern, ob „alten“ oder „neuen“, sehe.

Die Prioritäten, die er bei seiner Arbeit in den nächsten zwei Jahren setze, seien folgende: zunächst die Fortsetzung der ausgezeichneten Arbeit von Douglas Bereuter und der von ihm eingeleiteten Initiativen in Bezug auf die Einbeziehung der Versammlung in die Arbeitsfelder, in denen die NATO eingebunden sei, nämlich auf dem Balkan und in Afghanistan. Noch vor zehn Jahren seien über 30 000 Menschen, darunter Tausende von Kindern, im ehemaligen Jugoslawien aufgrund ihrer religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit getötet worden. Mithilfe des Bündnisses seien Frieden und Sicherheit wiederhergestellt und schrittweise die Konsolidierung der neu entstandenen Staaten verwirklicht worden. In etwa zwei Wochen werde die NATO die Friedensmission in Bosnien an die neu entstandenen Streitkräfte der Europäischen Union übergeben und damit erneut unter Beweis stellen, dass Bündnis- und europäische Verteidigung einander ergänzen könnten und sich nicht gegenseitig ausschließen. Die

Tatsache, dass sich ein starkes Europa in einem strategischen Bereich behaupte, sollte die amerikanischen Freunde nicht dazu veranlassen, Europa als Rivalen, sondern vielmehr als einen unersetzlichen Partner zu sehen. Dies gelte auch in Bezug auf die Aktivitäten in Afghanistan.

Neben dem Balkan und Afghanistan sei seine zweite Priorität die Stabilisierung der europäischen Staaten, die direkt an das Bündnis angrenzten. Dies betreffe die Ukraine, die das Recht auf einen Platz in Europa habe, sowie das Recht, ihre Ansichten über die eigene Zukunft ohne Einmischung von außen kundzutun. Dasselbe gelte für Weißrussland und Moldau, die sich auf dem Wege zu demokratischen Reformen befänden. Schließlich gehe es auch um den Kaukasus, dessen offene Konflikte so viele unschuldige Menschenleben gefordert hätten. Diese Konflikte dürften nicht ignoriert werden, weil sie sonst eines Tages zulasten der gemeinsamen Sicherheit gehen würden. Der Kaukasus sei ein Gewirr von ethnischen, religiösen und nationalistischen Zersplitterungen und Grenzungleichgewichten – hinzu komme das Vermächtnis des Kalten Krieges und die Eruption von Terrorismus, aber auch die großen Energieinteressen am Kaspischen Meer.

Bei seiner dritten Priorität gehe es um die Verstärkung der Beziehungen der Versammlung zum Süden, d. h. der arabisch-moslemischen Welt südlich des Mittelmeers und im Nahen Osten. Der Nahostkonflikt werde eines der großen strategischen Probleme der nächsten fünfzig Jahre sein. Werde es möglich sein, eine friedliche Partnerschaft mit der arabisch-muslimischen Welt aufzubauen, in der diese Region der Welt wirtschaftlichen Fortschritt im Rahmen der Globalisierung und eine Aussöhnung mit den demokratischen Werten des Westens finden könne? Oder liefe alles auf eine gewaltsame Spaltung hinaus, wie es die fanatischen und militanten Anhänger eines reaktionären Islams der Welt prophezeiten? Unterentwicklung, Verzweiflung und Ignoranz seien der Nährboden für Terrorismus.

Die vierte Priorität beziehe sich auf die Zivilverteidigung. Sie sei ein Kernelement, das bei der Verteidigungspolitik so gut wie kaum berücksichtigt werde. Bis zum Ende des Kalten Krieges sei es in den meisten Staaten und im Bündnis selbst zu weit reichenden Veränderungen der Streitkräftestrukturen und -doktrinen gekommen. Jedoch sei außer in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich bei dieser Umwandlung das große Problem des Schutzes der Bevölkerung vor der unmittelbarsten Bedrohung, nämlich durch Terrorismus oder einem terroristischen Anschlag mit chemischen, biologischen oder nuklearen Massenvernichtungswaffen, vernachlässigt worden. Auch hier wolle er Ansätze für eine Diskussion und für Handlungswege vorlegen, die es der Versammlung ermöglichen sollten, der Bevölkerung und den Regierungen diese neuen Risiken deutlicher vor Augen zu führen.

Die fünfte und letzte Priorität erscheine ihm als die wichtigste. Sie beziehe sich auf die dringende Notwendigkeit der Reparatur, der Annäherung und des Zusammenfügens der Beziehungen zwischen den beiden Seiten des

Atlantiks. Verantwortliche Politiker müssten ihre Politik auf einer klaren Einsicht in die Realitäten basieren. Diese Realitäten seien für die Zukunft weder attraktiv noch optimistisch. Die Irakfrage habe die Staaten zutiefst entzweit. Viele Europäer und Amerikaner seien aber auch der Auffassung, dass das Bündnis der Demokratien noch immer entscheidend für den Frieden in der Welt sei, auch wenn es unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf die Diagnose gebe. Befinden wir uns in einem Krieg gegen den Terrorismus oder nicht? Haben wir es nur mit einem vorübergehenden Ausbruch von Gewalt aufgrund vor allem des israelisch-palästinensischen Konflikts und des derzeitigen amerikanischen Verhaltens gegenüber der moslemischen Welt zu tun? Meinungsunterschiede gebe es auch über die Lösungsrezepte: Sollten wir deshalb Krieg führen, vorbeugenden Krieg möglicherweise, um einige der gefährlichen Regime loszuwerden oder nur um Demokratie aufzubauen, falls notwendig mit Gewalt, oder sollten wir die bestehenden Regime gewähren lassen, Geduld zeigen, wirtschaftliche Hilfe gewähren und langsame demokratische Lernschritte fördern? Es sei Aufgabe der Politiker, sich mit aller Geduld, aber auch mit aller Energie für ein Zusammenschmieden eines neuen atlantischen Konsenses und eines Wiederaufbaus der euroatlantischen Gemeinschaft einzusetzen.

#### **XII. Wahl der Vizepräsidenten der Versammlung**

Im Anschluss an die Ansprache des neuen Präsidenten der Versammlung wurden die neuen Vizepräsidenten gewählt. Da die Anzahl der Kandidaten höher als die Zahl der zu besetzenden Posten war, kam es zu einer Geheimwahl mit einer Entscheidung zwischen den beiden aus den neuen Mitgliedstaaten nominierten Kandidaten, Abg. **Banás** (Slowakei) und Abg. **Lupoi** (Rumänien), aus der Abg. **Banás** (Slowakei) als Sieger hervorging. Per Akklamation wurden ferner als Vizepräsidenten gewählt: Abg. **Erdem** (Türkei), Senator **Forcieri** (Italien), Abg. **Koenders** (Niederlande) und Senator **Nolin** (Kanada).

#### **XIII. Bericht des Generalsekretärs der NATO PV, Simon Lunn, über die Prioritäten und Aktivitäten der Versammlung**

Der Generalsekretär der NATO PV, **Simon Lunn**, gab einen kurzen Überblick über die Prioritäten und Aktivitäten der Versammlung (siehe Bericht über die Sitzung des Ständigen Ausschusses).

#### **XIV. Beobachterstatus für Kasachstan**

Die Versammlung beschloss, Kasachstan den Beobachterstatus zu verleihen.

#### **XV. Haushaltsangelegenheiten – Bericht-erstattung durch Abg. Lothar Ibrügger (Deutschland), Schatzmeister der Versammlung**

Anschließend wurden der Bericht des Schatzmeisters für den Haushalt 2003, die Vorjahresbilanz und der Bericht über die Pensionsfonds für 2003 sowie der Haushaltsentwurf für 2005 beraten und von der Versammlung gebilligt.

#### **XVI. Änderung der Geschäftsordnung**

Diese nach der Erweiterung der Versammlung notwendig gewordene Änderung bezieht sich auf Artikel 34A (Einsetzung und Zusammensetzung der Sondergruppe Mittelmeer) sowie auf Artikel 34B, in dem die Schaffung und die Zusammensetzung des Interparlamentarischen NATO-Ukraine-Rates behandelt werden. Die Versammlung stimmte der vorgeschlagenen Geschäftsordnungsänderung zu.

#### **XVII. Beratung der Entschließungsentwürfe**

Die Versammlung beriet den Entschließungsentwurf des Politischen Ausschusses über die Stärkung des transatlantischen Sicherheitsdialogs und verabschiedete ihn in der durch einen von Deutschland eingebrachten Änderungsantrag ergänzten Fassung.

Die Versammlung verabschiedete auch den vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit eingebrachten Entschließungsentwurf über die Operation der NATO in Afghanistan in der vom Ausschuss vorgelegten Fassung.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit legte einen Resolutionsentwurf über „Wiederaufbau und Entwicklung nach Konfliktbeendigung: Probleme und Herausforderungen im Irak und in Afghanistan“ vor, der von der Versammlung in der vorgelegten Fassung gebilligt wurde.

Auch der vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie vorgelegte Resolutionsentwurf zum Thema „Die Auseinandersetzung mit dem Problem der Verbreitung von Kernwaffen“ sowie der vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit vorgelegte Entschließungstext über „Kinderhandel“ wurden von der Versammlung in unveränderter Form angenommen (siehe Anhang).

Markus Meckel, MdB  
Leiter der Delegation

Volker Bouffier, Staatsminister  
Stellvertretender Leiter der  
Delegation



**Entschließung 328\*****betr. Kinderhandel**

Die Versammlung,

1. **unter Hinweis darauf**, dass der Menschenhandel einen unerträglichen Angriff auf die Würde des Menschen sowie eine Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit im gesamten euro-atlantischen Raum darstellt;
2. **in Bekräftigung** ihrer Entschließung 323 über den Menschenhandel, die auf der Jahrestagung der Versammlung im November 2003 in Orlando verabschiedet wurde;
3. **in der Erkenntnis**, dass der Kinderhandel ein spezieller Problembereich im Rahmen des generellen Problemkreises des Menschenhandels und der Bekämpfung des organisierten Verbrechens darstellt und es daher erforderlich ist, dass die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten ihre Politik und gesetzlichen Grundlagen entsprechend ausrichten;
4. **alarmiert** über neue Tendenzen beim Kinderhandel in Europa, wozu neue Routen und neue Formen der Ausbeutung gehören, und **davon überzeugt**, dass es notwendig ist, die politischen Maßnahmen so auszurichten, dass sie diese sich verändernden Vorgehensweisen berücksichtigen;
5. **davon überzeugt**, dass zu der Bekämpfung des Kinderhandels angemessene politische Maßnahmen gehören sollten, deren Ziel Vorbeugung, Rechtsdurchsetzung und Strafverfolgung, Identifizierung der Opfer, Unterstützung und Wiedereingliederung sowie die Beseitigung der Hauptgründe für dieses Phänomen sein sollten;
6. **davon überzeugt**, dass es notwendig ist, sich mit dem inländischen und grenzüberschreitenden Kinderhandel sowie mit der Angebots- als auch Nachfrage-seite zu befassen und die strafrechtliche Verfolgung von Menschenhändlern und den Schutz der Opfer im Gesamtzusammenhang zu sehen;
7. **nochmals betonend**, dass die Zusammenarbeit zwischen Herkunfts-, Transit- und Bestimmungsländern von entscheidender Bedeutung ist und **mit Genugtuung** in dieser Hinsicht über jüngste von europäischen und internationalen Organisationen ergriffene Initiativen zur Förderung der Bekämpfung des Kinderhandels in Europa;
8. jedoch **betonend**, dass Regierungen und internationale Organisationen es vermeiden sollten, dass es zu Überschneidungen oder konkurrierenden Initiativen kommt und dass darauf zu achten ist, dass die Koordinierung und Zusammenarbeit immer im Mittelpunkt steht;
9. die Verabschiedung einer NATO-Politik zur Bekämpfung des Menschenhandels durch den Nordatlantikrat auf dem Gipfeltreffen von Istanbul im Juni 2004 **begrüßend** und die Regierungen und Parlamente aller Mitglied- und Partnerstaaten **ermutigend**, bei der Umsetzung dieser Politik uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;
10. die Verabschiedung einer Verfassung für Europa, in dem ein erweiterter Rechtsrahmen für den Schutz von Kindern und die Bekämpfung des Menschenhandels in der Europäischen Union vorgesehen ist, **begrüßend** und **mit Genugtuung** über die Verabschiedung des neuen erweiterten Daphne-Programms;
11. **in Würdigung** der Ernennung eines Sonderbeauftragten der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels sowie eines Sonderbeauftragten für Fragen des Menschenhandels durch die Parlamentarische Versammlung der OSZE und **in der Hoffnung**, dass beide eine führende Rolle bei der Koordinierung der Politik

---

\* vorgelegt vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit und verabschiedet von der Parlamentarischen Versammlung der NATO auf ihrer 50. Jahrestagung am 16. November 2004 in Venedig.

der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels und insbesondere des Kinderhandels spielen werden;

12. die rasche Verabschiedung und Umsetzung nationaler Aktionspläne zur Bekämpfung des Kinderhandels durch die Mitgliedstaaten der Arbeitsgruppe des Stabilitätspaktes zur Bekämpfung des Menschenhandels **ermutigend**;
13. mit **nachdrücklicher Unterstützung** für die Ausarbeitung eines Übereinkommens des Europarates über Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels als einer Möglichkeit zur Förderung und Stärkung des VN-Palermo-Protokolls und **mit der Aufforderung** an die Mitgliedstaaten, ein größtmögliches Maß an Zusammenarbeit bei diesem Prozess zu gewährleisten, insbesondere durch Einbeziehung wirksamer Umsetzungsmechanismen und von Maßnahmen, die die Besonderheiten des Kinderhandels und die besonderen Bedürfnisse von Kindern, die Opfer von Kinderhandel wurden, berücksichtigen;
14. **mit der Aufforderung** an die Parlamente der Mitglied- und Partnerstaaten, dem UNICEF-Handbuch für Parlamentarier über den Schutz des Kindes besondere Aufmerksamkeit zu widmen, insbesondere den Teilen, die sich mit der sexuellen Ausbeutung von Kindern und dem Kinderhandel befassen;
15. **fordert** die Regierungen und Parlamente der Mitglied- und Partnerstaaten des nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**,

a) Gesetzliche Maßnahmen

- i. die bestehenden völkerrechtlichen Regeln und Prinzipien in Bezug auf Kinderhandel zu ratifizieren und umzusetzen, wie das Palermo-Protokoll der Vereinten Nationen, das Übereinkommen Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisationen über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Form der Kinderarbeit sowie die UNICEF-Richtlinien über den Schutz der Rechte von Kindern, die Opfer von Menschenhandel in Südosteuropa wurden;
- ii. bestehende Gesetzesrahmen zu überprüfen, zu evaluieren und gegebenenfalls zu reformieren, um sicherzustellen, dass sie die Besonderheiten des Kinderhandels berücksichtigen und in angemessener Form jede Stufe und jede Form von Kinderhandel erfassen;
- iii. Kindern, die Opfer von Kinderhandel wurden, den Rechtsstatus von Opfern zu gewähren im Einklang mit den Menschenrechtserfordernissen, wie in dem VN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes festgelegt;
- iv. die Verbreitung von Kinderpornographie in jeglicher Form oder Gestalt, insbesondere im Internet, zu verbieten;
- v. es militärischem Personal zu untersagen, Kinderprostituierte aufzusuchen, insbesondere bei militärischen Einsätzen;

b) Opferidentifizierung, Hilfe und Wiedereingliederung

- i. Maßnahmen zu verabschieden zur Erleichterung der Identifizierung von Einwandererkindern, einschließlich Pass- und Visabestimmungen, eingeschränkte Verwendung biometrischer Daten und Systeme der Datenregistrierung zur amtlichen Registrierung unbegleiteter Minderjähriger;
- ii. sicherzustellen, dass alle Opfer ungeachtet ihres rechtlichen Status Zugang zu Zufluchtstätten und zu jeder notwendigen Hilfe haben;
- iii. sicherzustellen, dass alle Identifizierungs- und Unterstützungsprogramme das hauptsächliche Ziel verfolgen, die Rechte und die Würde des Kindes zu schützen;
- iv. in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsinstitutionen Wiedereingliederungsprogramme und -aktivitäten zu erarbeiten, die den Kindern, die Op-

- fer wurden, einen nicht diskriminierenden Zugang zu Strukturen gewährleisten, die insbesondere für Kinder geschaffen wurden;
- v. die bestehenden Wiedereingliederungsprogramme auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und zu bewerten und dabei den Schwerpunkt insbesondere auf die notwendige Sicherstellung einer dauerhaften Wiedereingliederung zu legen, die keinerlei Berührungspunkte mehr mit den Schleusernetzen hat;
- c) Nationale und internationale Koordinierung
- i. eine sachgemäße Koordinierung unter den nationalen für die Bekämpfung des Kinderhandels und die Hilfe für dessen Opfer zuständigen Behörden sicherzustellen, auch unter allen zuständigen öffentlichen und privaten Beteiligten;
- ii. ein höchstmögliches Maß an Zusammenarbeit mit regionalen und internationalen Strukturen sowie den bilateralen und multilateralen Austausch von Informationen und bestmöglichen Verfahrensweisen zwischen Herkunfts-, Transit- und Bestimmungsländern zu gewährleisten;
- iii. wann immer möglich, nationale Gesetze und Strafmaßfestsetzung zu harmonisieren zur Vermeidung von Schlupflöchern in der Gesetzgebung und Gewährleistung eines angemessenen Umfangs an investigativer und justizieller Zusammenarbeit;
- d) Ausbildung
- i. Informationen über Menschenhandel und Rechte der Opfer in die Lehrpläne von Schulen, Polizeischulen, juristischen Fakultäten und Ausbildungszentren für Sozialarbeiter aufzunehmen;
- ii. allgemeine Bildungsmaßnahmen für internationale Streitkräfte, Polizisten, Friedenssicherungskräfte und mit ihnen zusammenarbeitende zivile Fachkräfte über das Problem des Kinderhandels vorzusehen;
- iii. besondere Aufmerksamkeit der Ausbildung im Bereich Bekämpfung des Kinderhandels, Kinderrechte und spezielle Schutzmaßnahmen für Kinder, die Opfer von Kinderhandel wurden, zu schenken;
16. **fordert** die Regierungen, internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen **auf**,
- a) Forschungsarbeit durchzuführen und umfangreichere Statistiken über das Ausmaß, die Art sowie die sich verändernden Vorgehensweisen im Kinderhandel und bei der Kinderarbeit in Europa vorzulegen;
- b) sowohl groß angelegte als auch begrenzte Sensibilisierungskampagnen zu organisieren und zu fördern, die zwischen unterschiedlichen Zielgruppen unterscheiden und sich auch mit der ethischen Dimension des Menschenhandels befassen;
- c) Projekte zu unterstützen, die das Ziel verfolgen, die Hintergründe des Kinderhandels in den Herkunfts- und den Bestimmungsländern zu bekämpfen;
17. **bekräftigt** ihre Entschlossenheit,
- a) sicherzustellen, dass sie ein Diskussionsforum bietet, das die Bekämpfung des Kinderhandels fördert und die Anstrengungen seiner Mitglieder koordiniert;
- b) ihre Strukturen, wie z. B. die Sondergruppe Mittelmeerraum und andere Arbeitsgruppen, zu nutzen, um einen Dialog mit den Mittelmeerpartnern und den Beobachterstaaten der NATO PV über das weltweite Problem des Menschenhandels einzuleiten.

**Entschließung 329\*****betr. die Operationen der NATO in Afghanistan**

Die Versammlung,

1. **in der Erkenntnis**, dass die Stabilisierung Afghanistans im strategischen Interesse der Verbündeten und der Länder der Region liegt;
2. **in Kenntnis** des Kommuniqués des NATO-Gipfels in Istanbul, in dem u. a. erklärt wurde, dass es eine Schlüsselpriorität für die NATO ist, zu Frieden und Stabilität in Afghanistan beizutragen
3. **mit Lob** für die bislang durchgeführten Aktionen des Bündnisses zur Herbeiführung von Frieden und Stabilität für Afghanistan;
4. **in Anerkennung** der Beiträge aller 26 Verbündeten und elf weiteren Staaten zu sowohl der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe der NATO (ISAF) als auch der Operation Enduring Freedom;
5. mit Lob für die Regierung von Afghanistan und die internationale Gemeinschaft für die Durchführung der ersten landesweiten Präsidentenwahl in der Geschichte des Landes;
6. **in Anbetracht** des erfolgreichen Beitrags, den viele internationale Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zu der Präsidentenwahl geleistet haben, herbeigeführt durch die Zusammenarbeit mit der ISAF-Mission der NATO;
7. jedoch auch **in der Erkenntnis**, dass die Aufgabe bei weitem noch nicht abgeschlossen ist und ein langfristiges Engagement und zusätzliche Ressourcen erfordern wird;
8. **feststellend**, dass die Mission in Afghanistan den ersten wirklichen Out-of-area-Einsatz der NATO darstellt;
9. **ferner feststellend**, dass das Bündnis gezielte Zusagen auf dem Gipfeltreffen in Istanbul gemacht hat im Hinblick auf die Bereitstellung weiterer Truppen und Unterstützungseinheiten für den Einsatz in Afghanistan;
10. **feststellend**, dass obwohl zusätzliche Streitkräfte zugesagt wurden, diese nicht den von den Kommandeuren vor Ort angeforderten entsprechen, die insbesondere die Notwendigkeit einer mobilen Brigade hervorgehoben haben;
11. **ferner feststellend**, dass es schwierig, wenn nicht sogar unmöglich sein wird, Stabilität zu erreichen, wenn nicht viel mehr getan wird zur Kontrolle des Drogenhandels und der eigenständigen Machtfülle bestimmter regionaler Warlords/ Drogenbarone, die eine Schlüsselfunktion haben, und der übrig gebliebenen Anhänger des Taliban-Regimes;
12. **in der Erkenntnis**, dass die afghanische Regierung dies nicht ohne umfassende internationale Unterstützung über einen Zeitraum von mehreren Jahren tun kann;
13. **ferner in der Erkenntnis**, dass das Bündnis seine Glaubwürdigkeit weitgehend mit dem Erfolg dieser Mission verknüpft hat und dass auch die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen auf dem Spiel steht;
14. **fordert** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**, sich langfristig für die Stabilisierung von Afghanistan einzusetzen durch
  - a) Bereitstellung einer größeren, mobileren und einsatzbereiten Streitkraft für Afghanistan für mindestens ein Jahr;

---

\* vorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit und verabschiedet von der Parlamentarischen Versammlung der NATO auf ihrer 50. Jahrestagung am 16. November 2004 in Venedig.

- b) Unterstützung der landesweiten Parlamentswahlen im Frühjahr 2005 durch Bereitstellung von auf das gesamte Land verteilter Unterstützung und Sicherheit mindestens im gleichen Umfang wie während der Präsidentenwahl;
- c) Zusammenarbeit mit der afghanischen Regierung zur Identifizierung und Kontrolle der regionalen Warlords/Drogenbarone und der übrig gebliebenen Anhänger des Taliban-Regimes, die die Lebensfähigkeit des Staates bedrohen;
- d) aktive Unterstützung von Anstrengungen zum Abbau der Heroinproduktion und des Drogenhandels in Afghanistan und Festlegung einer langfristigen Strategie zur Bekämpfung des Drogenproblems.

### Entschließung 330\*

#### **betr. Wiederaufbau und Entwicklung nach Konfliktbeendigung: Probleme und Herausforderungen im Irak und in Afghanistan**

Die Versammlung,

1. **in Kenntnis** der Resolutionen des VN-Sicherheitsrates 1483, 1511 und 1546 über den Irak sowie der Resolutionen 1401, 1419, 1471, 1510 und 1563 über die Lage in Afghanistan;
2. **in dem Bewusstsein**, dass gewalttätige Konflikte in den Gesellschaften der Entwicklungsländer verheerende sichtbare und nicht sichtbare Schäden verursachen und ihre Konsequenzen umso zerstörerischer ausfallen, je länger ein Konflikt im Lande tobt;
3. daran **erinnernd**, dass die Zeit nach der Beendigung des Kalten Krieges durch zahllose Kriege in den Ländern der sich entwickelnden Welt gekennzeichnet gewesen ist, wodurch die Regierungen der westlichen Länder, die internationalen Entwicklungs- und Geldgeberinstitutionen, die Vereinten Nationen sowie die NGOs sich gezwungen sahen, Mittel für die Unterstützung der kriegsgeplagten Länder bereitzustellen;
4. **in der Erkenntnis**, dass die internationale Gemeinschaft sich im Gefolge der Anschläge vom 11. September in zunehmendem Maße der engen Verknüpfung von Entwicklung und Sicherheit bewusst geworden ist;
5. **beklagend**, dass die westlichen Regierungen bei der interministeriellen sowie der internationalen Zusammenarbeit auf erhebliche Hindernisse stoßen und daher strukturell nur schlecht darauf eingerichtet sind, die dringlich erforderliche Nothilfe nach Beendigung von Konflikten zu leisten;
6. **in der Erkenntnis**, dass erst nach Einstellung der aktiven Feindseligkeiten eine Verlagerung der allgemeinen Aufmerksamkeit von der humanitären Nothilfe auf längerfristige Wiederaufbaubemühungen und die Neubelebung der grundlegenden Versorgungsleistungen erfolgen kann;
7. davon **überzeugt**, dass ein vernünftiges Maß an Frieden und Sicherheit die *conditio sine qua non* für jede Einleitung einer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Neubelebung darstellt;
8. darüber **besorgt**, dass die internationale Gemeinschaft im Allgemeinen einen ungleich höheren Aufwand an Geld und Energie für die Bewältigung von Kriegsfolgen und Konflikten im Inneren betreibt als dies notwendig wäre, wenn zu einem früheren Zeitpunkt Maßnahmen zur Vermeidung offen ausbrechender Konflikte ergriffen würden;
9. **feststellend**, dass bei den erfolgreichsten Bemühungen, in Gesellschaften nach Beendigung von Konflikten eine Entwicklung in Gang zu setzen, regelmäßig

---

\* vorgelegt vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit und verabschiedet von der Parlamentarischen Versammlung der NATO auf ihrer 50. Jahrestagung am 16. November 2004 in Venedig.

auch breit angelegte, intensive Konsultationen mit der Gesellschaft des jeweiligen Empfängerlandes stattgefunden haben;

10. die positiven Ergebnisse **begrüßend**, die mit den auf die Bevölkerung abgestellten Wiederaufbaustrategien (CDR) erzielt werden, bei denen lokalen, stark repräsentativen Räten nennenswerte Entscheidungsbefugnisse über die Art der Verwendung von Entwicklungsgeldern eingeräumt werden;
11. **in der Erkenntnis**, dass sowohl der Bedarf an Hilfe aus dem Ausland als auch die Fähigkeit des Empfängerlandes, diese Hilfe sinnvoll einzusetzen, in der Regel drei Jahre nach Beendigung eines Konflikts deutlich erhöht sind;
12. jedoch darüber **besorgt**, dass die Auszahlung der Hilfe so gut wie nie nach derartigen inhärent rationalen Kriterien erfolgt, weil der stärkste Zustrom an Hilfe oftmals unmittelbar nach einem Konflikt zu messen ist und von diesem Zeitpunkt an stetig abnimmt;
13. **in Anerkennung** der potenziellen Probleme, die sich aus hochgradig restriktiven Angebotsverfahren ergeben können und die auch dann auftreten, wenn Menschen und Regierungen vor Ort nicht in vollem Umfang in die eigenen Wiederaufbaubemühungen eingebunden werden;
14. das Interesse der westlichen Länder sowie die Beiträge der Vereinten Nationen, des IWF, der Weltbank und einer Reihe von NGOs zu den Bemühungen um einen Abbau von Gewalt und um die Förderung eines echten Wiederaufbaus sowohl in Afghanistan als auch im Irak **begrüßend**;
15. jedoch die fehlenden Fortschritte **feststellend**, die im Irak zu verzeichnen sind, da ein Aufstand in breiten Landstrichen herrscht, bei der Planung Defizite bestehen und die Besatzungsbehörden auf unrealistische Weise den Akzent auf marktorientierte Lösungen setzen anstatt auf die Befriedigung der unmittelbaren humanitären und Sicherheitsbedürfnisse in einer Zeit schwerer wirtschaftlicher, politischer und sozialer Krisen. Dies sind Fehler, die wahrscheinlich zum Teil die Gewalt ausgelöst haben, von der das Land gegenwärtig getroffen wird und durch die der Wiederaufbauprozess weiter verzögert wird;
16. die Notwendigkeit **anerkennend**, dass die westlichen Regierungen und die NATO mit den afghanischen Regierungsstellen sowie mit anderen Regierungen in Zentralasien zusammen arbeiten müssen, um den aufblühenden Opiumhandel zu bekämpfen, durch den der äußerst verwundbare politische und wirtschaftliche Wiederaufbauprozess Afghanistans bedroht wird;
17. die Herausforderung **anerkennend**, der sämtliche westliche Länder sich stellen müssen, um ausreichende und nachhaltige Finanzierungsmittel aufzubringen, mit denen die humanitäre Hilfe, der Wiederaufbau und die längerfristige Entwicklung in Afghanistan zu finanzieren sind;
18. **unter Hervorhebung**, dass die größte Hoffnung der Bürger Afghanistan und des Irak auf Frieden, Wohlstand und Sicherheit in der Wahl und der Aufrechterhaltung legitimer und repräsentativer Regierungen liegt;
19. **fordert** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**,
  - a) dem Ziel der Konfliktverhütung eine weitaus höhere Priorität einzuräumen als in der Vergangenheit, um zu vermeiden, dass man sich in der Folge den wesentlich schwierigeren Problemen nach Beendigung von Konflikten zu stellen hat;
  - b) sich bei der Gestaltung der Politik für den Wiederaufbau nach Konfliktbeendigung an einer Reihe von Grundprinzipien zu orientieren, zu denen insbesondere diese Überlegungen gehören:

- i. die Sicherheit ist eine unverzichtbare Vorbedingung für den Beginn des Wiederaufbauprozesses;
  - ii. der Rückhalt des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für Operationen nach Konfliktbeendigung oder für Interventionen an sich verleiht der jeweiligen Operation eine wesentlich höhere Legitimität;
  - iii. Wiederaufbauhilfe kann, wenn sie mit dem demokratisch gewählten Präsidenten von Afghanistan und mit der souveränen Interimsregierung des Irak richtig koordiniert wird, auf sehr wirksame Weise die Entwicklung von stabilen, demokratischen Regierungen unterstützen, indem sie dazu beiträgt, deren Fähigkeiten zu verstärken, den Bedürfnissen des afghanischen und des irakischen Volkes gerecht zu werden;
  - iv. das Gefühl der Bevölkerung vor Ort, den Entwicklungsprozess auch selbst in der Hand zu haben sowie ein gewisses Maß an Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse und der Zuweisung bzw. Verwendung von Mitteln erhöhen letztlich die Aussichten auf einen erfolgreichen Verlauf;
  - v. die internationalen Kreditinstitutionen und die NGOs haben dort eine Schlüsselrolle zu spielen, wo es um die Sicherung einer angemessen zügigen Bereitstellung von Hilfe sowie um Rechenschaft und Transparenz bei ihrer tatsächlichen Lieferung geht;
  - vi. eine rasche Schaffung von Arbeitsplätzen und die zügige Wiederherstellung der Grundversorgungsleistungen sowie der Gesundheits- und der Sozialversorgung tragen dazu bei, der Zivilgesellschaft das Gefühl zu vermitteln, dass sie selbst am Wiederaufbauprozess beteiligt ist;
  - vii. die zeitliche Gestaltung der Hilfeleistung sollte sich an den Bedingungen vor Ort orientieren und nicht an künstlich festgesetzten Fristen, die durch den politischen Kalender der westlichen Länder diktiert werden;
- c) internationale Friedensoperationen mit der Schaffung einer politischen Basis für den Frieden zu beginnen;
  - d) sich bei kritischen Missionen um ein Mandat der UNO zu bemühen und ausreichende Mittel für die Finanzierung derartiger Missionen bereitzustellen;
  - e) der Bevölkerung und Gesellschaft vor Ort das Gefühl zu vermitteln, am Wiederaufbau- und Entwicklungsprozess selbst teilzuhaben durch enge Konsultationen und ausführliche Berücksichtigung der Besorgnisse der örtlichen Bevölkerung bei den Entscheidungsprozessen;
  - f) in den Wiederaufbauprozess Firmen vor Ort einzubinden und sich im Rahmen des Möglichen um die Beschäftigung von Mitarbeitern vor Ort anstatt von ausländischen Mitarbeitern zu bemühen;
  - g) sicherzustellen, dass in der Zeit unmittelbar nach Konfliktbeendigung dem Ziel der sozialen Stabilität ein höheres Gewicht eingeräumt wird als radikalen Liberalisierungsplänen;
  - h) sich für die Wiederherstellung von Vertrauen in der Gesellschaft und für eine dynamischere Zivilgesellschaft einzusetzen und dazu,
    - i. Gewerkschaften und andere Institutionen der Zivilgesellschaft vielmehr zu fördern anstatt sie zu unterdrücken, da sie erforderlich sind, um eine Tradition des Dialogs sowie die Praxis des Pluralismus zu entwickeln;
    - ii. freie und unabhängige Medien zu fördern, und zwar nicht nur als Grundlage für demokratische Praktiken, sondern auch zur Sicherung einer größeren Transparenz bei der Verwendung von Entwicklungsgeldern und der Planung und Strukturierung der Wiederaufbaubemühungen;

- i) der jeweiligen Zentralregierung Gewicht und Verantwortung zu übertragen und zu diesem Zwecke die Hilfe über die aus zahlreichen Gebern gebildeten Treuhandfonds zu leisten, da die Regierung des Empfängerlandes auf diese Weise ein größeres Mitspracherecht bei der Festsetzung der Entwicklungsprioritäten erhält, ohne sich dazu durch das Geflecht der internationalen Bürokratie durchkämpfen zu müssen, und die Regierungen der Empfängerländer nachdrücklich aufzufordern, die Normen der guten Regierungsführung zu beachten;
- j) sicherzustellen, dass die Strukturen der durch die Geber geschnürten Hilfspakete auf kohärenter Weise zu den Entwicklungszielen nach Konfliktbeendigung passen und dass sie mit anderen Gebern und Empfängern koordiniert werden;
- k) sich weiterhin um eine Grundlage für einen gemeinsamen Ansatz gegenüber dem Irak zu bemühen, der nach wie vor mitten in einer äußerst schwerwiegenden politischen und Sicherheitskrise steckt;
- l) Schritte zu ergreifen um zu vermeiden, dass die erheblichen Mittel, die für Afghanistan und den Irak bereitgestellt werden, zu Lasten derjenigen Mittel gehen, die für die Unterstützung anderer Entwicklungsländer einschließlich solcher Staaten benötigt werden, die gegenwärtig Fortschritte bei der Umsetzung schwieriger wirtschaftlicher und sozialer Reformen erzielen;
- m) die Aufträge im Ölgeschäft im Irak auf transparente Weise zu handhaben und sicherzustellen, dass die entsprechenden Einnahmen zur Finanzierung von Grundbedürfnissen sowie der Schaffung eines Netzes von sozialer Sicherheit eingesetzt werden;
- n) die Fähigkeit der Zentralregierung Afghanistans zu erhöhen, ihre Autorität im gesamten Lande zu bekräftigen, und dazu die Präsenz der internationalen Sicherheitskräfte aufzustocken;
- o) mit der afghanischen Regierung und ihren Nachbarn an der Entwicklung von innovativen Strategien und alternativen Anbauprogrammen zu arbeiten, mit denen der Schlafmohnanbau in Afghanistan eingeschränkt werden kann;
- p) die sowohl im Irak als auch in Afghanistan laufenden Bemühungen fortzusetzen, um beim Schutz der Menschenrechte weiter voran zu kommen, wobei den Bedürfnissen der Frauen, die in der Entwicklung die Rolle eines wichtigen Katalysators spielen können, eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;
- q) mit den afghanischen Behörden und Gruppen vor Ort zusammenzuarbeiten, um den Prozess der Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration zu verstärken.

### Entschließung 331\*

#### **betr. die Neubelebung des transatlantischen Sicherheitsdialogs**

Die Versammlung,

1. **mit Genugtuung** über die erneut demonstrierte Einheit der NATO-Verbündeten auf dem Gipfeltreffen in Istanbul als ein Zeichen ihrer Bereitschaft und Entschlossenheit, Vertrauen im Bündnis wieder aufzubauen und sich weiter für die umgehende Anpassung des Bündnisses im Hinblick auf die Bewältigung

---

\* vorgelegt vom Politischen Ausschuss und verabschiedet von der Parlamentarischen Versammlung der NATO auf ihrer 50. Jahrestagung am 16. November 2004 in Venedig.



der politischen und Sicherheits Herausforderungen des 21. Jahrhunderts einzusetzen;

2. **in der Erkenntnis**, dass Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW), organisiertes Verbrechen, aber auch Staaten, in denen jegliche Ordnung zusammengebrochen ist („failed states“), und Staaten, in denen sich jegliche Ordnung derzeit in Auflösung befindet („failing states“), sowie interne Konflikte zu den gravierendsten Herausforderungen für die internationale Sicherheit gehören und dass die NATO bei der Bewältigung dieser Bedrohungen eine entscheidende und wichtige Rolle übernehmen muss;
3. **mit Lob** für den Beschluss des NATO-Gipfeltreffens in Istanbul, die Operationen der NATO in Afghanistan zu erweitern durch Schaffung neuer regionaler Wiederaufbauteams (PRT) und durch verstärkte Unterstützung für den Wahlprozess;
4. **bekräftigend**, dass ein stabiler Irak im gemeinsamen Interesse der Mitgliedstaaten sowie der Staatengemeinschaft liegt und **mit Befriedigung** über die Vereinbarung der Verbündeten, als Antwort auf das Ersuchen der irakischen Interimsregierung und im Einklang mit der Resolution 1546 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen der irakischen Regierung die Unterstützung der NATO bei der Ausbildung von Sicherheitskräften anzubieten als einen wesentlichen Schritt in Richtung auf Stabilisierung und Wiederaufbau des Landes;
5. **in Kenntnis** der und **mit Lob** über die Fortschritte in Richtung auf die vollständige Umsetzung der Prager Initiativen zur Terrorismusbekämpfung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) sowie zur Stärkung der Fähigkeiten der NATO und Schaffung der Schnellen Eingreiftruppe der NATO;
6. **bekräftigend**, wie wichtig es ist, weiterhin die bewährten NATO-Partnerschaften auszubauen und **mit Befriedigung** über den Beschluss, die NATO-Partnerschaften weiter zu verstärken, insbesondere den Mittelmeerdialog, sowie mit Befriedigung über die Kooperationsinitiative von Istanbul und die verstärkte Konzentration auf die Beziehungen zu den Staaten des Kaukasus und Zentralasiens;
7. **unterstreichend**, dass die Zusammenarbeit der NATO mit der EU zunehmend wichtiger wird, insbesondere in Südosteuropa, im Einklang mit der Berlin Plus Vereinbarung und dem Rahmen für einen verstärkten NATO-EU-Dialog und die Notwendigkeit eines abgestimmten Ansatzes **betonend** im Hinblick auf die Förderung von Sicherheit und Stabilisierung auf dem westlichen Balkan;
8. jedoch **darüber besorgt**, dass grundlegende Meinungsverschiedenheiten über die Autorisierung und die Anwendung militärischer Gewalt, die in Bezug auf den Krieg im Irak aufgeworfen worden waren, noch immer nicht durch eine internationale Vereinbarung oder einen operationellen Konsens über die Anwendung von Gewalt ausgeräumt werden konnten;
9. **in den festen Willen**, dass anhaltende Differenzen darüber, ob die Anwendung von Gewalt im Irak gerechtfertigt war, einer zukünftigen Zusammenarbeit bei der Stabilisierung dieses Landes nicht im Wege stehen dürfen;
10. **zutiefst davon überzeugt**, dass die Bekräftigung der politischen Prioritäten des Bündnisses und der grundlegenden Handlungsprinzipien eine wesentliche Voraussetzung ist zur Erleichterung der Herbeiführung eines zukünftigen Konsens und für den Erfolg der Initiativen des Bündnisses;
11. **in der Erkenntnis**, dass die NATO, da sie nicht allen Herausforderungen für die internationale Sicherheit begegnen kann, Prioritäten festlegen und zu Vereinbarungen mit internationalen Akteuren, wie den Vereinten Nationen, die OSZE, der EU sowie regionalen Organisationen und der Afrikanischen Union gelangen muss;

12. **betonend**, dass es notwendig ist, einen Konsens in Bezug auf den „level of ambition“ des Bündnisses zu finden, insbesondere im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Fähigkeiten und seine Rolle beim Stabilitätstransfer und der Konfliktverhütung;
13. die NATO-Verbündeten **ermutigend**, eine Abkoppelung zwischen politischen Beschlüssen und der Umsetzung von Verpflichtungen zu vermeiden, insbesondere in Schlüsselbereichen wie u. a. Afghanistan und dem westlichen Balkan;
14. ferner die Verbündeten **ermutigend**, Anstrengungen zu verstärken und Investitionen zu erhöhen in Bezug auf die Umgestaltung ihrer Streitkräfte, wie auf dem Prager Gipfeltreffen im Jahre 2002 vereinbart;
15. **davon überzeugt**, dass eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts nur herbeigeführt werden kann durch starkes US- und europäisches Engagement und dass ein Friedensabkommen auch dazu beitragen wird, andere Teile des Nahen und Mittleren Ostens zu stabilisieren;
16. **fordert** die Regierungen und Parlamente der Mitglied- und Partnerstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**:
  - a) die Rolle des Nordatlantikrates (NAR) als dem Hauptforum der Verbündeten für Konsultationen über Sicherheitsfragen von entscheidender Bedeutung neu zu beleben und einen wirklichen strategischen Dialog innerhalb des Nordatlantikrates über die derzeitige und zukünftige Rolle des Bündnisses bei der Bewältigung neuer Bedrohungen für die internationale Sicherheit, einschließlich der militärischen und politischen Prioritäten, der Rolle von vorbeugenden Strategien und der Rolle der NATO bei der Konfliktvorbeugung einzuleiten;
  - b) in Betracht zu ziehen, möglicherweise eine operationellere Vereinbarung zur Terrorismusbekämpfung und zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu erarbeiten;
  - c) das Prager Militärische Konzept der NATO über die Terrorismusbekämpfung nicht mehr geheim zu halten als eine Möglichkeit, die Öffentlichkeit für die vom Terrorismus ausgehende Gefahr zu sensibilisieren und die Entschlossenheit der NATO zu zeigen, einen Beitrag zur Abschreckung, Verteidigung und zum Schutz unserer Gesellschaften gegenüber dieser Gefahr zu leisten;
  - d) die Koordinierung politischer Maßnahmen in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt, auch innerhalb des Quartetts (EU, VN, USA und Russland) neu zu beleben um den Konfliktparteien dabei zu helfen, wieder direkte Friedensverhandlungen aufzunehmen;
  - e) die militärischen Fähigkeiten zu verbessern, wie auf dem Prager Gipfeltreffen im Jahre 2002 vereinbart, um Mittel und Ambitionen miteinander in Einklang zu bringen;
  - f) die Anstrengungen zu verbessern in Bezug auf eine Koordinierung unter den Verbündeten, mit der EU sowie anderen internationalen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen, vor allem bei der Terrorismusbekämpfung, der Konfliktverhütung und der Bewältigung von Konfliktfolgen im Hinblick auf die Stabilisierung in Übereinstimmung mit den Grundprinzipien des Völkerrechts;
  - g) zu prüfen, ob und gegebenenfalls welche Rolle die NATO bei der Rüstungskontrolle und bei multilateralen Rüstungskontrollregime spielen kann und rechtsverbindliche Exportkontrollen wirksam zu verstärken;
  - h) die Durchsetzung der Nichtverbreitungsregime und einer erfolgreichen NVV-Vertragsüberprüfungskonferenz sicherzustellen;
  - i) sich an einem Dialog über die Rolle der NATO bei der Förderung einer wirksamen Konfliktverhütung zu beteiligen, u. a. durch Ausbildung und Aufbau

von Kapazitäten, insbesondere im Fall von Staaten, in denen sich jegliche Ordnung derzeit in Auflösung befindet, in enger Partnerschaft mit den Vereinten Nationen, der OSZE, der EU, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und anderen regionalen Organisationen, insbesondere der Afrikanischen Union;

- j) die Planung und Koordinierung nationaler Beiträge, u. a. zur Schnellen Eingreifgruppe der NATO, zum Planziel der EU und dem Konzept der Kampfgruppen zu verbessern, um Überschneidungen und Unklarheit zu vermeiden.

### Entschließung 332\*

#### **betr. die Auseinandersetzung mit dem Problem der Verbreitung von Kernwaffen**

Die Versammlung,

1. **davon überzeugt**, dass die Kernwaffen ein Risiko für die Menschheit darstellen und dass alle Staaten Maßnahmen ergreifen sollten, um eine sichere Welt zu fördern, indem sie die Beseitigung dieser Waffen fortsetzen;
2. **in der Erkenntnis**, dass sich die internationale Gemeinschaft seit mehr als 50 Jahren bemüht hat, den Erwerb und die Entwicklung derartiger Waffen schwieriger und weniger erstrebenswert zu machen;
3. **davon überzeugt**, dass der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) die Norm und die Grundlage für ein internationales Regime zur Verhinderung der Weiterverbreitung von nuklearen Waffen bietet und dazu geführt hat, dass mehrere Staaten ihre nuklearen Waffenprogramme aufgegeben haben;
4. **sich dessen bewusst**, dass Veränderungen im internationalen Sicherheitsumfeld die Stärkung des NVV-Regimes und seine Anpassung an die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts erfordern im Hinblick auf das Ziel einer Universalisierung;
5. **zutiefst besorgt** darüber, dass Nordkorea seinen Rücktritt vom NVV erklärt hat und die Entwicklung von Kernwaffen fortsetzt;
6. **weiterhin besorgt** über die Risiken der Weiterverbreitung, die sich aus dem Nuklearprogramm des Iran und seinen Aktivitäten ergeben, begrüßt sie jedoch die jüngste Ankündigung des Iran, seine Aktivitäten zur Urananreicherung auszusetzen und fordert die iranische Regierung auf, die einschlägigen IAEO-Bestimmungen fortgesetzt zu beachten;
7. **zutiefst beunruhigt** über die Enthüllung eines weltweiten Schwarzmarktes für Waffentechnologien und Nuklearwaffen aus verschiedenen Waffenlagern, ähnlich wie im Falle des durch den pakistanischen Wissenschaftler Abdul Quadeer Khan angestifteten Schwarzmarkts;
8. **insbesondere besorgt** darüber, dass einige der notwendigen Technologien und Materialien für den Bau von nuklearen Sprengsätzen aufgrund ihres doppelten Verwendungszwecks (dual use) relativ leicht durch Terroristen oder kriminelle Gruppen zu erwerben sind;
9. **mit Lob** für den jüngsten Beschluss Libyens, seine Massenvernichtungswaffen und Raketenprogramme einzustellen und abzubauen;
10. **zutiefst davon überzeugt**, dass eine internationale Reaktion im Hinblick auf eine möglichst wirksame Verringerung der Gefahr durch nukleare Waffen und andere Massenvernichtungswaffen in erster Linie einen koordinierten transatlantischen Ansatz erfordert;

---

\* vorgelegt vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie und verabschiedet von der Parlamentarischen Versammlung der NATO auf ihrer 50. Jahrestagung am 16. November 2004 in Venedig.

11. **mit Befriedigung** über den vom G-8-Gipfel auf Sea Island verabschiedeten Aktionsplan der G-8-Staaten über die Nichtverbreitung und die von der NATO auf ihrem Gipfeltreffen in Istanbul im Jahre 2004 verabschiedeten Initiativen zur Abschreckung, Vorbeugung, Begegnung und Reaktion auf die Gefahr und die mögliche Anwendung von Massenvernichtungswaffen;
12. **fordert** die Regierungen und Parlamente des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**,
  - a) die Kontrollen in Bezug auf den Export von Nuklearmaterial zu verschärfen durch universelle Unterstützung der in der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrates dargelegten Ziele zur Stärkung der nationalen Exportkontrollsysteme, durch Abbau von Schlupflöchern in der Gesetzgebung und durch Verabschiedung rechtlich verbindlicher Kontrollen;
  - b) die Unterstützung für die Ziele der Initiative zur Sicherstellung der Nichtverbreitung von MVW zu verstärken durch eine vermehrte Zusammenarbeit bei den internationalen militärischen Aufklärungsdiensten und bei der Rechtsdurchsetzung;
  - c) das Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt dahingehend zu ändern, dass der Transport von Massenvernichtungswaffen auf Handelsschiffen als international anerkannte Straftat gesehen wird;
  - d) einen nicht diskriminierenden, wirksam überprüfbaren Vertrag über das Verbot von Spaltmaterial auszuhandeln, um die Herstellung von hoch angereichertem Uran und Plutonium für Waffenzwecke zu unterbinden;
  - e) die G 8 weltweite Partnerschaft auszuweiten und alle Initiativen zur Unterstützung kooperativer Nichtverbreitungsprojekte in Russland und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten besser zu koordinieren mit dem Ziel, Waffen, Material und technischen Sachverstand besser zu schützen;
  - f) das IAEO-Zusatzprotokoll für die Mitglieder des NVV verbindlich vorzuschreiben und bis zum Jahre 2005 nur Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben, die Einfuhr von Material für ihre zivilen Nuklearprogramme zu gestatten;
  - g) zu beschließen, dass Staaten, die laut Erklärung des IAEO-Gouverneursrat ihre Verpflichtungen nach den Sicherheitsabkommen nicht einhalten, das Recht entzogen wird, sensitive Kernbrennstoffaktivitäten, wie Anreicherung und Wiederaufbereitung zu entwickeln;
  - h) die Einsetzung eines Sonderausschusses des IAEO-Gouverneursrates zu fördern, der sich ausschließlich auf Sicherungsmaßnahmen und Verifizierung konzentriert;
  - i) die Inspektoren der IAEO zu ermächtigen, umfassendere Inspektionen durchzuführen – wie jüngst in Libyen und im Iran – und zwar in jedem Mitgliedstaat, der das Zusatzprotokoll nicht unterzeichnet hat;
  - j) Nordkorea nachdrücklich zu drängen, von der Entwicklung von Nuklearwaffen Abstand zu nehmen, die Vermarktung von Raketentechnologie einzustellen und die Sechsparteiengespräche so schnell wie möglich wieder aufzunehmen;
  - k) alle angemessenen diplomatischen und politischen Mittel einzusetzen, um den Iran zu überzeugen, keine Kernwaffen zu entwickeln;
  - l) den Iran zu überzeugen, dass er die Resolution des Gouverneursrates der IAEO vom 18. September 2004 beachtet, weitere Informationen und Erklä-

- rungen über sein Nuklearprogramm vorlegt und alle anreicherungsbezogenen Aktivitäten aufgibt, um Vertrauen zu fördern;
- m) den NVV zu verstärken durch die Umsetzung der Beschlüsse aller NVV-Konferenzen;
  - n) sicherzustellen, dass der Rücktritt jedes Landes vom NVV eine unverzügliche Überprüfung der nuklearen Aktivitäten dieses Landes durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nach sich zieht;
  - o) die Staaten, die sich nicht dem NVV anschließen und deklarierte oder undeklarierte nukleare Waffen besitzen – Indien, Israel und Pakistan – mit einzubeziehen und sie zu überzeugen, das IAEO-Zusatzprotokoll und den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen zu unterzeichnen und schrittweise die Herstellung von spaltbarem Material abzubauen;
  - p) China nachdrücklich aufzufordern, von der Entwicklung neuer Kernwaffen Abstand zu nehmen;
  - q) der Regierung der Vereinigten Staaten die Besorgnis deutlich zu machen, dass ihre Forschung bei der Entwicklung einer robust nuclear earth penetrator RNEP (Atombombe zur Zerstörung unter der Erde gelegener Ziele) oder eines jeden neuen nuklearen Geräts die internationalen Anstrengungen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen beeinträchtigen könnte;
  - r) eingehend die Frage der substrategischen Nuklearwaffen im Rahmen des NATO-Russland-Rates zu prüfen und möglicherweise einen Vorschlag über einen zeitlich gestaffelten und nachprüfaren Abzug von taktischen Kernwaffen aus Europa vorzulegen.





